<36632225540019

Die neue

Konkurs-Ordnung

nebst dem

Gesetz über die Einführung derselben,

dem

Gesetz, betreffend die Befugniß der Gläubiger zur Anfechtung der Rechtshandlungen zahlungsunfähiger Schuldner außerhalb des Konkurses

und der

Verordnung vom 4. Juni 1855, betreffend die im Konkurse und erbschaftlichen Liquidations-Prozesse zu erhebenden Gerichtskosten.

Eingeleitet, mit Erläuterungen und Anmerkungen unter Benutzung des Kommissionsberichts und der Motive der Regierungsvorlage, wie auch mit einem vollständigen Sachregister versehen

von

Gustav Rasch,

Doktor beider Rechte.

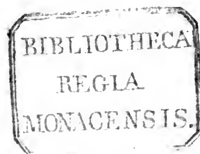
Dritte Auflage.

Berlin.

1855

Druck und Verlag von Albert Sacco,

Hausvoigteiplatz Nr. 7.



Einleitung zur neuen Konkurs-Ordnung.

Die Umgestaltung des bestehenden Konkursrechts stellte sich seit einer Reihe von Jahren, bei den mannigfaltigen Uebelständen, welche die bestehende Konkurs-Gesetzgebung, namentlich für Handel und Industrie mit sich führte, als ein nothwendiges Bedürfniß heraus und war deshalb lange der Gegenstand legislativer Berathungen und Vorarbeiten. Bereits am 26. Dezbr. 1825 wurden gutachtliche Vorschläge der Gerichtsbehörden und Justiz-Kommissarien eingefordert, und die Handelsbehörden veranlaßt, ihre Bemerkungen anzuzeigen. Sodann wurden im Jahre 1829 Entwürfe des Pfand- und Hypothekenrechts, der Hypotheken-Ordnung und der Prioritäts-Ordnung, im Jahre 1831 ein Entwurf zur Konkurs-Ordnung aufgestellt und darüber Gutachten eingeholt. Die Versuche, im Anschluß an die Verordnungen vom 4. März 1834 über Exekution und Subhastation die nothwendigsten Verbesserungen des Konkursrechts auf dem Wege einer transitorischen Verordnung zu Stande zu bringen, wurden wegen ihrer Unausführbarkeit wieder aufgegeben, und es wurde im Jahre 1840 am 28. Dezbr. nur die Verordnung, betreffend die Befreiung des Pfand- und Hypotheken-Gläubigers von der Einlassung in den Konkurs- und erbschaftlichen Liquidations-Prozeß, erlassen da dieser Gegenstand einer abgesonderten Behandlung fähig war und alles Uebrige der neuen Konkurs-Ordnung vorbehalten.

Die Initiative zu dem neuen Konkurs-Gesetz ist von der Regierung ausgegangen. Dieselbe hat den Kammern einen Gesetz-Entwurf einer Konkurs-Ordnung, des betreffenden Einführungsgesetzes in den Landestheilen, in welchen das Allgemeine Landrecht und die Allgemeine Gerichts-Ordnung Gesetzeskraft haben, nebst einen Entwurf zu einem Gesetz, betreffend die Befugniß der Gläubiger zur Anfechtung der Rechtshandlungen zahlungsunfähiger Schuldner außerhalb des Konkurses nebst den ausführlichen Motiven zu der neuen Konkurs-Ordnung vorgelegt. Dem Entwurf ist das Preußische Recht in materieller und prozessualischer Beziehung zu Grunde gelegt, indessen sind gleichzeitig

die legislativen Anordnungen in Berücksichtigung gezogen, welche in andern Ländern über diesen Zweig der Gesetzgebung in neuerer Zeit erlassen sind. Der von der Regierung vorgelegte Gesetz-Entwurf selbst ist aus einer sorgfältigen Benutzung aller vorhandenen Materialien, aus den Gutachten der Appellationsgerichte, der Stadtgerichte, der größern Kreisgerichte und Handelsgerichte, sowie der Kaufmannschaften und Handelskammern, aus den Urtheilen der Konferenzen einer aus kaufmännischen Sachverständigen und praktischen Juristen zusammengesetzten Begutachtungs-Kommission über die verschiedenen Theile des Konkursrechts hervorgegangen. Die Kommission der Kammer, und in dieser besonders der Appellationsgerichts-Präsident Herr Wentzel, hat dem Regierungs-Entwurf wesentliche Verbesserungen hinzugefügt, welche von der Regierung angenommen worden sind, und in dieser Gestalt ist der umgearbeitete Entwurf von dem Plenum der Zweiten Kammer fast ohne Diskussion acceptirt. Die Abänderungen, welche die erste Kammer zu dem Entwurfe der Konkurs-Ordnung, des betreffenden Einführungsgesetzes und des Gesetzes, betreffend die Befugniß der Gläubiger zur Anfechtung der Rechtshandlungen zahlungsunfähiger Schuldner außerhalb des Konkurses beschlossen hat, sind wenige, mit denen die Zweite Kammer sich einverstanden erklärt hat; sie sind in den Gesetzentwurf aufgenommen worden, und liegt derselbe nebst dem Anfechtungsgesetz der Regierung gegenwärtig zur Publikation vor.

Das neue Konkurs-Gesetz weicht von der alten Konkurs-Ordnung, welche bekanntlich ein Theil der Allgemeinen Gerichts-Ordnung ist, in folgenden Hauptgrundzügen ab:

Die alte Konkurs-Ordnung macht in der Person derjenigen, über deren Vermögen der Konkurs eröffnet ist, keinen Unterschied. Das neue Gesetz hat den Grundsatz neuerer auswärtiger Gesetzgebungen, das Konkurs-Verfahren überhaupt auf Handelsleute zu beschränken und für Nichthandeltreibende durch eine Erweiterung des Theilnahmerechts der Gläubiger in der Exekutions-Instanz Aushülfe zu gewähren, nicht acceptirt, sondern einen Mittelweg eingeschlagen und zwar aus dem ganz richtigen Grunde, daß bei den jetzigen Verkehrs- und Betriebsverhältnissen auch bei Personen, die nicht Handelsleute sind, ein Konkurs leicht eintreten kann. Das neue Gesetz hat das Konkurs-Verfahren zunächst für Handeltreibende nach den obwaltenden eigenthümlichen Verhältnissen und besondern Bedürfnissen des Handelsstandes aufgestellt, daneben aber auch für Nichthandeltreibende ein den Verhältnissen entsprechendes Konkurs-Verfahren zugelassen. Zugleich hat er die Ausschließung des Konkurses in allen Fällen gestattet,

in denen das gewöhnliche Exekutions-Verfahren genügt, und wo das Konkursverfahren der möglichst raschen Befriedigung der Gläubiger nur hinderlich sein würde, nämlich in allen den Fällen, wo dem Gericht bekannt ist, daß der Gemeinschuldner ein den Kosten des Konkurs-Verfahrens entsprechendes Vermögen nicht besitzt.

Nach den Bestimmungen der alten Konkurs-Ordnung muß, außer in den Fällen, wo die Insufficienz des Gemeinschuldners notorisch ist (§. 4. Tit. 50. Thl. I. d. A. G. O.), der Konkurs-Eröffnung eine weitläuftige Erörterung vorhergehen, ob eine Insufficienz vorhanden ist oder nicht. Darüber und über die Zulässigkeit der Konkurs-Eröffnung mußte ausdrücklich erkannt werden und gegen dieses Erkenntniß war wiederum das Rechtsmittel der Appellation zulässig, welches ein ebenso weitläuftiges Verfahren in zweiter Instanz zur Folge hatte, ein Verfahren, wodurch dem Schuldner oft Jahr und Tag die Disposition verblieb und er die beste Gelegenheit hatte, zum Nachtheil seiner Gläubiger über sein Vermögen zu verfügen, dasselbe zu verzehren, bei Seite zu schaffen und den einen Gläubiger auf Kosten des Andern zu bevorzugen. Diesem Umstande war es vorzüglich zuzuschreiben, daß der Konkurs eher ein Schreckmittel Seitens des Schuldners wurde, seine Gläubiger zu jedem Vergleich zu zwingen, als der Weg, den die Gläubiger einschlugen, um zu ihrer Befriedigung zu gelangen. Das neue Gesetz hat hierin die unerläßlich nöthigen Verbesserungen getroffen. Die alte Konkurs-Ordnung verlangte die genaue Erörterung der Insufficienz vor der Konkurs-Eröffnung; die neue Konkurs-Ordnung hält sie erst nach der Konkurs-Eröffnung, zum Zweck der Wiedereinstellung des Konkurses, für zulässig und zwar ohne aufschiebende Wirkung. Die alte Konkurs-Ordnung verlangte zur Eröffnung des Konkurses ein rechtskräftiges Erkenntniß des Gerichts; das neue Gesetz macht die Konkurs-Eröffnung von einem bloßen Beschlusse des Gerichts abhängig, welcher nach einer summarischen Erörterung auf Grund der Zahlungseinstellung durch die Anzeige des Gemeinschuldners oder auf einen mit ausreichenden Beweisen unterstützten Antrag eines Gläubigers erfolgen kann. Bei Handelsleuten kommt es zur Eröffnung des Konkurses überhaupt gar nicht mehr auf den Beweis der Insufficienz des Vermögens an. Die Zahlungseinstellung tritt hier an die Stelle der Insufficienz und ist die Bedingung und die Veranlassung der Konkurs-Eröffnung.

Was die Verwaltung der Masse anbetrifft, so erfolgt sie nach der alten Konkurs-Ordnung freilich durch einen Kurator. Der Kurator ist aber so unter die Aufsicht des Gerichts gestellt, alle seine Vornahmen und Handlungen sind dermaßen vom Richter

abhängig gemacht und kontrolirt, daß in der Wirklichkeit der Richter der Verwalter der Masse und der Kurator nur das Mittel zu dieser Verwaltung ist. Offenbar war diese Art der Verwaltung dem Interesse der Gläubiger, wie des Gemeinschuldners höchst nachtheilig. Viele Dinge der Verwaltung liegen außerhalb des Kreises der richterlichen Kenntnisse und Anschauungen, während sie dadurch, daß Sachverständige sie in die Hand nehmen, nur gefördert und erledigt werden können. Die Formen, an die sich der Richter binden muß, sind oft zeitraubend und der schleunigen und nothwendigen Erledigung mancher Dinge hinderlich. Gläubiger und Gemeinschuldner können bei der möglichst guten Verwaltung der Masse nur das gleiche Interesse haben. Deshalb eignen sich die Gläubiger selbst auch am besten zu Verwaltern der Masse, und sollte in irgend einem Punkte dennoch das Interesse des Gemeinschuldners gefährdet sein, so ist die Beaufsichtigung des Gerichts nicht ausgeschlossen, ohne darum in den Vordergrund gestellt zu sein. Von diesen richtigen Gesichtspunkten ist das neue Gesetz ausgegangen und ernennt deshalb nach der Konkurs-Eröffnung als einstweiligen Verwalter der Masse einen geschäftskundigen Mann, dessen Aufgabe es ist, die Masse zu ermitteln und für ihre Ermittelung Sorge zu tragen, welcher die Entsiegelung und Inventur, sowie die Herstellung der Bilanz herbeizuführen, die bestehenden Mieths- und Dienstkontrakte in Ansehung der Gläubigerschaft aufzuheben, für die Verwaltung der Immobilien, Gerechtigkeiten und Schiffe Sorge zu tragen, die vorzunehmenden Veräußerungen zu betreiben, die an den Gemeinschuldner eingehenden Sendungen und Briefe in Empfang zu nehmen und die etwa noch erforderliche Beschlagnahme von Vermögensstücken des Gemeinschuldners zu veranlassen hat. Er nimmt Zahlungen in Empfang, leistet laufende Verwaltungsausgaben und sonstige Zahlungen aus der Masse aus den vorhandenen Beständen, und bedarf der Genehmigung und Ermächtigung des Gerichts nur in bestimmten vom Gesetz vorgeschriebenen Fällen (§. 158.), während er wöchentlich dem Kommissar eine Uebersicht der Aus- und Einnahmen vorzulegen und die Bestände an Geldern und geldwerthen Papieren zum gerichtlichen Depositorium abzuliefern hat. Der definitive Verwalter und ein Verwaltungsrath werden von den Konkurs-Gläubigern in Vorschlag gebracht. Die Aemter des definitiven Verwalters und der Mitglieder des Verwaltungsraths sind nur geschäftskundigen Personen und nur solchen Personen zu übertragen, die am Sitze des Gerichts oder an dem Orte, wo das Hauptgeschäft des Gemeinschuldners sich befindet, ihren Wohnsitz haben. Der definitive Verwalter ist der Vertreter der Gläu-

bigerschaft und der Masse. Seine Aufgabe ist, die Liquidation der Masse, die Feststellung der an dieser erhobenen Ansprüche und die Befriedigung der Gläubiger zu betreiben. Der Geschäftskreis des Verwaltungsraths erstreckt sich auf die Mitwirkung desselben bei der Liquidation der Masse in den gesetzlich bestimmten Fällen, und er hat innerhalb dieses Geschäftskreises das Interesse der Gläubigerschaft und der Masse wahrzunehmen.

Um die Passivmasse festzustellen, wurde nach der alten Konkurs-Ordnung zuerst ein Termin zur Anmeldung der Forderungen anberaumt, der sog. Liquidations- oder Konnotationstermin. Die bekannten Gläubiger wurden speziell zu diesem Termin durch spezielle Vorladungen vorgeladen, die Unbekannten durch eine öffentliche Vorladung. Die Art und Weise der öffentlichen Bekanntmachung und die Terminsfristen hingen von dem ungefähren Betrage der Aktivmasse ab. Die Verwarnung gegen die Ausbleibenden wird dahin gefaßt, daß sie bei ihrem Nichterscheinen mit ihren Forderungen an die Masse präkludirt und ihnen ewiges Stillschweigen auferlegt werde. Nach dem Liquidationstermin folgte der Verifikationstermin, in dem die Gläubiger ihre Forderungen, den Betrag derselben und die Stelle im Prioritätsurtel, die sie einzunehmen gedenken, zu begründen und die Beweismittel über ihre Behauptungen anzugeben hatten. Die streitigen Ansprüche wurden in Spezial-Instruktionen erörtert, und nach Beendigung derselben erfolgte die Abfassung des Klassifikationsurtels. Die Art und Weise dieses Verfahrens hatte viel Schleppendes und Unpraktisches. Einer dieser Termine, der Liquidationstermin, war gewiß überflüssig. Die Spezialvorladung der einzelnen Gläubiger war der Grund zu vielen Weiterungen und Verzögerungen, und die Bestimmung der Fristen und die Art der öffentlichen Vorladung je nach dem Betrage der Masse zwecklos.

Das neue Gesetz hilft diesen Uebelständen nach allen Seiten hin ab. Die Zustellung der Vorladungen an die einzelnen bekannten Gläubiger ist kein Essentiale mehr. Die Aufforderung aller derjenigen, welche an die Masse Ansprüche als Konkurs-Gläubiger machen wollen, kann gleich bei der Konkurs-Eröffnung geschehen; sie muß binnen vierzehn Tagen erfolgen, die Weite der Anmeldungsfristen bestimmt sich nach der Entfernung der Gläubiger, und die Anmeldung und Prüfung der Forderungen geschieht auf eine einfache und vermittelnde Weise, bis die streitigen von den nicht streitigen Forderungen gesondert sind, Delche erstere dann im Wege des Prozesses festgestellt werden. Sie Präklusion hat das neue Gesetz beseitigt, ebenso wie die die wache unnöthig hinschleppenden Klassifikations-Erkenntnisse.

Nach der alten Konkurs-Ordnung konnte eine Vertheilung der Masse vor erfolgter Publikation des Klassifikations-Erkenntnisses nicht stattfinden, jedoch auch nach der Publikation dieses Erkenntnisses erfolgte die Vertheilung nur bis zu bestimmten Klassen. Die Finaldistribution erfolgte erst, wenn das Klassifikations-Erkenntniß in Ansehung der Priorität der Gläubiger rechtskräftig war, und es müßte demselben noch ein Distributionsurtel vorhergehen, falls die Gläubiger Einwendungen gegen den Distributionsplan machten, gegen welches jedem Gläubiger noch die gewöhnlichen Rechtsmittel zustanden. Wie das Interesse der Gläubiger, deren Forderung gleich zur Zeit der Eröffnung des Konkurses festgestellt waren, durch solche Verzögerungen und Verschleppungen litt, wie unnütz das Distributions-Erkenntniß war, an welches sich wiederum ein neues die Vertheilung der Masse verzögerndes Verfahren knüpfen konnte, ist einleuchtend. Die neue Konkurs-Ordnung hat deshalb ein, alle diese Uebelstände vermeidendes Verfahren angenommen. Vertheilungen und Zahlungen können nach Bestellung des definitiven Verwalters sofort stattfinden, sobald ein hinlänglicher Massebestand vorhanden ist und die Forderungen festgestellt sind. Die Beträge, die auf streitige Forderungen vertheilt werden, sind als Spezialmassen aufzubewahren und später auszuzahlen. Die Vertheilung wiederholt sich jedesmal, so oft sie ohne Nachtheil für die noch streitigen Forderungen geschehen kann und so oft ein hinlänglicher Bestand der Masse vorhanden ist. Das Distributions-Erkenntniß fällt weg und wird durch einen Theilungsplan ersetzt, der zum Zweck einer jeden Vertheilung an die Konkurs-Gläubiger durch den definitiven Verwalter entworfen wird.

In Betreff der Beendigung des Konkurses durch einen Vergleich hat das neue Gesetz ganz neue und sehr praktische Gesichtspunkte aufgestellt. Die Sühneversuche der Allg. Gerichts-Ordnung waren nicht ausführbar und der sogenannte Zwangsvergleich auf bestimmte Fälle beschränkt, wo ein Dritter sich für den Gemeinschuldner ins Mittel legt. Die Beendigung des Konkurses durch Vergleiche war darnach beinahe unausführbar, und dadurch dem außergerichtlichen, die Interessen der Gläubiger beeinträchtigenden Verfahren Vorschub geleistet. Das neue Gesetz stellt nur das Institut des gerichtlichen Akkordes auf, welches den Zweck hat, zwischen den Konkursgläubigern und dem Gemeinschuldner eine Vereinigung herbeizuführen, welche dazu dienen soll, den Konkurs wieder aufzuheben und mit rechtsverbindlicher Kraft für widersprechende und für nicht theilnehmende Gläubiger gerichtlich geschlossen wird. Da ein Vergleich nur dann denkbar und billig

ist, wenn sämmtliche Theilnehmer sich in ihren Rechten gleich stehen, so bleiben die Gläubiger, welche bevorrechtete Forderungen haben, aus dem Bereiche des Vergleichs ausgeschlossen; ihre Forderungen bleiben ihnen unverändert vorbehalten. Der Vergleich kann erst nach Abhaltung des ersten allgemeinen Prüfungstermins stattfinden, weil eine klare Uebersicht der Masse und der Forderungen eine nothwendige Grundlage desselben sind, und diese Uebersicht vor der Inventur und der Feststellung der Bilanz nicht möglich ist. Der Abschluß des Akkords ist von der Einwilligung der Mehrzahl der Gläubiger und davon abhängig, daß er allen Gläubigern gleiche Rechte gewährt, und der Antrag auf den Akkord ist ganz unzulässig, wenn der Gemeinschuldner flüchtig geworden ist oder sich des betrüglichen Bankerutts schuldig gemacht hat. Die gerichtliche Bestätigung des Akkords ist eine Nothwendigkeit, und seine Wirkung erstreckt sich auf sämmtliche gleichberechtigte Konkursgläubiger, ohne Unterschied, ob die Gläubiger an dem Akkordverfahren Theil genommen oder nicht.

Einen wichtigen Gegenstand, für den die Allg. Gerichts-Ordnung nur ungenügende Vorschriften enthält, und dessen Schwierigkeiten durch die Bestimmungen des Gesetzes v. 26. April 1835 nicht gehoben worden sind, hat ferner das neue Gesetz regulirt, nämlich die Befugniß zur Anfechtung von Rechtsgeschäften, welche der Gläubiger vor Eröffnung des Konkurses geschlossen hat. Für den Fall der Unzulänglichkeit des Vermögens eines zahlungsunfähigen Schuldners außerhalb des Konkurses sind die Bedingungen des Anfechtungsrechts in einem besonderen Gesetz zusammengefaßt worden.

Das so sehr verwickelte und weitläuftige Vorrechtssystem der alten Konkurs-Ordnung bildete unbedingt eine ihrer Hauptübelstände. Die nach Ausscheidung der Pfand- und Hypothekengläubiger verbliebenen Vorrechte führt dieselbe in sechs Klassen unter siebenundsechszig verschiedenen Nummern auf. Es war eine ganz falsche Auffassung, daß der Personalkredit durch Vorrechte gehoben werde und daß Vorrechte den Handel und den Verkehr begünstigten. Im Gegentheil können Vorrechte dem Personalkredit nur hinderlich sein, sie erschweren die Vermögensübersicht, hemmen die Regulirung der Schuldverhältnisse und geben dem Gemeinschuldner die beste Gelegenheit, einen Gläubiger auf Kosten des andern zu bevorzugen und seinen Vermögensverfall zu verdecken. Das neue Konkursgesetz hat deshalb den Weg eingeschlagen, den die neueren Gesetzgebungen anderer deutschen Staaten längst betreten haben, es hat das Vorrechtssystem nicht ganz abgeschafft, aber es hat es wesentlich vereinfacht (s.

achter Abschnitt.). Die Vorrechte der Ehefrau hat es völlig aufgehoben, und das Einführungsgesetz hat zur Regulirung der anderweitigen Sicherung der Frau eine einjährige Frist gegeben.

Nur der Frivolität und Gewissenlosigkeit der Schuldner nach Möglichkeit Einhalt zu thun, hat die neue Konkurs-Ordnung eine Reihe sehr praktischer und zweckdienlicher Bestimmungen aufgenommen. Das alte Gesetz hat hierauf wenig Aufmerksamkeit verwandt. Die neue Konkurs-Ordnung legt dem Gemeinschuldner bestimmte Pflichten auf, die im Interesse der Gläubiger höchst nothwendig sind, und stellt ihn unter Strafe, falls er diesen Pflichten nicht nachkommt.

Es verbietet ihm jede Begünstigung eines Gläubigers zum Nachtheil des andern, sobald er seine Zahlungen eingestellt oder Insufficienz seines Vermögens hat, es macht ihm die Anzeige der Zahlungseinstellung bei Gericht zur Pflicht, sobald sie stattgehabt hat, und verlangt von ihm jede Auskunft und Beihülfe, welche bei Regulirung seiner Vermögens- und Schuldverhältnisse nothwendig erscheint. Die Nichtbefolgung dieser Vorschriften bedroht es mit Personalarrest und mit Gefängnißstrafen. Dem fallirten Handelsmann versagt es den vollen Genuß der kaufmännischen Ehre, so lange er nicht seinen Verbindlichkeiten nachgekommen.

Die Vorschriften der Allg. Gerichts-Ordnung über die Rechtswohlthat der Kompetenz hat das neue Gesetz vereinfacht. Die Art der Kompetenz, welche nur bestimmten Gläubigern gegenüber gefordert werden kann, hat es auf solche Personen beschränkt, unter denen eine gesetzliche Verpflichtung zur Alimentation besteht. Die zweite Art der Kompetenz gegen alle Gläubiger aus fortlaufenden Einkünften ist auf solche Einkünfte beschränkt, die der Schuldner durch die Fürsorge und durch die Freigebigkeit Anderer genießt. Die Lehnskompetenz ist beibehalten worden. Die Generalmoratorien sind abgeschafft, die Spezialmoratorien der Handeltreibenden versagt worden.

Das sind die Hauptgrundzüge des für den Handel und Verkehr so wichtigen neuen Konkursgesetzes. In Betreff der Einzelnheiten, sowie in Betreff der in dem neuen Gesetz enthaltenen, mit dem Konkursverfahren in enger Verbindung stehenden Abänderungen der erbschaftlichen Liquidationsprozesse und des Prioritätsverfahrens in der Exekutionsinstanz muß auf das Gesetz selbst und den bei den einzelnen Abschnitten und Paragraphen enthaltenen Bemerkungen und Erläuterungen verwiesen werden.

Die neue Konkurs-Ordnung.

I. Gesetz über die Einführung der Konkurs-Ordnung in den Landestheilen, in welchen das Allg. Landrecht und die Allg. Gerichts-Ordnung Gesetzeskraft haben.

Artikel I.

Die Konkurs-Ordnung tritt in den Landestheilen, in welchen das Allgemeine Landrecht und die Allgemeine Gerichts-Ordnung Gesetzeskraft haben, mit dem 1. Oktober 1855 in Kraft.

Artikel II.

Mit diesem Zeitpunkte (Art. I.) werden außer Wirksamkeit gesetzt: Alle der Konkurs-Ordnung entgegenstehende Bestimmungen, sie mögen in allgemeinen Landes-Gesetzes und Verordnungen, oder in besonderen Gesetzen enthalten sein.

Dahin gehören namentlich die Titel 47., 48., 49. und 50., so wie der Zweite Abschnitt des Titels 51., Theil I. der Allgemeinen Gerichts-Ordnung, nebst allen ergänzenden, abändernden und erläuternden Bestimmungen.

Artikel III.

Wo in irgend einem Gesetze auf die hiernach (Art. II.) außer Wirksamkeit gesetzten Vorschriften verwiesen wird, treten die Vorschriften der Konkurs-Ordnung an deren Stelle.

Insbesondere sind in den Fällen, in welchen die Gesetze wegen Beurtheilung der Zulänglichkeit einer Sicherheits-Bestellung auf die Bestimmungen der §§. 16. bis 23. Tit. 47. Thl. I. der Allgemeinen Gerichts-Ordnung Bezug nehmen, an deren Stelle die in dem §. 429. der Konkurs-Ordnung enthaltenen Vorschriften maaßgebend.

Artikel IV.

Wenn vor dem 1. Oktober 1855 ein Konkurs- oder erbschaftlicher Liquidations-Prozeß bereits eröffnet, oder ein Prioritäts-Verfahren eingeleitet ist, so kommen in demselben die Bestimmun-

gen der Konkurs-Ordnung nicht zur Anwendung, vielmehr ist das Verfahren lediglich nach den bisherigen Vorschriften fortzuführen und zu beendigen.

Dasselbe findet bei nothwendigen Subhastationen Statt, wenn der Erlaß des Subhastations-Patentes vor dem 1. Oktober 1855 verfügt worden ist.

Bei dem Prioritäts-Verfahren über Besoldungen und andere an die Person des Schuldners gebundene fortlaufende Einkünfte bleiben die bisherigen Vorschriften nur noch für die Vertheilung der Einkünfte des Jahres 1855 in Kraft.

Artikel V.

Wird ein Konkurs- oder Prioritäts-Verfahren erst am 1. Oktober 1855 oder nach diesem Tage eröffnet, so treten in demselben die Bestimmungen der Konkurs-Ordnung auch insofern ein, als es sich darum handelt, zu entscheiden, ob und welches Vorrecht den schon vorher entstandenen Forderungen gebührt.

Artikel VI.

Die Frist, binnen welcher die Forderungen der Kinder und der Pflegebefohlenen des Gemeinschuldners behufs Erhaltung des Vorzugsrechts derselben gerichtlich geltend gemacht werden müssen (§. 81. der Konkurs-Ordnung), wird erst vom 1. Oktober 1855 an gerechnet, wenn der Zeitpunkt, mit welchem der Lauf der Frist nach den Bestimmungen der Konkurs-Ordnung beginnt, schon früher eingetreten ist.

Artikel VII.

Die bisher gesetzlichen Bestimmungen über die Vindikations-Ansprüche und Vorzugsrechte der Ehefrau des Gemeinschuldners im Konkurse bleiben noch während der Dauer eines Jahres, von dem 1. Oktober 1855 an gerechnet, in Kraft und in jedem Konkurs- oder Prioritäts-Verfahren maaßgebend, welches innerhalb dieses einjährigen Zeitraums eröffnet wird.

Zugleich ist die Ehefrau eines Handelsmannes, Schiffsrheders oder Fabrikbesitzers bis zum Ablaufe des einjährigen Zeitraums berechtigt, wegen ihres vor dem 1. Oktober 1855 gesetzlich in die Verwaltung des Mannes gekommenen Vermögens, auch ohne den Nachweis der Wahrscheinlichkeit eines bevorstehenden Verlustes, von dem Manne besondere Sicherheits-Bestellung zu verlangen, oder nach ihrer Wahl dasselbe zur eigenen Verwaltung zurückzufordern.

Die Worte „eines Handelsmannes, Schiffsrheders oder Fabrikbesitzers“ sind Seitens der ersten Kammer dem aus den Berathungen der zweiten Kammer hervorgegangenen Gesetz-Entwurf eingeschaltet, und sodann von der zweiten Kammer angenommen worden.

Artikel VIII.

Die Bestimmungen in den §§. 261. bis 265. Tit. 1. Thl. II. des Allgemeinen Landrechts über die Rechte der Ehefrau an dem aus dem Konkurse ihres Mannes geretteten eingebrachten Vermö-

gen bleiben in Kraft, wogegen die §§. 266. bis 268. a. a. O. aufgehoben werden.

Artikel IX.

Die in den §§. 500. bis 506. Tit. 16. Thl. I. des Allgemeinen Landrechts enthaltenen Bestimmungen über das Absonderungsrecht der Erbschafts-Gläubiger in dem Konkurse über das Vermögen des Erben finden auch auf Legatare Anwendung.

Artikel X.

Unter den im §. 49. der Konkurs-Ordnung genannten gemeinen Lasten sind nur die im §. 48. Titel I. der Hypotheken-Ordnung vom 20. Dezember 1783 bezeichneten zu verstehen.

Artikel XI.

Außer den in dem Allgemeinen Landrechte und in andern Gültigkeit behaltenden Gesetzen aufgeführten gesetzlichen Titeln zum Pfandrechte bleiben nur noch folgende ferner in Kraft:

1) für den Fiskus und die mit fiskalischen Rechten versehenen Anstalten in dem Vermögen ihrer Schuldner wegen aller Ansprüche an dieselben, mit Ausnahme der Geldstrafen;
2) für die Gemeinde-, Kreis- und Provinzial-Verbände, die landschaftlichen Kredit-Verbände, die Domkapitel, Kollegial-Stifter, Klöster, Kirchen, Schulen und milden Stiften in dem Vermögen ihrer verwaltenden Beamten wegen der Ansprüche aus der Verwaltung, ingleichen in dem Vermögen ihrer Mitkontrahenten wegen der Ansprüche aus den mit denselben geschlossenen Kontrakten;
3) für die Dienstherrschaften in dem Vermögen ihrer Hausoffizianten und Dienstboten wegen der denselben zum Behufe ihrer Dienstverrichtungen anvertrauten Gelder und Effekten.

Artikel XII.

Der gesetzliche Titel zum Pfandrechte, welcher der Ehefrau in dem Vermögen ihres Ehemannes zusteht, ist vom 1. Oktober 1855 an dahin beschränkt, daß die Ehefrau nur die Befugniß hat, ihre Ansprüche wegen des gesetzlich in die Verwaltung des Mannes gekommenen Vermögens innerhalb eines Jahres nach dem Beginne der Verwaltung des Mannes in das Hypothekenbuch über die Grundstücke desselben eintragen zu lassen.

Erwirbt der Ehemann erst nach dem Beginne seiner Verwaltung des Vermögens der Ehefrau Grundstücke, so kann die Ehefrau noch binnnen Jahresfrist seit der Erwerbung der Grundstücke ihre Ansprüche in das Hypothekenbuch derselben eintragen lassen.

Hat jedoch die Ehefrau einen gesetzlichen Titel zum Pfandrecht schon vor dem 1. Oktober 1855 erworben, so kann sie von demselben noch während der Dauer eines Jahres, von dem gedachten Tage an gerechnet, nach Maaßgabe der bisherigen Vorschriften Gebrauch machen.

Artikel XIII.

In der Stadt Danzig und deren ehemaligem Gebiete kann fortan ein Pfandrecht nur nach den geltenden allgemeinen Vorschriften bestellt werden.

Die entgegenstehenden Bestimmungen des Statutarrechts, namentlich des Jus Culmense ex ultima revisione Buch 4., Titel 4., Kap. 4. u. 8. werden aufgehoben.

Artikel XIV.

Zu den Fabrikbesitzern sind nicht zu rechnen: Gutsbesitzer, welche ein Handelsgeschäft nur als landwirthschaftliches Nebengewerbe betreiben.

Artikel XV.

In den besondern Rechten und Privilegien der bestehenden Kredit-Verbände bei der Sequestration und Subhastation der zu denselben gehörigen Güter wird durch die Bestimmungen der Konkurs-Ordnung nichts geändert.

Artikel XVI.

Bei der nothwendigen Subhastation von Seeschiffen und andern zur Frachtschifffahrt bestimmten Schiffsgefäßen ist nach folgenden Bestimmungen zu verfahren:

1) das Subhastations-Patent muß durch dreimalige Einrückung in den Anzeiger des Regierungs-Amtsblattes dergestalt bekannt gemacht werden, daß von der letzten Einrückung an bis zum Verkaufs-Termin eine volle Woche frei bleibt. Außerdem ist das Subhastations-Patent durch Anschlag an dem gewöhnlichen Versammlungsorte der Kaufleute, sowie durch Anschlag in benachbarten Häfen und Seeplätzen bekannt zu machen. Ob noch anderweite Bekanntmachungen, insbesondere durch inländische oder ausländische Zeitungen, stattfinden sollen, hat das Gericht nach den Umständen zu ermessen;
2) die Frist zur nothwendigen Subhastation beträgt vierzehn Tage bis drei Monate, je nach dem Ermessen des Gerichts in den einzelnen Fällen. Die Frist wird von dem Tage an gerechnet, wo die Bekanntmachung des Subhastations-Patents zum ersten Male in dem Anzeiger des Regierungs-Amtsblattes erscheint;
3) während des Laufes der Subhastations-Frist muß das Schiff der Regel nach im Hafen liegen bleiben. Wenn es jedoch die Handels-Konjunktur und das Beste der Interessenten rathsam erscheinen läßt, daß das Schiff in dieser Zwischenzeit eine neue Fahrt antritt, so kann solches auf den Antrag der Interessenten von dem Gericht gestattet, es muß jedoch alsdann für eine gehörige Versicherung des Schiffs und des Frachtgeldes gesorgt werden.

Artikel XVII.

Die Rechtswohlthat der Güterabtretung findet in der Folge nicht Statt.

Art. XVIII.

Die Bestimmungen über die Ermäßigung der im Konkurse und im erbschaftlichen Liquidations-Prozesse nach den Gesetzen vom 10. Mai 1851 und 9. Mai 1854 zu erhebenden Gerichtskosten werden durch Königliche Verordnung getroffen.

Vor Ablauf von drei Jahren wird dieselbe den Kammern zur verfassungsmäßigen Genehmigung vorgelegt.

II. Die Konkurs-Ordnung.

Erster Titel.

Von den Rechtsverhältnissen im Konkurse.

Erster Abschnitt.

Gegenstand und Wirkungen des Konkurses im Allgemeinen.

§. 1. Der Konkurs erstreckt sich auf das gesammte der Exekution unterliegende Vermögen, welches der Gemeinschuldner zur Zeit der Eröffnung des Konkurses besitzt, oder während der Dauer des Konkurses erlangt.

Ein Konkurs, welcher sich auf einen Theil des Vermögens des Gemeinschuldners beschränkt (Partikular-Konkurs), kann nur in den durch das gegenwärtige Gesetz ausdrücklich bestimmten Fällen eintreten.

§. 1. der neuen Konkurs-Ordnung enthält eine wesentliche Abweichung von der alten Konkurs-Ordnung. Nach den §§. 33. und 34. Thl. I. Tit. 50. der Allg. Gerichts-Ordnung gehört das Vermögen, was der Gemeinschuldner nach der Konkurs-Eröffnung erwirbt, nicht zur Konkurs-Masse. Die alte Konkurs-Ordnung ging von dem Grundsatze aus, daß der Gläubiger nur ein allgemeines Pfandrecht auf das vorhandene Vermögen des Gemeinschuldners erlangen, während die neue Konkurs-Bildung ein Exekutionsrecht an das gesammte Vermögen des Gemeinschuldners einführen will, daher diese Exekution auch in das Vermögen des Gemeinschuldners stattfindet, welches er nach der Konkurs-Eröffnung erworben hat, so weit dies Vermögen überhaupt der Exekution unterliegt. In §. 1. sind deshalb ausdrücklich die Worte gesetzt: das der Exekution unterliegende Vermögen. Vermögens-Objekte, in welche eine Exekutionsvollstreckung überhaupt nicht zulässig ist, sind also von dieser Exekution ausgeschlossen, z. B. die in der Kabinets-Ordre v. 28. Dezember 1840 und in dem Anh. §. 155. der Allg. Gerichts-Ordnung näher bezeichneten Gegenstände.

§. 2. Die Konkurs-Masse (§. 1.) hat die Bestimmung, zur Befriedigung aller zur Zeit der Konkurs-Eröffnung vorhandenen Gläubiger des Gemeinschuldners zu dienen.

Die Forderungen der Gläubiger, welchen ein Absonderungs-

recht in Ansehung einzelner Theile der Konkurs-Masse zusteht, werden abgesondert erörtert und befriedigt.

In das Konkurs-Verfahren haben sich nur die persönlichen Gläubiger des Gemeinschuldners einzulassen, welche ihre Befriedigung aus der gemeinschaftlichen Konkurs-Masse suchen (Konkurs-Gläubiger).

§. 3. Ein Unterschied zwischen inländischen und ausländischen Gläubigern findet nicht Statt.

Wenn jedoch in dem Staate, welchem ein ausländischer Gläubiger angehört, in gleichen Fällen den diesseitigen Unterthanen nicht gleiches Recht, wie den Angehörigen jenes Staats gewährt wird, so tritt die Retorsion ein. Dieselbe trifft auch Inländer, welchen ausländische Gläubiger ihre Forderungen erst zu einer Zeit cedirt haben, in welcher bereits von dem Gemeinschuldner die Zahlungen eingestellt waren, oder in welcher bereits der Gemeinschuldner die Unzulänglichkeit seines Vermögens bei dem Gericht angezeigt oder ein Gläubiger desselben die Konkurs-Eröffnung beantragt hatte.

Vergl. Allg. Gerichts-Ordnung Thl. I. Tit. 50. §§. 162., 665., Anh. §. 379. und Allg. Landrecht Einl. §§. 43., 45., deren Bestimmungen mit den Bestimmungen des §. 3. übereinstimmen.

§. 4. Mit dem Zeitpunkte der Konkurs-Eröffnung verliert der Gemeinschuldner von Rechtswegen die Befugniß, sein zur Konkurs-Masse gehörendes Vermögen zu verwalten und über dasselbe zu verfügen.

Das Verwaltungs- und Verfügungsrecht wird durch die Gesammtheit der Konkurs-Gläubiger (Gläubigerschaft) an Stelle des Gemeinschuldners ausgeübt. Zu diesem Behuf erfolgt die Bestellung eines Verwalters der Konkurs-Masse.

Vergl. Allg. Gerichts-Ordnung Thl. I. Tit. 50. §. 34., worin derselbe Grundsatz aufgestellt wird.

Das zur Konkurs-Masse gehörige Vermögen ist also somit das Vermögen, was der Gemeinschuldner zur Zeit der Eröffnung des Konkurses besitzt, als was er nach Eröffnung desselben erwirbt. s. §. 1.

§. 5. Alle Verfügungen und Rechtshandlungen, welche der Gemeinschuldner nach der Konkurs-Eröffnung vornimmt, sind in Beziehung auf die Gläubigerschaft nichtig, namentlich alle eingegangene Verbindlichkeiten, alle geleistete Zahlungen, alle den einzelnen Gläubigern eingeräumte Pfandrechte und Hypothekenrechte, alle vorgenommene Veräußerungen, Verschreibungen, Befreiungen und Entsagungen.

Dasjenige, was der Gemeinschuldner in Folge solcher Geschäfte geleistet hat, kann zur Konkurs-Masse zurückgefordert werden; jedoch bleiben dem dritten redlichen Besitzer die aus dem redlichen Besitze entspringenden Rechte vorbehalten.

Es sind hiernach alle Rechtsverhandlungen, die der Gemeinschuldner nach eröffneter Konkurs-Eröffnung vorgenommen hat, nich-

tig, selbst in Betreff Derjenigen, welche dabei in gutem Glauben gehandelt haben.

Der Inhalt des §. 5. stimmt mit dem im §. 34. Tit. 50. Thl. I. der Allg. Gerichts-Ordnung ausgesprochenen Grundsatze der alten Konkurs-Ordnung überein.

§. 6. Von allen Verfügungen und Rechtshandlungen des Gemeinschuldners, welche an dem Tage der Konkurs-Eröffnung vorgenommen sind, gilt bis zum Beweise des Gegentheils die Vermuthung, daß sie erst nach der Konkurs-Eröffnung vorgenommen worden sind.

§. 7. Zahlungen oder Aushändigungen, welche nach der Konkurs-Eröffnung an den Gemeinschuldner erfolgt sind, werden als nicht geschehen angesehen.

Wer jedoch die Zahlung oder Aushändigung noch an dem Tage der Konkurs-Eröffnung oder an einem der beiden nächstfolgenden Tage bewirkt hat, ist dadurch gegen die Konkurs-Masse befreit, wenn ihm nicht Umstände nachgewiesen werden, aus welchen sich entnehmen läßt, daß ihm damals die Konkurs-Eröffnung bereits bekannt gewesen ist.

Der Tag der öffentlichen Bekanntmachung der Konkurs-Eröffnung in einem öffentlichen Blatte ist also für die bona fides des Zahlenden nicht maßgebend, sondern der Tag der wirklichen Konkurs-Eröffnung, indem man annahm, daß den Interessenten die Konkurs-Eröffnung auch ohne öffentliche Bekanntmachung alsbald bekannt werde, und daß nur die Bewilligung einer etwas längern Frist nothwendig sei. Deshalb der Zusatz: an einem der beiden nächstfolgenden Tage.

§. 8. Nach der Konkurs-Eröffnung kann ein Verfahren zur Geltendmachung von Ansprüchen, welche sich auf das zur Konkurs-Masse gehörende Vermögen beziehen, nicht mehr gegen den Gemeinschuldner gerichtet oder fortgesetzt werden.

Anhängige Rechtsstreitigkeiten gehen auf die Gläubigerschaft in der Lage über, in welcher sie sich zur Zeit der Konkurs-Eröffnung befinden.

Gegen jede Entscheidung, welche vor der Konkurs-Eröffnung ergangen ist, kann die Gläubigerschaft die zur Zeit der Konkurs-Eröffnung noch zulässigen Rechtsmittel einlegen. Dabei kommt, wenn der Verwalter der Masse innerhalb der dem Gemeinschuldner noch laufenden Frist die Konkurs-Eröffnung bei der Behörde, bei welcher das Rechtsmittel einzulegen ist, zu den Prozeß-Akten anzeigt, der Gläubigerschaft die volle gesetzliche Frist so zu statten, als ob die Insinuation der Entscheidung erst am Tage der Konkurs-Eröffnung stattgefunden hätte.

§. 9. Exekutionen gegen den Gemeinschuldner, welche auf Vollstreckung des Personal-Arrestes gerichtet sind, können nach der Konkurs-Eröffnung behufs der Befriedigung einzelner Gläubiger weder fortgesetzt noch eingeleitet werden.

Dasselbe gilt von Exekutionen in das Vermögen des Gemein-

schuldners, sofern sie nicht zur Ausübung eines Pfandrechts, oder Hypothekenrechts, oder eines Rückforderungsrechts betrieben werden.

War jedoch der Termin zu einem Zwangsverkauf behufs der Befriedigung eines persönlichen Gläubigers bereits vor der Konkurs-Eröffnung bestimmt, so ist der Verkauf in Ausführung zu bringen, wenn der Verwalter der Masse die Aussetzung desselben nicht beantragt; der Verkauf geschieht alsdann für Rechnung der Gläubigerschaft.

§. 10. Pfandrechte und Hypothekenrechte an dem zur Konkurs-Masse gehörigen Vermögen, welche von den einzelnen Gläubigern erst nach der Konkurs-Eröffnung erlangt werden, können von denselben zum Nachtheil anderer Gläubiger nicht geltend gemacht werden, wenn ihnen auch die Befugniß, die Einräumung eines Pfandrechts oder Hypothekenrechts zu fordern, schon vor der Konkurs-Eröffnung zustand.

§. 11. Wenn Jemand nach der Konkurs-Eröffnung die Forderung eines Gläubigers ganz oder zum Theil befriedigt, so tritt er in soweit von Rechtswegen an dessen Stelle; er erlangt auch ohne Cession das mit der Forderung verbundene Vorrecht, Pfandrecht oder Hypothekenrecht.

Ist die Befriedigung des Gläubigers vor der Konkurs-Eröffnung erfolgt, so bestimmt sich das Eintrittsrecht nach den allgemeinen gesetzlichen Vorschriften.

§. 12. Die Konkurs-Eröffnung hemmt zu Gunsten der Konkurs-Masse den Lauf der Zinsen einer jeden Forderung, welche nicht mit Pfand oder Hypothek versehen ist.

Ist eine Forderung mit Pfand oder Hypothek versehen, so können die seit der Konkurs-Eröffnung laufenden Zinsen nur aus dem zur Sicherheit dienenden Vermögensstücke gefordert werden.

§. 13. Der Tod des Gemeinschuldners bewirkt keine Unterbrechung des Konkurses.

Selbst dadurch, daß der Erbe des Gemeinschuldners die Erbschaft ohne Vorbehalt der Rechtswohlthat des Inventars antritt, wird der Fortgang des Konkurses nicht gehemmt, so lange der Erbe die Gläubiger nicht befriedigt.

§. 14. Wenn der Gemeinschuldner während des Konkurses verstorben ist (§. 13.), oder wenn der Konkurs erst nach dem Tode des Gemeinschuldners über seinen Nachlaß eröffnet worden ist, so findet Alles, was in Betreff des Gemeinschuldners vorgeschrieben ist, auch auf den Erben Anwendung.

Jedoch treffen den Erben die Folgen der Handlungen und Unterlassungen seines Erblassers nur in soweit, als nach allgemeinen Grundsätzen die Rechte und Verbindlichkeiten eines Erblassers auf seinen Erben übergehen.

Zweiter Abschnitt.

Wirkung der Konkurs-Eröffnung auf die vor derselben von dem Gemeinschuldner eingegangenen Rechtsgeschäfte.

§. 15. Wenn ein Rechtsgeschäft, welches auf gegenseitige Leistungen der Kontrahenten gerichtet ist, zur Zeit der Konkurs-Eröffnung von dem Gemeinschuldner bereits erfüllt ist, so geht das Geschäft auf die Gläubigerschaft über, und es kann dieselbe von dem Mitkontrahenten des Gemeinschuldners die rückständige Gegenleistung fordern.

Ist das Geschäft zur Zeit der Konkurs-Eröffnung von dem Mitkontrahenten, nicht aber von dem Gemeinschuldner erfüllt, so hat der Mitkontrahent seinen Anspruch auf die rückständige Gegenleistung als Konkurs-Gläubiger geltend zu machen, sofern er nicht durch ein Pfandrecht oder Hypothekenrecht gedeckt ist.

Besteht die rückständige Gegenleistung des Gemeinschuldners nicht in einer Geldzahlung, so kann der Mitkontrahent die Erfüllung nicht fordern, sondern es findet nur ein Anspruch auf Entschädigung Statt.

§. 16. Wenn ein Rechtsgeschäft, welches auf gegenseitige Leistungen gerichtet ist, zur Zeit der Konkurs-Eröffnung von beiden Theilen noch überhaupt nicht, oder noch nicht vollständig erfüllt ist, so hat die Gläubigerschaft das Recht, nicht aber die Verpflichtung, an Stelle des Gemeinschuldners das Geschäft zu übernehmen.

Will die Gläubigerschaft das Geschäft übernehmen, so muß dasselbe von beiden Theilen vollständig erfüllt werden, sofern nicht etwa der Mitkontrahent des Gemeinschuldners wegen der durch die Konkurs-Eröffnung eingetretenen Veränderung der Umstände befugt ist, auf Grund der allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen das Geschäft aufzuheben.

Tritt die Gläubigerschaft in das Geschäft nicht ein, so muß dem Mitkontrahenten des Gemeinschuldners das von ihm Geleistete, so weit es in der Konkurs-Masse noch vorhanden ist, zurückgegeben werden, im Uebrigen steht ihm nur ein Anspruch auf Entschädigung zu.

Das Konkurs-Gericht hat auf Anrufen des Mitkontrahenten die Frist zu bestimmen, innerhalb welcher der Verwalter der Masse die Erklärung über den Eintritt in das Geschäft abzugeben hat. Erfolgt die Erklärung innerhalb der bestimmten Frist nicht, so wird angenommen, daß die Gläubigerschaft in das Geschäft nicht eintreten will.

Die Gläubiger haben also nicht die Verpflichtung, an Stelle des Gemeinschuldners das Geschäft zu übernehmen, sie haben nur das Recht dazu. Die Begrenzung der in Alinea 4. erwähnten Frist steht dem Konkurs-Gericht zu.

§. 17. Wenn von dem Gemeinschuldner Kauf- oder Lieferungsgeschäfte über fungible Sachen, welche einen marktgängigen Preis haben, oder über geldwerthe Papiere dergestalt geschlossen worden sind, daß sie erst nach der Konkurs-Eröffnung zur Erfüllung kommen sollen, so kann weder von der Gläubigerschaft, noch von dem Mitkontrahenten des Gemeinschuldners Erfüllung gefordert werden, sondern es findet aus dem Geschäft nur ein Anspruch auf Entschädigung Statt. Dieser Anspruch bestimmt sich nach der Differenz, welche an dem kontraktlichen Erfüllungstage zwischen dem Kontraktspreise und dem Marktpreise oder dem Börsenkurse sich ergiebt.

Der §. 17 bildet also eine Ausnahme vom §. 16. Die Erfüllung von Kauf- und Lieferungsgeschäften über fungible Sachen, die einen marktgängigen Preis haben, oder über geldwerthe Papiere, kann nach der Konkurs-Eröffnung von keiner Seite gefordert werden, sondern es kann nur ein Anspruch auf Entschädigung geltend gemacht werden.

§. 18. Bestehende Miethskontrakte des Gemeinschuldners gehen auf die Gläubigerschaft über; dieselbe ist jedoch berechtigt, die Kontrakte noch vor dem Ablaufe der festgesetzten Miethszeit aufzukündigen. Bei der Aufkündigung ist die gesetzliche Frist zu beobachten; ist kontraktlich eine kürzere Frist bestimmt, so kommt diese zur Anwendung.

Eine Pachtung des Gemeinschuldners wird von der Gläubigerschaft fortgesetzt; jedoch kann nach dem Ablaufe des Wirthschaftsjahres, in welches die Konkurs-Eröffnung fällt, sowohl die Gläubigerschaft, als der Verpächter von dem Kontrakt unter Beobachtung der gesetzlichen Aufkündigungsfrist zurücktreten.

Bei Vermiethungen und Verpachtungen des Gemeinschuldners tritt die Gläubigerschaft lediglich an die Stelle desselben. Eine Aufkündigung des Kontrakts ist nur nach Maßgabe der allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen zulässig; hierbei kommen in dem Falle einer freiwilligen Veräußerung der vermietheten oder verpachteten Sache die Vorschriften zur Anwendung, welche für den Fall einer nothwendigen Veräußerung gelten.

§. 19. Inwiefern andere Rechtsgeschäfte, welche von dem Gemeinschuldner vor der Konkurs-Eröffnung eingegangen sind, nach diesem Zeitpunkte der Gläubigerschaft gegenüber fortbestehen oder eine Wirkung äußern, ist nach den allgemeinen Grundsätzen über Erfüllung der Verträge und Verbindlichkeiten, unter Würdigung des Zweckes des Konkurses, so wie der durch den Konkurs in der Person und in dem Vermögen des Gemeinschuldners eingetretenen Veränderung zu entscheiden.

§. 20. Die Bestimmungen der §§. 15., 16. und 19. kommen nur in soweit zur Anwendung, als nicht in Beziehung auf einzelne Rechtsgeschäfte und Rechtsverhältnisse besondere gesetzliche

Vorschriften über die Wirksamkeit derselben für den Fall bestehen, daß sie zur Zeit der Konkurs-Eröffnung noch nicht erfüllt oder beendigt sind.

§. 21. In den Fällen, in welchen ein Rechtsgeschäft durch die Konkurs-Eröffnung aufgehoben wird (§§. 15., 16., 17., 19., 20.), hat der Mitkontrahent des Gemeinschuldners die ihm deshalb zustehenden Entschädigungs-Ansprüche als Konkurs-Gläubiger geltend zu machen, sofern er nicht durch ein Pfandrecht oder Hypothekenrecht gedeckt ist.

Bei Beurtheilung dieser Entschädigungs-Ansprüche ist die Annahme zum Grunde zu legen, daß die Nichterfüllung durch eine Veränderung der Umstände herbeigeführt worden ist, welche sich in der Person des Gemeinschuldners ereignet hat.

Dritter Abschnitt.

Vindikations-Ansprüche.

§. 22. Wenn in der Konkurs-Masse Sachen sich befinden, welche dem Gemeinschuldner nicht eigenthümlich gehören, so findet die Rückforderung derselben nach den allgemeinen gesetzlichen Vorschriften Statt.

Die alte Konkurs-Ordnung zählt eine Reihe spezieller Fälle des Vindikationsrechtes auf (§§. 296. sq. Tit. 50. Thl. I. A. G. O.). Die neue K. O. hat diese Aufzählung fortgelassen.

§. 23. Sind fremde Sachen vor der Konkurs-Eröffnung durch den Gemeinschuldner verkauft worden, so kann an deren Stelle die Uebereignung des Kaufpreises gefordert werden, so weit derselbe noch aussteht.

§. 24. Wechsel, Handelspapiere und andere Urkunden über Forderungen, welche dem Gemeinschuldner nur behufs der Realisirung oder mit der ausdrücklichen Bestimmung übermacht worden sind, daß sie zur Deckung gewisser, bei der Uebermachung bezeichneter künftiger Zahlungen dienen sollen, können zurückgefordert werden, wenn sie zur Zeit der Konkurs-Eröffnung noch unbezahlt bei dem Gemeinschuldner oder bei einem Dritten vorhanden sind, welcher sie für den Gemeinschuldner besitzt.

§. 25. Waaren und andere Gegenstände, welche dem Gemeinschuldner zum Verkauf in Kommission gegeben sind, können zurückgefordert werden, sofern dieselben zur Zeit der Konkurs-Eröffnung bei dem Gemeinschuldner oder bei einem Dritten, welcher sie für den Gemeinschuldner besitzt, in Natur unterscheidbar vorhanden sind.

Hat der Gemeinschuldner die zum Verkauf in Kommission erhaltenen Waaren und anderen Gegenstände bereits veräußert,

so kann an deren Stelle die Uebereignung des Kaufpreises gefordert werden, soweit derselbe nicht durch Zahlung oder Hingabe an Zahlungsstatt, oder durch Kompensation in laufender Rechnung, oder in anderer Weise vor der Konkurs-Eröffnung zwischen dem Käufer und dem Gemeinschuldner berichtigt worden ist.

S. §§. 300.—304. Tit. 50. Thl. I. A. G. O. Die alte K. O. giebt den Kommittenten das Vindikationsrecht für den Fall der Einkaufs- und Verkaufs-Kommission, die neue K. O. nur für den Fall der Verkaufs-Kommission.

§. 26. Wer Waaren an den Gemeinschuldner verkauft und abgesendet hat, kann dieselben zurückfordern, wenn sie nicht schon vor der Konkurs-Eröffnung in das Waarenlager oder in einen andern Aufbewahrungsort des Gemeinschuldners oder eines Dritten abgeliefert sind, welcher den Auftrag hat, sie zur Verfügung des Gemeinschuldners zu halten.

Die alte K. O. (§§. 305., 309.b. Tit. 50. Thl. I. A. G. O.) gestattete im Konkurse die Rückforderung der Waaren alsdann, wenn beim Verkaufe auf Kredit die Waaren erst innerhalb der letzten drei Tage vor der Konkurs-Eröffnung an den Gemeinschuldner abgeliefert sind und wenn beim Verkauf gegen baare Zahlung die Klage auf Zahlung oder Rückgabe binnen einer dreitägigen Frist angemeldet ist. Die neue Bestimmung im §. 26. stimmt mit dem Rheinischen Handelsrecht überein (H. G. B. Art. 576.).

§. 27. Das Recht der Rückforderung der an den Gemeinschuldner verkauften und abgesendeten Waaren (§. 26.) ist ausgeschlossen:

1) wenn der Kaufpreis vor der Konkurs-Eröffnung bereits vollständig berichtigt ist;
2) wenn die Gläubigerschaft in das Kaufgeschäft eintritt und die Verbindlichkeiten des Gemeinschuldners aus demselben erfüllt;
3) wenn die Waaren vor der Konkurs-Eröffnung durch einen Dritten in gutem Glauben auf Grund des Konnoissements oder des Frachtbriefes gekauft worden sind. Hat ein Dritter vor der Konkurs-Eröffnung ein Pfandrecht an den Waaren erworben, so findet die Rückforderung nur gegen Bezahlung der Pfandschuld Statt.

Fall 3. s. §§. 305., 308., 309.b. Tit. 50. Thl. I. A. G. O. Die neue Bestimmung ad 3. stimmt mit andern Gesetzgebungen überein, s. Rh. H. G. B. Art. 578., und schließt zur Sicherheit des Verkehrs die Vindikation gegen den dritten redlichen Erwerber überhaupt aus.

§. 28. Sind die in den §§. 22., 25., 26. erwähnten Sachen in dem Konkurse verkauft worden, so kann an deren Stelle die

Uebereignung des Kaufpreises gefordert werden, so weit derselbe noch aussteht.

§. 29. Wenn dem Gemeinschuldner oder der Konkurs-Masse in Beziehung auf zurückgeforderte Sachen Gegenforderungen wegen Auslagen, Verwendungen, Abschlagszahlungen, oder aus einem anderen Grunde zustehen, so kann die Herausgabe nur gegen Befriedigung der Gegenforderungen verlangt werden.

§. 30. Das Rückforderungsrecht wird in allen Fällen unabhängig von dem Konkurs-Verfahren gegen den Verwalter der Masse geltend gemacht.

Vierter Abschnitt.

Ansprüche der Gläubiger auf abgesonderte Befriedigung.

§. 31. Unbewegliches Eigenthum, Berg- und Hütten-Eigenthum, sowie Seeschiffe und andere zur Frachtschifffahrt bestimmte Schiffsgefäße dienen zur abgesonderten Befriedigung der Gläubiger, welchen ein Realrecht an denselben zusteht.

§. 32. Gläubiger, welchen zur Sicherung ihrer Forderung ein Pfandrecht an beweglichen Sachen durch körperliche oder symbolische Uebergabe ertheilt ist (Faust-Pfandgläubiger), erhalten so weit, als das Pfand reicht und haftet, abgesonderte Befriedigung aus demselben.

Sie sind berechtigt, die Pfandlosung zunächst auf die Kosten, sodann auf die laufenden Zinsen und demnächst auf die sämmtlichen rückständigen, noch nicht verjährten Zinsen in Anrechnung zu bringen.

S. V. v. 28. Dezbr. 1840. Das den persönlichen Baugläubigern zustehende Separationsrecht auf Feuer-Entschädigungs- und Bauhülfsgelder (§. 336. Tit. 50. Thl. I. A. G. O.) ist weggefallen.

§. 33. Mit den Faustpfandgläubigern haben gleiche Rechte:

1) der Fiskus und die Gemeinden wegen Zölle und Steuern, in Ansehung der zurückgehaltenen oder mit Beschlag belegten zoll- und steuerpflichtigen Gegenstände, soweit nicht etwa durch Konfiskation das Eigenthum derselben an den Fiskus oder die Gemeinden übergegangen ist;
2) der Fiskus wegen Vorschüsse, welche zur Ausrüstung einer Militairperson in der gesetzlich vorgeschriebenen Form gegeben worden sind, in Ansehung sämmtlicher Ausrüstungsgegenstände;
3) diejenigen, welchen eine Kaution bestellt worden ist, wegen der Ansprüche, für welche die Kaution haftet, in Ansehung des Gegenstandes der letzteren;
4) Vermiether und Verpächter wegen des Zinses und anderer Forderungen aus dem Mieths- und Pacht-Verhältnisse, in Ansehung der von dem Miether oder Pächter eingebrachten

Sachen, welche ihm selbst gehören, oder welche er ohne Einwilligung des Eigenthümers zu verpfänden befugt ist, so weit der Vermiether oder Verpächter das ihm zustehende Zurückbehaltungsrecht an denselben ausübt; ingleichen in Ansehung der noch nicht abgesonderten Früchte der verpachteten Grundstücke;

5) Gastwirthe wegen Forderungen für Wohnung und Bewirthung in Ansehung der eingebrachten und zurückbehaltenen Sachen des Gastes, welche diesem selbst gehören, oder welche er ohne Einwilligung des Eigenthümers zu verpfänden befugt ist;

6) Schiffer, Frachtfuhrleute, Post- und Eisenbahn-Anstalten wegen der Fracht- und Liegegelder, so wie der Zollgelder und anderer Auslagen, in Ansehung der beförderten Güter und Waaren, welche zurückbehalten, oder auf dem Packhofe oder Zollamte befindlich sind, oder seit deren Ablieferung noch nicht drei Tage verflossen sind, sofern in diesem letzteren Falle die Güter und Waaren noch bei dem Gemeinschuldner oder bei einem Dritten sich befinden, welcher sie für den Gemeinschuldner besitzt;

7) diejenigen, welche Beiträge der Schiffsladung zur großen Haverei zu fordern haben, wegen dieser Beiträge in Ansehung der Ladung unter den bei Nr. 6. bestimmten Voraussetzungen und Maaßgaben;

8) kaufmännische Kommissionäre und Spediteure in Ansehung der ihnen anvertrauten oder von ihnen angekauften oder besorgten Güter, Fonds und Effekten, wegen der auf dieselben verwendeten Kosten und gegebenen Vorschüsse oder Darlehne, ingleichen wegen aller Forderungen aus laufender Rechnung im Kommissionsgeschäft und Speditionsgeschäft, sofern der Kommissionair oder Spediteur die Güter, Fonds und Effekten noch in seinem Gewahrsam, oder die Konnoissemente oder Lagerscheine darüber noch in Händen hat, oder sonst noch in der Lage ist, darüber verfügen zu können;

9) Werkmeister, Handwerker und Arbeiter wegen ihrer Forderungen für Arbeit und Auslagen, in Ansehung der von ihnen gefertigten oder ausgebesserten und noch in ihrer Gewahrsam befindlichen Sachen;

10) diejenigen, welchen das Zurückbehaltungsrecht an einer körperlichen beweglichen Sache auf Grund einer zum Nutzen der Sache geschehenen Verwendung zusteht, wegen ihrer Forderungen aus dieser Verwendung, soweit der Vortheil derselben noch wirklich vorhanden ist, in Ansehung der zurückbehaltenen Sache.

§. 33. bestimmt die Fälle, in denen ein gesetzliches Faustpfand stattfindet: 1) s. §. 16. des Zollstrafges. v. 23. Jan. 1838; — 2) s. §. 353. Anh. d. A. G. O.; — 4) s. A. L. R. Thl. I. Tit. 21.

§. 395., A. G. O. Thl. I. Tit. 50. §. 382. a., Dekl. v. 21. Juli 1846; — 5) s. §. 455. Tit. 8. Thl. II. A. L. R. u. A. G. O. Anh. §. 359.; — 6) s. §. 383. Tit. 50. Thl. I. A. G. O.; — 8) s. A. L. R. Thl. II. Tit. 8. §§. 1894.—1896; — 9) s. §. 974. Tit. 11. Thl. I. A. L. R.; — 10) s. A. L. R. Thl. I. Tit. 20. §. 547.

§. 34. Das Pfandrecht des Fiskus und der Gemeinden (§. 33.) hat den Vorzug vor den übrigen Pfandrechten; das Pfandrecht des Fiskus geht dem Pfandrecht der Gemeinden vor.

§. 35. Die Gläubiger einer unter gemeinschaftlicher Firma bestehenden Handelsgesellschaft sind berechtigt, aus dem gemeinschaftlichen Vermögen der Gesellschafter (Gesellschaftsvermögen) ihre abgesonderte Befriedigung zu suchen.

§. 36. Die Theilnehmer an einer mit dem Gemeinschuldner bestehenden Gesellschaft oder anderen Gemeinschaft werden wegen ihrer Forderungen, welche aus diesem Verhältnisse entspringen, zunächst im Wege der Auseinandersetzung abgesondert befriedigt, so weit der Antheil des Gemeinschuldners reicht.

Ebenso findet hinsichtlich der Ansprüche des Verpächters oder des Pächters wegen des dem Letzteren übergebenen Inventars, ingleichen zwischen dem Lehns= oder Fideikommißfolger und den Allodial=Erben des Gemeinschuldners zunächst abgesonderte Auseinandersetzung und Berechnung nach den darüber bestehenden besonderen Vorschriften Statt.

§. 37. Hat der Gemeinschuldner vor der Eröffnung des Konkurses über sein Vermögen eine Erbschaft übernommen, so muß deren Absonderung von dem eigenthümlichen Vermögen des Gemeinschuldners erfolgen:

1) wenn die Erbschaftsgläubiger und Legatare von dem Absonderungsrecht Gebrauch machen, welches ihnen nach den darüber geltenden gesetzlichen Bestimmungen zusteht:
2) wenn die eigenen Gläubiger des Gemeinschuldners das ihnen in den bestehenden Gesetzen ertheilte Absonderungsrecht ausüben, oder von der Rechtswohlthat des Inventars Gebrauch machen. Das Letztere ist zulässig, so weit der Gemeinschuldner selbst, wenn kein Konkurs eröffnet wäre, auf die Rechtswohlthat des Inventars sich zu berufen berechtigt sein würde.

S. A. L. R. Thl. I. Tit. 16. §§. 500.—512. u. A. G. O. Thl. I. Tit. 50. §. 272.

Ueber das Verfahren s. Tit. 2. Abschn. 12. des Gesetzes.

§. 38. Nur das, was von einer abgesonderten Masse nach Beseitigung der absonderungsberechtigten Gläubiger übrig bleibt, fließt zur gemeinschaftlichen Konkurs=Masse.

§. 39. Die absonderungsberechtigten Gläubiger können ihre Forderungen, wenn ihnen deshalb ein persönlicher Anspruch gegen den Gemeinschuldner zusteht, auch gegen die gemeinschaftliche Konkurs=Masse geltend machen.

Jedoch finden hierbei auf dieselben alle Bestimmungen Anwendung, welche in Ansehung der Konkurs-Gläubiger gegeben sind.

Fünfter Abschnitt.

Ansprüche der Massegläubiger.

§. 40. Von der gemeinschaftlichen Konkursmasse, so wie von jeder abgesonderten Masse sind die in Beziehung auf dieselbe entstandenen Kommunkosten in Abzug zu bringen.

§. 41. Als Kommunkosten sind zu betrachten:

1) alle Kosten, welche behufs der Eröffnung des Konkurses, so wie behufs der Ermittelung, Sicherstellung, Einziehung, Zahlbarmachung und Vertheilung der Masse, ingleichen behufs der Ermittelung und Feststellung der Anrechte der Gläubiger erwachsen, so weit sie nicht von den einzelnen Gläubigern getragen werden müssen;
2) alle Ausgaben, welche bei der Verwaltung der Masse entstehen, insbesondere alle Ausgaben zur Bestreitung der aus der Grundstücksmasse zu entrichtenden laufenden öffentlichen und gemeinen Abgaben und Leistungen, so wie der Verwaltungs- und Wirthschaftskosten, ingleichen alle Ausgaben zur Erhaltung und nöthigen Verbesserung der in Beschlag genommenen Sachen, so wie zur Erstattung der deshalb etwa geleisteten Vorschüsse.

§. 42. Außer den Kommunkosten sind als Schulden der Masse anzusehen und aus derselben vollständig zu befriedigen:

1) alle Ansprüche gegen die Masse, welche aus rechtsverbindlichen Geschäften oder Handlungen des Verwalters derselben entstanden sind;
2) alle Ansprüche aus den zur Zeit der Konkurs-Eröffnung noch nicht erfüllten Rechtsgeschäften des Gemeinschuldners, in welche die Gläubigerschaft an Stelle desselben eingetreten ist (§§. 16., 19., 20., 27. Nr. 2.);
3) alle Ansprüche aus den zur Zeit der Konkurs-Eröffnung noch nicht beendigten Rechtsgeschäften und Rechtsverhältnissen des Gemeinschuldners, welche für die Gläubigerschaft über den Zeitpunkt der Konkurs-Eröffnung hinaus verbindlich sind (§§. 18. bis 20.), sofern die Ansprüche in Forderungen für die Zeit nach der Konkurs-Eröffnung bestehen.

§. 43. Wenn der Gemeinschuldner nach der Konkurs-Eröffnung Verfügungen oder Rechtshandlungen vorgenommen hat, welche in Beziehung auf die Gläubigerschaft nichtig sind (§. 5.), so muß dem andern Theile die Gegenleistung in soweit vollständig erstattet werden, als die Masse dadurch reicher geworden ist.

Wird das, was der Gemeinschuldner in Folge eines nichtigen Geschäfts geleistet hat, gegen einen dritten redlichen Besitzer zu-

rückgefordert, so muß derselbe wegen aller Gegenansprüche, welche ihm auf Grund seines redlichen Besitzes zustehen, aus der Masse vollständig befriedigt werden.

§. 44. Sind nach der Konkurs-Eröffnung die in den §§. 22., 25., 26. erwähnten Sachen verkauft, oder die in dem §. 24. erwähnten Wechsel, Handelspapiere und andere Urkunden über Forderungen realisirt worden, so muß dem Rückforderungs-Berechtigten der Erlös in soweit vollständig herausgegeben werden, als derselbe zur Konkurs-Masse eingezogen worden ist.

Dasselbe gilt auch in dem Falle, wenn fremde Sachen bereits vor der Konkurs-Eröffnung durch den Gemeinschuldner verkauft worden sind und der Kaufpreis zur Konkurs-Masse eingezogen ist.

§. 45. Die Ansprüche der Massegläubiger sind unabhängig von dem im Konkurse stattfindenden Anmeldung- und Vertheilungs-Verfahren geltend zu machen und zu befriedigen.

Die Befriedigung erfolgt, sobald die Ansprüche feststehen und fällig sind.

Sechster Abschnitt.

Rangordnung der Realgläubiger in Beziehung auf Immobilien.

§. 46. Bei der Vertheilung der Kaufgelder eines Grundstückes unter die Realgläubiger kommen, nach Berichtigung der Masseschulden, die Forderungen in der Reihenfolge und in dem Umfange zur Hebung, welche nachstehend festgesetzt sind:

§. 47. I. Rückstände der zur Erfüllung der Deichpflicht erforderlichen Beiträge und Leistungen aus den beiden letzten Jahren.

Es macht hierbei keinen Unterschied, ob die Beiträge und Leistungen von der Regierung ausgeschrieben sind, oder aus der auf einem Deichverbande beruhenden Deichpflicht entspringen (§§. 9., 18. des Gesetzes über das Deichwesen vom 28. Januar 1848, Gesetz-Samml. S. 54.).

§. 48. II. Rückstände direkter, auf dem Grundstück lastender Abgaben, welche zu den Staatskassen fließen, aus den beiden letzten Jahren.

Hierher gehören auch die an die Rentenbank und beziehungsweise an die Tilgungskassen abgetretenen Renten, so wie gleichmäßig die an den Domainenfiskus zu entrichtenden Ablösungsrenten (§§. 7., 18., 58., 64. des Gesetzes vom 2. März 1850, Ges.-Samml. S. 112.).

§. 49. III. Rückstände aus den beiden letzten Jahren von den auf dem Grundstücke haftenden gemeinen Lasten.

Hierher gehören namentlich alle nach Gesetz oder Verfassung auf dem Grundstücke haftenden Abgaben und Leistungen, welche aus dem Kommunal-, Kreis- und Provinzial-Verbande, oder aus dem Kirchen-, Pfarr- und Schul-Verbande entspringen, oder an Kirchen, Pfarren und Schulen, oder an Kirchen- und Schulbe-

diente zu entrichten sind, oder welche aus der Verpflichtung zu öffentlichen Wege-, Wasser- oder Uferbauten entstehen, oder welche an Meliorations-Genossenschaften oder andere gemeinnützige, unter der Autorität des Preußischen Staats bestehende Institute, namentlich an Vereine Behufs gemeinschaftlicher Uebertragung der durch Brand, Hagelschlag oder Viehsterben entstandenen Schäden zu gewähren sind.

§. 50. IV. Rückstände aus dem letzten Jahre an Lohn, Kostgeld und anderen Emolumenten des Gesindes, sofern dasselbe zur Bewirthschaftung des Grundstücks gehalten wird und das Grundstück ein zur Landwirthschaft bestimmtes Gut ist.

Mit denselben Einschränkungen gehören hierher auch die Forderungen der Wirthschafts- und Forstbeamten und aller übrigen zur Verwaltung des Grundstücks oder der damit verbundenen Rechte, oder zum Betrieb der damit verbundenen ländlichen Nebengewerbe in dauerndem Dienst- oder Arbeits-Verhältnisse zum Besitzer stehenden Personen wegen ihrer Dienstleistungen.

§. 51. V. Alle nicht zu den öffentlichen und gemeinen Abgaben und Leistungen (§§. 45.—47.) gehörenden Reallasten, wenn dieselben oder die Rechtsverhältnisse, aus welchen sie entspringen, in dem Hypothekenbuche eingetragen sind.

Unter dieser Voraussetzung gehören hierher auch die aus dem aufgehobenen Obereigenthum des Lehnsherrn, Grundherrn und Erbzinsherrn, so wie die aus dem aufgehobenen Eigenthum des Erbverpächters entsprungenen und fortbestehenden Reallasten (§. 5. des Gesetzes vom 2. März 1850, Gesetz-Samml. S. 82.).

Unter mehreren eingetragenen Lasten bestimmt sich die Rangordnung derselben nach der Eintragung in das Hypothekenbuch.

§. 52. An der Stelle, an welcher eine Reallast (§. 51.) anzusetzen ist, kommen in der nachstehenden Reihenfolge zur Hebung:

1) die noch unberichtigten laufenden Prästationen;
2) die Rückstände von Prästationen aus den beiden letzten Jahren;
3) das Kapital, welches zur Ablösung der Last in dem Falle erforderlich ist, wenn der Ersteher des Grundstücks die Last nicht übernimmt.

§. 53. VI. Die auf dem Grundstücke hypothekarisch versicherten Forderungen in der Rangordnung, welche durch die Eintragung in das Hypothekenbuch bestimmt wird.

§. 54. An der Stelle, an welcher eine Hypothekenforderung (§. 53.) anzusetzen ist, werden in der nachstehenden Reihenfolge berichtigt:

1) die Kosten der Liquidation, Kündigung, Ausklagung und Beitreibung, ingleichen sonstige Kosten, in sofern die Hypothek dafür haftet;
2) die noch unberichtigten laufenden Hypothekenzinsen oder andere Prästationen;

3) die Rückstände von Hypothekenzinsen oder andere Prästationen aus den beiden letzten Jahren;
4) das Kapital der Forderung.

§. 55. Die Rangordnung zwischen Reallasten (§. 51.) und Hypotheken-Forderungen (§. 53.) wird durch die Eintragung in das Hypothekenbuch bestimmt.

§. 56. Wenn eine Forderung ungetheilt auf mehreren zur Konkurs-Masse gehörigen Grundstücken haftet, so ist bei Vertheilung der Kaufgelder nach folgenden Grundsätzen zu verfahren:

1) der Gläubiger ist berechtigt, sich an die Kaufgelder jedes einzelnen Grundstücks wegen seiner ganzen Forderung zu halten;
2) kommen die Kaufgelder aller oder einiger Grundstücke gleichzeitig zur Vertheilung, so müssen von der Masse eines jeden dieser Grundstücke die der Forderung vorgehenden Posten abgerechnet und die verbleibenden Reste der einzelnen Massen zusammengerechnet werden; nach dem Verhältniß dieser Summe zu den einzelnen Masseresten ist alsdann die Forderung aus den einzelnen Massen antheilig zu berichtigen. Sind die Grundstücke nur nach einem Gesammtgebote zugeschlagen, so werden die Taxwerthe der einzelnen Grundstücke der Berechnung zum Grunde gelegt;
3) erfolgt die Vertheilung der Kaufgelder eines oder einiger Gründstücke früher, als die der übrigen, so wird von den Kaufgeldern der letzteren so viel auf die Forderung vertheilt, als daraus bei gleichzeitiger Vertheilung der Kaufgelder der letzteren so viel auf die Forderung vertheilt, als daraus bei gleichzeitiger Vertheilung der Kaufgelder sämmtlicher verkauften Grundstücke auf die Forderung gefallen sein würde (Nr. 2.). Der ermittelte Antheil kommt nach Befriedigung der Forderung den Gläubigern zu gut, welche auf den Grundstücken, deren Kaufgelder früher vertheilt worden sind, hinter der Forderung eingetragen waren und einen Ausfall erlitten haben. Dieser Anspruch der ausgefallenen Gläubiger ist sogleich nach jeder früheren Kaufgeldervertheilung in das Hypothekenbuch der übrigen Grundstücke bei der Forderung von Amtswegen einzutragen;
4) verlangt der Gläubiger, vermöge des ihm nach Nr. 1. zustehenden Rechts, eine andere als die unter Nr. 2. und 3. vorgeschriebene antheilige Befriedigung aus einer oder der anderen Masse, so wird dadurch gleichwohl in dem Beitragsverhältnisse der einzelnen Massen unter sich nichts geändert, und es muß den Massen, welche zur Befriedigung des Gläubigers über ihren Antheil hergegeben haben, dieser Mehrbetrag aus den Massen, welche gar nichts oder weniger als ihren vollen Antheil hergegeben haben, verhältnißmäßig erstattet werden.

2*

S. §§. 521.—523. Thl. I. Tit. 50. d. A. G. O., mit denen die in §. 56. enthaltenen Vorschriften übereinstimmen.

§. 57. Aus den Revenüen des Grundstücks werden zunächst die laufenden öffentlichen und gemeinen Abgaben und Leistungen, die Verwaltungsausgaben und die in Bezug auf die Revenüenmasse erwachsenen sonstigen Kommunkosten bestritten.

Demnächst werden die laufenden Hypothekenzinsen und andere auf dem Grundstück haftende laufende Prästationen nach der Rangordnung der Realrechte (§§. 51., 53., 55.) an den Fälligkeitsterminen berichtigt, so weit die jedesmaligen Revenüenbestände hinreichen.

Hierbei sind in Ansehung der Forderungen, welche ungetheilt auf mehreren zur Konkurs-Masse gehörigen Grundstücken haften, die Revenüen eines jeden Jahres nach den Grundsätzen zu vertheilen, welche bei der Kaufgeldervertheilung zur Anwendung kommen (§. 56. Nr. 1., 2. u. 4.).

Der etwa verbleibende Revenüenüberschuß fließt zur Kaufgeldermasse.

Vergl. §. 25. d. V. v. 4. März 1834. u. d. V. v. 28. Dezbr. 1840.

§. 58. Wenn Hypothekengläubiger wegen der Zinsen und Kapitalien ihre Befriedigung lediglich aus den Revenüen zu fordern haben, so muß deren Vertheilung in der Weise geschehen, daß solche Gläubiger auch wegen der Rückstände und der Kapitalien in dem für die Vertheilung der Kaufgelder bestimmten Umfange (§. 54.) befriedigt werden, bevor ein ihnen nachstehender Gläubiger auf laufende Zinsen etwas erhalten kann.

§. 59. Die laufenden Abgaben, Lasten, Hypothekenzinsen und andere Prästationen nehmen von dem letztverflossenen Fälligkeitstermin vor der Beschlagnahme der Revenüen oder der Einleitung der Sequestration ihren Anfang. Hat aber die Beschlagnahme der Revenüen oder die Einleitung der Sequestration vorher nicht stattgefunden, so beginnen sie mit dem letztverflossenen Fälligkeitstermin vor der Konkurs-Eröffnung oder vor dem früheren Tage der verfügten nothwendigen Subhastation.

Die Rückstände (§§. 47. bis 50. 52. 54.) werden von denselben Zeitpunkten zurückgerechnet.

§. 59. bestimmt als Zeitpunkt, von welchem ab die Abgaben, Zinsen u. s. w. als laufende anzusehen sind, den Fälligkeitstermin einer jeden Forderuug. Die neue Konkurs-Ordnung weicht darin von der alten ab, welche den letztverflossenen 1. Juli vor der erfolgten Beschlagnahme der Revenüen oder Einleitung der Subhastation für alle Forderungen ohne Unterschied als diesen Zeitpunkt annahm.

S. §. 25. d. V. v. 4. März 1834 über Exekutionen und §. 18. d. V. v. 4. März 1834 über Subhastationen.

§. 60. In einem größeren, als dem vorstehend festgesetzten

Umfange haben die Forderungen der Realgläubiger keinen Anspruch auf abgesonderte Befriedigung aus der Grundstücksmasse.

§. 61. Mehrere an derselben Stelle anzusetzende Forderungen werden, wenn die Masse zu ihrer vollständigen Tilgung nicht hinreicht, nach Verhältniß ihrer festgestellten Beträge gleichmäßig berichtigt.

§. 62. Besteht eine Forderung in dem Anspruche auf fortlaufende Hebungen, so kann der Betrag der künftigen Hebungen für den ganzen Zeitraum ihrer Dauer behufs der Sicherstellung durch Auswerfung eines Kapitals liquidirt werden.

Fortlaufende Hebungen von unbestimmter Dauer werden nach dem Satze zu Vier vom Hundert zu Kapital gerechnet.

S. §§. 154. u. 155. Thl. I. Tit 50. der Allg. Gerichts-Ordn., deren Bestimmungen die neue Konkurs-Ordnung übernommen und näher bestimmt hat.

§. 63. Die Vorschriften des gegenwärtigen Abschnitts finden auch bei der Vertheilung der Kaufgelder und Revenüen von solchen Schiffsmühlen und Gerechtigkeiten Anwendung, welche die Eigenschaft unbeweglicher Sachen haben.

Ein gleiches gilt bei nicht verliehenem Berg und Hütteneigenthum.

Dagegen behält es in Ansehung des verliehenen Berg- und Hütteneigenthums bei den über die Theilnahmerechte der Berggläubiger bestehenden besonderen Vorschriften sein Bewenden.

Die Allg. Gerichts-Ordnung schrieb bekanntlich über das zur Konkurs-Masse gehörige Bergwerkseigenthum die Eröffnung eines besonderen Konkurses vor dem zuständigen Berggericht vor. (§§. 672.—680. Tit. 50. Thl. I.). Durch §. 13. d. V. v. 2. Jan. 1849 fiel der Spezialgerichtsstand in Bergwerkssachen fort. Seitdem wurde durch die Praxis das durch die V. v. 4. März 1834 vorgeschriebene Revenüen- und Kaufgeldervertheilungs-Verfahren beim Bergwerkseigenthum angewendet. Die neue Konkurs-Ordnung schließt sich dieser Praxis an.

Siebenter Abschnitt.

Rangordnung der Realgläubiger in Beziehung auf Seeschiffe und andere zur Frachtschifffahrt bestimmte Schiffsgefäße.

§. 64. Zu der Masse, welche zur abgesonderten Befriedigung der Schiffsgläubiger dient, gehören: das Schiff selbst nebst Zubehör, so wie die für das Schiff gezeichnete Versicherung und die von demselben verdienten Frachtgelder.

Die Forderungen der Schiffsgläubiger kommen daraus in nachstehender Reihenfolge zur Hebung:

§. 65. I. Die Bergegelder; ingleichen die Kosten zur Verwahrung des Schiffes nebst Zubehör seit der letzten Einbringung in den Hafen.

§. 66. II. Lootsen-, Tonnen-, Hafen- und andere Ungelder zur letzten Einbringung des Schiffes in den Hafen.

§. 67. III. Die Heuer des Schiffers und des Schiffsvolks von der letzten Reise.

§. 68. IV. Die nachstehenden Forderungen mit der Maaßgabe, daß die später entstandene Forderung der früher entstandenen vorgeht:

1) der Beitrag des Schiffes zu der auf der letzten Reise vorgefallenen großen Haverei;
2) die kreditirten Lieferungen und Leistungen, welche dem Schiffer während der Dauer der letzten Reise zur Anschaffung von Lebensmitteln oder zur Reparatur und Ausrüstung des Schiffes gewährt und zu diesen Zwecken wirklich verwendet worden sind;
3) die von dem Schiffer durch Darlehns- und Pfandverträge zur Fortsetzung der letzten Reise im Nothhafen gültig aufgenommenen Gelder, sowie die von dem Schiffer zu demselben Zweck im Nothhafen genommene Bodmerei (eigentliche Bodmerei), ingleichen der zu erstattende Werth der Waaren, welche vom Schiffer behufs der Fortsetzung der letzten Reise im Nothhafen von der Ladung gültig veräußert worden sind.

   Jedoch haben die unter Nr. 2. und 3. aufgeführten Forderungen nur dann einen Anspruch auf abgesonderte Befriedigung aus der Schiffsmasse, wenn sie binnen Jahresfrist gerichtlich geltend gemacht werden. Die Frist beginnt in Ansehung der kreditirten Lieferungen und Leistungen mit dem Ablauf des Tages, an welchem das Schiff in den Hafen zurückgekehrt ist, in Ansehung der aufgenommenen Gelder mit dem Ablauf des Rückzahlungstermins und in Ansehung der veräußerten Waaren mit dem Ablauf des Tages, an welchem die Löschung der Ladung erfolgt ist.

§. 69. V. Die Forderungen, für welche das Schiff verpfändet worden ist, ohne daß die Bedingungen des §. 68. Nr. 3. vorliegen, in der Rangordnung, welche durch die Zeitfolge der einzelnen Verpfändungen bestimmt wird.

Hierher gehören namentlich die mit einem gültigen Pfandrecht versehenen Bodmereischulden der Rheder (uneigentliche Bodmerei), sofern die Forderungen binnen Jahresfrist nach eingetretenem Zahlungstermin gerichtlich geltend gemacht werden.

§. 70. Bei der Vertheilung der Masse werden die Kosten und sämmtliche noch nicht verjährte Zinsen am Orte des Kapitals angesetzt. Bei Bodmereiforderungen (§. 66. Nr. 3. §. 67.) genießen jedoch Zinsrückstände nur aus dem letzten Jahre vor der Konkurs-Eroffnung oder dem früheren Tage der verfügten nothwendigen Subhastation das Vorzugsrecht des Kapitals, ältere Zinsrückstände haben keinen Anspruch auf abgesonderte Befriedigung aus der Schiffsmasse.

§. 71. Mehrere an derselben Stelle anzusetzende Forderungen werden, wenn die Masse zu ihrer vollständigen Tilgung nicht hinreicht, nach Verhältniß ihrer festgestellten Beträge gleichmäßig berichtigt.

Die Prioritäts-Ordnung der Schiffsgläubiger nach altem Konkurs-Recht ist im §. 685. Tit. 50. Thl. I. der Allg. Ger.-Ordnung enthalten, wo 7 Klassen gebildet werden. Die neue Rangordnung in §§. 65. sq. ist klarer und den Bedürfnissen des Seerechts angemessener.

Zu Betreff des Verfahrens zur Befriedigung der Schiffsgläubiger aus der Schiffsmasse ließ die alte Konkurs-Ordnung einen besondern Konkurs eintreten. S. §§. 681.—683., 687. Tit. 60. Thl. I. der Allg. Gerichts-Ordnung. Dies Verfahren ist durch die V. v. 28. Dezbr. 1840 (§. 4.) beibehalten. Die neue Konkurs-Ordnung hat als Norm die über die abgesonderte Befriedigung der Realgläubiger aus der Grundstücksmasse ertheilten Bestimmungen vorgeschrieben (s. 13. Abschnitt).

Achter Abschnitt.

Rangordnung der Konkurs = Gläubiger.

§. 72. Die Ansprüche der Konkurs - Gläubiger kommen in nachstehender Reihenfolge zur Hebung.

§. 73. I. Rückstände von direkten und indirekten Staatssteuern und anderen denselben gleichstehenden Abgaben, aus den beiden letzten Jahren von dem Tage der Konkurs-Eröffnung oder, wenn der Gemeinschuldner schon vor der Konkurs-Eröffnung verstorben ist, von dem Todestage des Gemeinschuldners zurückgerechnet.

Es macht hierbei keinen Unterschied, ob der Steuererheber die Steuerrückstände bereits vorschußweise zur Kasse entrichtet hat oder nicht.

S. §. 356. Tit. 50. Thl. I. der Allg. Gerichts-Ordnung, worin dem Fiskus in Betreff der Abgaben-Rückstände aus den letzten zwei Jahren die 2. Klasse gewährt wird.

§. 74. II. Rückstände von Abgaben und Leistungen, welche aus dem Gemeinde-, Kreis- oder Provinzialverbande, ingleichen aus dem Kirchen-, Pfarr- oder Schulverbande entspringen, oder welche an Kirchen, Pfarren und Schulen, oder an Kirchen- und Schulbediente, oder zu gemeinnützigen, unter der Autorität des Preußischen Staats bestehenden Instituten nach Gesetz oder Verfassung zu entrichten sind, aus den beiden letzten Jahren vor der Konkurs - Eröffnung oder vor dem Ableben des Gemeinschuldners (§. 73.).

Es macht hier keinen Unterschied, ob die Rückstände der an öffentliche Kassen zu entrichtenden Abgaben von dem Erheber

derselben bereits vorschußweise zur Kasse abgeführt worden sind, oder nicht.

S. §§. 357., 359. Tit. 50. Thl. I. der Allg. Gerichts-Ordnung und Dekl. v. 3. April 1838, worin den beständig fortlaufenden Lasten an Kreiskassen u. s. w., ferner den Beiträgen zu Feuersozietäts- und andern gleichgestellten Kassen in Ansehung der Rückstände aus den letzten zwei Jahren das Vorrecht der zweiten Klasse, für ältere Rückstände das Vorrecht der vierten Klasse gegeben wird. Die neue Konkurs-Ordnung giebt auch dem Schulgeld das Vorrecht der zweiten Klasse. (Vgl. Allg. Gerichts-Ordnung Thl. I. Tit. 50. §. 375. und Kab.-Ordre v. 19. Juni 1836.)

§. 75. III. Die auf das Begräbniß des Gemeinschuldners verwendeten Kosten, in soweit sie das nach den Lebensverhältnissen des Verstorbenen zu beurtheilende Bedürfniß nicht übersteigen.

Die alte Konkurs-Ordnung giebt den Begräbnißkosten das Vorrecht der zweiten Klasse (§§. 326.—365. Tit. 50. Thl. I. A. G.-O.), und bestimmt sie auf ein Quantum nach Standesunterschieden.

§. 76. IV. Die rückständigen Medizinalkosten seit dem Beginn der Konkurs-Eröffnung oder dem Ableben des Gemeinschuldners zunächst vorhergegangenen Kalenderjahres.

Als Medizinalkosten sind anzusehen: den Aerzten, allen Wundärzten, Apothekern, Hebeammen und Krankenpflegern gegen den Gemeinschuldner zustehenden Forderungen wegen ihrer Gebührnisse.

Die Forderungen müssen mit Angabe und Berechnung der einzelnen Dienstleistungen nach den zulässigen Sätzen aufgestellt werden. War mit dem Gemeinschuldner ein Honorar in Pausch und Bogen verabredet, so tritt der Betrag desselben an die Stelle der einzelnen Gebührnisse, genießt aber deren Vorrecht nur insoweit, als es den Betrag derselben nicht übersteigt.

Die alte Konkurs-Ordnung gab den Medizinalkosten das Vorrecht der zweiten Klasse für Rückstände aus dem letzten Jahre, und für ältere Rückstände, sofern sie zeitig eingeklagt sind; sonst setzt sie dieselben in die 6. und 7. Klasse (A. G. O. Thl. I. Tit. 50. §§. 367.—369. und 468.).

§. 77. V. Die Forderungen der von dem Gemeinschuldner für seinen Haushalt oder für sein Gewerbe angenommenen, im Dienstverhältnisse zu demselben stehenden Personen, insbesondere der Erzieher, Hausoffizianten, Handlungsgehülfen, Handwerksgesellen und Dienstboten, an Honorar, Lohn, Kostgeld und anderen Emolumenten, aus dem letzten Jahre vor der Konkurs-Eröffnung oder vor dem Ableben des Gemeinschuldners (§. 73.), oder vor Anstellung der Klage, sofern im letzteren Falle der Prozeß oder die Exekution ununterbrochen fortgesetzt worden ist.

Die alte Konkurs-Ordnung gab den Personen, welche bei dem Gemeinschuldner gegen ein bestimmtes Lohn im Dienst stehen, in Ansehung zweijähriger Rückstände das Vorrecht der zweiten Klasse. (§§. 370.—373. Tit. 50. Thl. I. d. A. G. O.)

§. 78. VI. Die nachstehenden Forderungen des Fiskus:

1) die Forderungen wegen der dem Gemeinschuldner zur Last fallenden Defekte aus einer von demselben geführten Kassenverwaltung oder sonstigen Vermögensverwaltung; mit dem Fiskus haben die gerichtlichen Depositorien und die Hofkammer der Königlichen Familiengüter gleiche Rechte;
2) die Forderungen aus den mit dem Gemeinschuldner geschlossenen Lieferungsverträgen;
3) die Forderungen von Gebühren und Auslagen der Gerichte und Auseinandersetzungsbehörden.

Die alte Konkurs-Ordnung gab für Kassendefekte (1) die zweite Klasse (§. 360. Anh. §. 361. Tit. 50. Thl. I. d. A. G. O.), die vierte Klasse für die übrigen Ansprüche.

§. 79. VII. Die Ansprüche der Kommunal-, Kreis- und Provinzialverbände, der landschaftlichen Kreditverbände, der Domkapitel, Kollegiatstifter, Klöster, Kirchen, Schulen und milden Stiftungen wegen der dem Gemeinschuldner zur Last fallenden Defekte aus einer von demselben geführten Verwaltung ihrer Kassen oder ihres sonstigen Vermögens.

Nach der alten Konkurs-Ordnung haben sie das Vorrecht der vierten Klasse (§. 405. Tit. 50. Thl. I. der Allg. Gerichts-Ordn.).

§. 80. VIII. Die Ansprüche der Kinder und der Pflegebefohlenen des Gemeinschuldners wegen ihres gesetzlich in die Verwaltung und Nutznießung, oder nur in die Verwaltung des Gemeinschuldners gekommenen Vermögens.

Der Ehefrau des Gemeinschuldners, mit Ausnahme der Ehefrauen von Handelsleuten, Schiffs-Rhedern und Fabrik-Besitzern, gebührt wegen ihres gesetzlich in die Verwaltung und Nutznießung des Ehemannes gekommenen Vermögens, soweit sie nicht vermöge ihres Rückforderungs- oder Pfandrechts befriedigt wird, ein gleiches Vorrecht mit demjenigen der Kinder und Pflegebefohlenen.

Alinea 2. ist die Abänderung, welche die erste Kammer zu dem Gesetzentwurf der zweiten Kammer getroffen hat.

Die neue Konkurs-Ordnung giebt ein Vorrecht für das gesetzlich dem Gemeinschuldner überkommene Vermögen der Kinder und Pflegebefohlenen.

§. 81. Das Vorrecht der Kinder und der Pflegebefohlenen (§. 80.) erlischt, wenn die Forderungen nicht binnen zwei Jahren nach Beendigung der gesetzlichen Vermögens-Verwaltung des Gemeinschuldners im Wege der Klage geltend gemacht und bis zur Konkurs-Eröffnung ununterbrochen verfolgt worden sind.

In Ansehung der Kinder, welche zur Zeit der Beendigung der väterlichen Vermögens-Verwaltung minderjährig sind, beginnt die zweijährige Frist erst mit dem Tage, an welchem diese Beendigung der vormundschaftlichen Behörde angezeigt worden ist.

Sämmtliche übrige Vorrechte, z. B. das Vorrecht der Unternehmer inländischer Fabriken wegen der den Arbeitern vorge-

schossenen Materialien, das Vorrecht wegen des den Staatsbürgern vorgeschossenen Saat-, Brod- und Futter-Getreides, der Kontrakts-forderungen der Kirchen, Schulen und Stiftungen, der Rechtsanwalte und Notare wegen ihrer Gebühren u. s. w., sind nicht in die neue Konkurs-Ordnung aufgenommen worden. (S. §§. 337. sq. Tit. 50. Thl. I. der Allg. Gerichts-Ordnung.)

§. 82. IX. Alle übrigen Ansprüche zu gleichen Rechten.

§. 83. Mit den Kapitalsforderungen, sie mögen bevorzugt sein oder nicht, kommen an gleicher Stelle zum Ansatz:

1. die Kosten, welche dem Gläubiger bereits vor der Konkurs-Eröffnung erwachsen und dem Gemeinschuldner zur Last gelegt sind;
2. die Konventionalstrafen, ingleichen die sämmtlichen rückständigen, noch nicht verjährten Zinsen bis zum Tage der Konkurs-Eröffnung (§. 12.).

ad 1. Die alte Konkurs-Ordnung macht einen Unterschied zwischen den Kosten, zu deren Erstattung der Gemeinschuldner vor der Eröffnung des Konkurses verpflichtet war, und den eigentlichen Liquidationskosten. Die ersten kommen an den Ort des Kapitals, die letztern nach Berichtigung aller Kapitalien und Zinsenreste (§. 53. Tit. 50. Thl. I. der Allg. Gerichts-Ordnung). So auch die neue Konkurs-Ordnung (§. 83.).

ad 2. Die alte Konkurs-Ordnung läßt nur die Rückstände von zwei Jahren am Ort des Kapitals zu.

§. 84. Es stehen allen anderen Forderungen nach und können im Konkurs-Verfahren überhaupt nicht geltend gemacht werden:

1. die von dem Gemeinschuldner zu entrichtenden Geldstrafen;
2. die Kosten, welche den Gläubigern durch ihre Theilnahme an dem Konkurs-Verfahren erwachsen (Liquidationskosten);
3. die Forderungen, welche aus der Freigebigkeit des Gemeinschuldners entspringen;
4. die Forderungen, welche Zuwendungen auf den Todesfall zum Gegenstande haben, sie mögen in Eheverträgen, Erbverträgen oder anderen letztwilligen Verfügungen des Gemeinschuldners enthalten sein. Hat jedoch der auf den Todesfall Bedachte für eine solche Zuwendung dem Gemeinschuldner etwas gegeben, überlassen oder eine sonstige Gegenleistung gemacht, so kann er diese Gegenleistung oder deren Werth, jedoch niemals mehr als den Betrag jener Zuwendung fordern.

Geldstrafen, Forderungen aus freigebigen Verfügungen, namentlich Vermächtnissen des Gemeinschuldners, die der Ehefrau gemachten Zuwendungen auf den Todesfall locirt die alte Konkurs-Ordnung schon post omnes (s. §§. 476., 479., 481. Tit. 50. Thl. I. der Allg. Gerichts-Ordnung).

§. 85. Hinsichtlich der Berichtigung mehrerer, an derselben Stelle anzusetzenden Forderungen, sowie hinsichtlich der Ansetzung

der Ansprüche auf fortlaufende Hebungen kommen die bei Vertheilung der Grundstücksmasse geltenden Vorschriften (§§. 61. 62.) zur Anwendung.

§. 86. Mitschuldner oder Bürgen des Gemeinschuldners können wegen der Zahlungen, welche sie auf die Forderung des Gläubigers geleistet haben, einen Anspruch auf Ersatz in dem Konkurse geltend machen, soweit ihnen der Rückgriff gegen den Gemeinschuldner zusteht.

Dagegen können sie in soweit, als die Forderung noch unbezahlt ist, keinen Anspruch auf Ersatz der von ihnen für den Gemeinschuldner auf die Forderung künftig noch zu leistenden Zahlungen liquidiren; vielmehr sind sie nur berechtigt, mittelst Befriedigung des Gläubigers in dessen Rechte gegen die Masse einzutreten.

§. 87. Wenn über das Vermögen mehrerer Personen, welche für eine Forderung solidarisch haften, der Konkurs eröffnet worden ist, so kann der Gläubiger in jedem einzelnen Konkurse den ganzen Betrag seiner Forderung geltend machen.

Dasjenige, was bei der Vertheilung der einzelnen Massen auf diesen Betrag fällt, wird an den Gläubiger gezahlt, bis derselbe wegen der Forderung vollständig befriedigt ist.

Die Konkurs-Massen haben in einem solchen Falle wegen der an den Gläubiger geleisteten Zahlungen keinen Rückgriff gegen einander, wenn der Gesammtbetrag der Summen, welche aus den sämmtlichen Massen auf die Forderung des Gläubigers vertheilt werden, den Betrag nicht übersteigt, welcher dem Gläubiger gebührt.

Ergiebt sich dagegen bei den Vertheilungen, nach der Befriedigung des Gläubigers, ein Ueberschuß, so findet auf Höhe desselben der Rückgriff nach dem Verhältnisse Statt, in welchem die einzelnen Gemeinschuldner unter sich zur Berichtigung der Forderung verpflichtet sind.

Neunter Abschnitt.

Ansprüche der Ehefrau des Gemeinschuldners.

§. 88. Die Ehefrau des Gemeinschuldners kann, der Gläubigerschaft gegenüber, als ihr Eigenthum nur in Anspruch nehmen:

1) die beweglichen und unbeweglichen Sachen, einschließlich der ausstehenden Forderungen und der auf den Inhaber lautenden Papiere, welche die Ehefrau schon vor Eingehung der Ehe eigenthümlich besaß oder während der Ehe durch gültige Schenkung, durch Erbschaft oder durch Glücksfälle, oder mit ihrem vorbehaltenen Vermögen erworben hat;
2) die beweglichen und unbeweglichen Sachen, einschließlich der ausstehenden Forderungen und der auf den Inhaber lautenden Papiere, welche an die Stelle der vorbezeichneten (Nr. 1.) dadurch getreten sind, daß sie von der Ehefrau entweder unmittelbar gegen dieselben eingetauscht oder mit Geldern er-

worben worden sind, welche aus der Veräußerung oder Einziehung derselben herrühren. Ein Gleiches gilt bei weiteren Veräußerungen und Erwerbungen dieser Art;

3) die der Ehefrau von dem Gemeinschuldner während der Ehe zugewendeten, zu ihrem persönlichen Gebrauch bestimmten Betten, Kleidungsstücke und Leibwäsche.

§. 89. An Immobilien und Forderungen, welche im Hypothekenbuche auf den Namen des Gemeinschuldners eingetragen sind, oder auf dessen Namen ausstehen, kann ein Eigenthumsanspruch der Ehefrau, der Gläubigerschaft gegenüber, nicht geltend gemacht werden.

Die Rechte des durch Vertrag vorbehaltenen Vermögens kann die Ehefrau im Konkurse nur in soweit geltend machen, als der Vertrag entweder vor Eingehung der Ehe, oder wenn er Gegenstände betrifft, welche die Ehefrau während der Ehe durch gültige Schenkung, durch Erbschaft oder durch Glücksfälle erworben hat, innerhalb eines Jahres seit deren Erwerbung geschlossen worden ist.

§. 90. Sachen und Forderungen, welche von der Ehefrau des Gemeinschuldners erworben oder auf den Namen derselben geschrieben worden sind, gehören gleichwohl zur Konkursmasse, sofern nicht das Eigenthum der Ehefrau nach Maaßgabe der vorstehenden Bestimmungen (§§. 86. 87.) erwiesen wird.

Die Ueberweisung solcher Sachen und Forderungen an die Konkurs-Masse erfolgt auf den Antrag des Verwalters durch Beschluß des Konkursgerichts, nachdem der Antrag vier Wochen vorher der Ehefrau zur Erklärung mitgetheilt worden ist. Wird binnen dieser Frist von der Ehefrau Widerspruch erhoben, so muß dieselbe ihre Rechte im besonderen Verfahren ausführen.

Ist von der Ehefrau nicht rechtzeitig Widerspruch erhoben worden, oder ist der von ihr erhobene Anspruch rechtskräftig verworfen, so können die Sachen und Forderungen für Rechnung der Konkurs-Masse veräußert und eingezogen werden. Die nothwendige Subhastation der Grundstücke muß auf den Antrag des Verwalters der Konkurs-Masse auch dann stattfinden, wenn der Besitztitel in dem Hypothekenbuch auf den Namen der Ehefrau eingetragen steht.

Erfolgt die Veräußerung oder Einziehung deshalb, weil die Ehefrau sich nicht innerhalb der vierwöchentlichen Frist erklärt hat, so geht dieselbe dadurch allein ihres etwaigen Anspruchs auf den Erlös (§. 28. 44.) nicht verlustig.

Durch die gegenwärtigen Bestimmungen wird in den bestehenden gesetzlichen Vorschriften über die Rechte dritter Personen nichts geändert.

§. 91. Soweit die Ehefrau des Gemeinschuldners nicht mittelst des Rückforderungsrechts oder Pfandrechts befriedigt wird, steht derselben wegen ihres in die Verwaltung des Gemeinschuldners gekommenen Vermögens ein Anspruch als Konkursgläubigerin zu.

Die Ansetzung dieses Anspruchs, sowie etwaiger anderer per-

sönlicher Forderungen der Ehefrau, erfolgt nach den Vorschriften des achten Abschnitts.

§. 92. Wenn die Ehefrau während der Ehe Zahlungen für den Gemeinschuldner geleistet hat, so gilt die Vermuthung, daß dieselben aus dem Vermögen des Gemeinschuldners geleistet worden sind.

Will die Ehefrau wegen solcher Zahlungen einen Anspruch machen, so muß sie den Beweis führen, daß die Zahlungen aus ihrem Vermögen (§§. 88. 89. 91.) geleistet worden sind.

Die alte Konkurs-Ordnung gab der Ehefrau des Gemeinschuldners ein Vindikationsrecht in Ansehung der Illata und der während der Dauer der Ehe ererbten oder durch gültige Geschenke erworbenen Effekten, ferner ihrer Kleidung und Leibwäsche und der Geräthschaften und Werkzeuge, womit sie ein besonderes Gewerbe betrieben hat. Immobilien konnte sie fordern, wenn dieselben im Hypothekenbuche auf ihren Namen eingetragen standen und von ihr schon vor der Ehe besessen oder während der Ehe erworben waren. Wo das Vindikationsrecht nicht Platz griff, hatte sie das Vorrecht der vierten Klasse in Ansehung ihres Eingebrachten, der Morgengabe und der gültigen Geschenke, in Ansehung ihres vorbehaltenen Vermögens das Vorrecht der fünften Klasse (§§. 406. sq. §. 433. sq. Tit. 50. Thl. I. A. G. O.).

Das neue Konkurs-Gesetz hebt das Vorrecht der Ehefrau auf, und giebt in Betreff der bestehenden Ehen zur Regulirung anderweitiger Sicherheit eine einjährige Frist (Art. VII. d. Einf.-Ges.), eine Aenderung, die in dem Wesen der Ehe vollständig begründet ist und dem Personalkredit des Mannes, falls derselbe Kaufmann ist oder Handelsgeschäfte treibt, außerordentlich vortheilhaft sein wird. Die Bestimmungen in den §§. 89. u. 90. sind nur nothwendige Konsequenzen dieses richtigen Prinzips; ebenso wie die Beschränkung des gesetzlichen Pfandtitels der Ehefrau.

Die Bestimmungen der alten Konkurs-Ordnung §§. 412., 480. Tit. 50. Thl. I. d. A. G. O. sind fortgefallen.

§. 93. Das dem Nießbrauch des Gemeinschuldners unterworfene Vermögen seiner Ehefrau wird, so lange das Nießbrauchsrecht des Gemeinschuldners während des Konkurses dauert, für Rechnung der Konkurs-Masse verwaltet; die Nutzungen fließen zur Konkurs-Masse, so weit sie nicht zum standesmäßigen Unterhalt der Frau und der Kinder, so wie zur Erziehung der letztern verwendet werden müssen.

§. 94. Wenn die Ehefrau mit dem Gemeinschuldner in ehelicher Gütergemeinschaft lebt, so hat dieselbe wegen Rückgewähr ihres Vermögens nur in soweit einen Anspruch, als jenes Verhältniß, nach den für die Ehefrau geltenden Rechten, eine Verhaftung ihres oder des gemeinschaftlichen Vermögens für die von dem Ehemanne gemachten Schulden nicht begründet.

Dasselbe gilt in Ansehung der Kinder, welche mit dem Gemeinschuldner in prorogirter provinzieller oder statutarischer Gütergemeinschaft leben.

Zehnter Abschnitt.

Kompensation.

§. 95. Wer die Befugniß hat, zu kompensiren, kann seine Forderung so weit unverkürzt in Anrechnung bringen, als die Gegenforderung reicht; er ist nicht verpflichtet, sich in das Konkurs-Verfahren einzulassen.

Vgl. §. 288. Thl. I. Tit. 50. d. A. G. O.

§. 96. Die Kompensation findet unter Voraussetzung der allgemeinen gesetzlichen Erfordernisse Statt:

1) wenn Jemand nach der Konkurs-Eröffnung Gläubiger und Schuldner der Masse geworden ist;
2) wenn Jemand dem Gemeinschuldner vor der Konkurs-Eröffnung etwas schuldig war und nachher ein Gläubiger der Masse geworden ist;
3) wenn gegenseitige Forderungen zwischen dem Gemeinschuldner und dem Gläubiger desselben schon vor der Konkurs-Eröffnung bestanden haben, die Forderungen mögen zur Zeit der Konkurs-Eröffnung bereits fällig sein, oder erst später fällig werden. Ist die noch nicht fällige Forderung des Gläubigers unverzinslich, so findet der §. 243. Anwendung.

§. 97. Die Kompensation ist nicht zulässig:

1) wenn Jemand vor oder nach der Konkurs-Eröffnung eine Forderung an den Gemeinschuldner erlangt hat und erst nach der Konkurs-Eröffnung dem Gemeinschuldner oder der Masse etwas schuldig geworden ist;
2) wenn Jemand dem Gemeinschuldner vor der Konkurs-Eröffnung etwas schuldig war und erst nach der Konkurs-Eröffnung eine Forderung an denselben erlangt, es sei aus einem neuen Geschäft oder durch den Erwerb einer vor der Konkurs-Eröffnung entstandenen Forderung eines anderen Gläubigers;
3) wenn Jemand dem Gemeinschuldner vor der Konkurs-Eröffnung etwas schuldig war und vor der Konkurs-Eröffnung eine Forderung an denselben durch Cession, oder durch Befriedigung eines Gläubigers, oder aus einem neuen Geschäft erlangt, sofern ihm zur Zeit der Cession, oder der Befriedigung des Gläubigers, oder der Abschließung des neuen Geschäfts bekannt war, daß der Gemeinschuldner bereits seine Zahlungen eingestellt hatte, oder daß bereits von dem Gemeinschuldner die Unzulänglichkeit seines Vermögens bei dem Gericht angezeigt, oder von einem Gläubiger desselben die Konkurs-Eröffnung beantragt war.

Vgl. §§. 317.—327., 353.—355., Tit. 16. Thl. I. A. L. R. und A. G. O. Thl. I. Tit. 50. §§. 156.—160. Das neue Gesetz hebt die §§. 322. sq. Tit. 16. Thl. I. d. A. L. R. auf und dehnt die im §. 320. ebendaselbst ausgesprochene Unzulässigkeit der Kompensation aus.

§. 98. Was Jemand einer Handelsgesellschaft schuldet oder von ihr zu fordern hat, kann mit demjenigen, was derselbe nur von einzelnen Gesellschaften zu fordern hat oder ihnen schuldet, in Ansehung des Gesellschaftsvermögens nicht kompensirt werden.

Elfter Abschnitt.

Befugniß der Gläubiger zur Anfechtung der vor der Konkurs-Eröffnung vorgefallenen Rechtshandlungen.

§. 99. Die Gläubigerschaft hat die Befugniß, Rechtshandlungen, welche vor der Konkurs-Eröffnung vorgenommen sind, nach Maaßgabe der folgenden näheren Bestimmungen als ungültig anzufechten.

§. 100. I. Alle Zahlungen und Rechtsgeschäfte des Gemeinschuldners unterliegen der Anfechtung, wenn der andere Theil bei dem Empfange der Zahlung oder bei dem Abschlusse des Rechtsgeschäfts davon Kenntniß besaß, daß bereits der Gemeinschuldner die Zahlungen eingestellt hatte, oder daß bereits der Gemeinschuldner die Unzulänglichkeit seines Vermögens bei dem Gericht angezeigt, oder ein Gläubiger desselben die Konkurs-Eröffnung beantragt hatte.

Jedoch findet die Rückforderung der Zahlung eines von dem Gemeinschuldner ausgestellten indossirten eigenen Wechsels nur gegen den ersten Indossanten und die Rückforderung der Zahlung eines auf den Gemeinschuldner gezogenen Wechsels nur gegen denjenigen Statt, für dessen Rechnung der Wechsel gezogen wurde, und auch gegen diesen nur dann, wenn der Erstere beim Indossiren, der Letztere bei Ausstellung oder Begebung des Wechsels davon Kenntniß besaß, daß bereits der Gemeinschuldner die Zahlungen eingestellt hatte, oder daß bereits der Gemeinschuldner die Unzulänglichkeit seines Vermögens bei dem Gericht angezeigt, oder ein Gläubiger desselben die Konkurs-Eröffnung beantragt hatte.

Bei einem trassirt eigenen Wechsel, welcher von dem ersten Indossatar weiter indossirt ist, findet die Rückforderung der Zahlung nur gegen den ersten Indossatar Statt, und auch gegen diesen nur dann, wenn derselbe beim Weiterindossiren von den erwähnten Umständen Kenntniß gehabt hat.

S. A. G. O. Thl. I. Tit. 50. §§. 20., 21., 45. u. §. 44. ebendaselbst, worin bestimmt wird, daß der Gemeinschuldner bis zur Konkurs-Eröffnung einzelnen Gläubigern Zahlung leisten kann, Sachen an Zahlungsstatt geben u. s. w., selbst wenn die Gläubiger von der Insolvenz Wissenschaft haben, wogegen die Gläubiger berechtigt und befugt sind, während der Verhandlung über die Konkurs-Provokation durch Arrestschläge, offenen Arrest u. s. w. sich zu sichern. Jene Befugniß des Gemeinschuldners, welche selbstredend dem öffentlichen Kredit und dem Interesse der Gläubiger sehr nachtheilig ist, hebt der §. 100. auf, und wenn er auch nicht die Fähigkeit, nicht mehr zu disponiren, an die Zahlungseinstellung

knüpft, so sichert er die Gläubiger doch vor betrüglichen Handlungen des Schuldners durch Aufstellung der beiden Momente: Anzeige der Unzulänglichkeit des Vermögens, oder erlangter Wissenschaft von dieser Unzulänglichkeit Seitens des Dritten, der mit dem Gemeinschuldner kontrahirt.

§. 101. II. Rechtshandlungen des Gemeinschuldners, welche seit dem Tage der Zahlungseinstellung, oder der Anzeige der Vermögensunzulänglichkeit, oder des Antrags auf Konkurs-Eröffnung (§. 100.), oder innerhalb der nächst vorhergegangenen zehn Tage vorgenommen worden sind, unterliegen der Anfechtung, wenn sie eines der nachfolgenden Rechtsgeschäfte zum Gegenstande haben:

1) die Bestellung von Pfand oder Hypothek zur Sicherung von Verbindlichkeiten, die bereits vor der Einräumung des dinglichen Rechts entstanden sind, sofern die Pfand- oder Hypothekbestellung nicht sogleich bei Entstehung der Verbindlichkeit, oder doch vor den oben erwähnten zehn Tagen ausbedungen worden ist;
2) die Zahlung einer noch nicht fälligen Schuld, es mag die Zahlung baar, durch Hingabe an Zahlungsstatt oder in anderer Weise erfolgt sein;
3) die Zahlung einer fälligen Schuld, welche nicht baar oder in Handelspapieren bewirkt worden ist.

Unter Nr. 1.—3. sind Rechtsverhandlungen aufgestellt, bei denen die Unlauterkeit des Geschäfts schon aus der Natur des Geschäfts, oder der Zeit, wo es vorgenommen ist, erhellt.

§. 102. III. Rechtshandlungen, welche seit dem Tage der Zahlungseinstellung oder der Anzeige der Vermögens-Unzulänglichkeit oder des Antrages auf Konkurs-Eröffnung, oder innerhalb der nächst vorhergegangenen zwei Jahre vorgenommen worden sind, unterliegen der Anfechtung, wenn sie folgende Rechtsgeschäfte zum Gegenstande haben:

1) Verträge, durch welche der Gemeinschuldner Gegenstände seines Vermögens auf Leibrenten gegeben hat;
2) freigebige Verfügungen des Gemeinschuldners, insbesondere Schenkungen, Erbes- oder Vermächtniß-Entsagungen, ingleichen solche Verfügungen, welche zwar unter lästigem Titel vorgenommen, aber wegen des zwischen der Leistung des Gemeinschuldners und der Gegenleistung obwaltenden erheblichen Mißverhältnisses als freigebige Verfügungen des Gemeinschuldners zu erachten sind;
3) Veräußerungen unter einem lästigen Titel, welche der Gemeinschuldner
   a) an seinen Ehegatten, vor oder nach geschlossener Ehe, oder
   b) an einen seiner eigenen nahen Verwandten, oder
   c) an einen nahen Verwandten seines Ehegatten, oder
   d) an den Ehegatten einer der unter b) und c) erwähnten Personen vorgenommen hat, sofern der andere Theil nicht

Umstände nachweist, aus welchen zu entnehmen ist, daß er zur Zeit der Veräußerung um eine Absicht des Gemeinschuldners, seine Gläubiger durch die Veräußerung zu benachtheiligen, nicht gewußt hat.

Unter nahen Verwandten werden verstanden: die Verwandten in aufsteigender und absteigender Linie, sowie die vollbürtigen und halbbürtigen Geschwister.

Vgl. §§. 640.—642. Thl. I. Tit. 11. A. L. R., §§. 1129.—1133. ebendaselbst, und §§. 2., 4., 5. und 6. des Gesetzes vom 26. April 1835, in denen die im §. 102. ausgesprochenen Grundsätze mit einigen Modifikationen bereits enthalten sind.

§. 103. IV. Ohne Beschränkung auf einen bestimmten Zeitraum unterliegen der Anfechtung:

1) alle Rechtshandlungen, welche der Gemeinschuldner in der dem anderen Theil bekannten Absicht vorgenommen hat, sie nur zum Schein vorzunehmen, oder die Gläubiger auf andere Weise zu bevortheilen;
2) die gegen den Gemeinschuldner ergangenen Entscheidungen und Mandate, sowie die auf Grund solcher Titel vorgenommenen Rechtshandlungen, wenn dabei Umstände zum Grunde liegen, bei welchen eine gleiche Absicht (Nr. 1.) erhellt;
3) die freigebigen Verfügungen (§. 99. Nr. 2.), welche der Gemeinschuldner zum Vortheil seines Ehegatten nach geschlossener Ehe vorgenommen hat;
4) die Rechtshandlungen, durch welche der Gemeinschuldner seiner Ehefrau oder deren Rechtsnachfolgern, behufs Sicherstellung oder Abfindung wegen des in seine Verwaltung gekommenen Vermögens, in stehender Ehe ein Pfandrecht oder Hypothekenrecht bestellt oder auf irgend eine Weise Befriedigung gewährt hat, ohne daß ein Fall der gesetzlichen Verpflichtung zur Sicherstellung der Ehefrau oder zur Herausgabe des Vermögens derselben vorlag;
5) Quittungen, Anerkenntnisse oder Zugeständnisse, welche der Gemeinschuldner seinem Ehegatten gegenüber, vor oder nach geschlossener Ehe, ausdrücklich oder stillschweigend, insbesondere im Kontumazial-Verfahren, abgegeben hat; sofern nicht die Richtigkeit der Quittung, des Anerkenntnisses oder Zugeständnisses oder der im Kontumazial-Verfahren festgestellten Umstände anderweit nachgewiesen wird.

Das im §. 55. Tit. 50. Thl. I. d. A. G.-O. ausgesprochene Prinzip ist also durch 1. eingeschränkt; ad 3. vgl. §. 312. Tit. 1. Thl. II. A. L. R. u. §. 314. Tit. 50. Thl. I. d. A. G. O.; ad 5. vergl. §. 260. Tit. 1. Thl. II. A. L. R.

§. 104. Die Anfechtung einer Rechtshandlung wird dadurch nicht ausgeschlossen, daß derselben ein vollstreckbarer Vergleich oder ein anderer vollstreckbarer Titel (§. 103. Nr. 2.) hinzugetreten ist.

Vielmehr ist jeder einer anfechtbaren und für ungültig erklärten Rechtshandlung hinzugetretene vollstreckbare Titel, der Gläubigerschaft gegenüber, unwirksam, ohne daß es der besonderen Anfechtung desselben bedarf.

§. 105. Die Bestimmungen wegen Anfechtung von Rechtshandlungen, welche vorstehend in Ansehung des Gemeinschuldners ertheilt sind, gelten auch von dem Erben hinsichtlich der Rechtshandlungen, welche derselbe seit dem Ableben des Gemeinschuldners bis zur Eröffnung des Konkurses über den Nachlaß in Betreff dieses letztern vorgenommen hat.

S. §. 66. Tit. 51. Thl. I. A. G. O.

§. 106. Dasjenige, was durch eine anfechtbare Rechtshandlung von dem Gemeinschuldner aus seinem Vermögen, oder von dem Erben aus dem Nachlasse (§. 105.) weggegeben oder verändert worden ist, kann die Gläubigerschaft von dem Erwerber zur Konkurs=Masse zurückfordern.

Bildet jedoch eine freigebige Verfügnng des Gemeinschuldners (§. 102. Nr. 2.) den Gegenstand der Anfechtung, so kann das Rückforderungsrecht, wenn nicht der Fall des §. 103. Nr. 1. vorliegt, nur in soweit ausgeübt werden, als der Erwerber zur Zeit der Anfechtung noch im Besitze der durch die freigebige Verfügung erlangten Sache sich befindet, oder durch den aus derselben gelösten Werth noch wirklich reicher ist.

Ebenso die alte Konkurs=Ordnung. S. §. 55. Tit. 50. Thl. I. Allg. G. O.

§. 107. Dem Erwerber muß seine Gegenleistung vollständig erstattet werden.

Wenn jedoch dem Erwerber bekannt war, daß der Gemeinschuldner die Rechtshandlung nur zum Schein oder in der Absicht vorgenommen hat, die Gläubiger zu bevortheilen, so kann er die Gegenleistung aus der Masse nur in soweit zurückfordern, als letztere dadurch reicher geworden ist.

Die Ansprüche, welche dem Erwerber hiernach zustehen, kann derselbe als Massegläubiger geltend machen (§. 45.).

§. 108. Wenn der Empfänger einer anfechtbaren Zahlung das Empfangene zurückgeben muß, so tritt seine Forderung wieder in Kraft und er kann dieselbe in dem Konkurse, jedoch nicht als Massegläubiger, geltend machen.

§. 109. Gegen einen dritten Besitzer der aus dem Vermögen des Gemeinschuldners weggegebenen oder veräußerten Gegenstände, oder der von dem Gemeinschulder bestellten Pfandrechte oder Hypothekenrechte findet das in Beziehung auf den Vorbesitzer zulässige Anfechtungs- und Rückforderungsrecht Statt:

1) wenn der dritte Besitzer zur Zeit seiner Erwerbung davon Kenntniß gehabt hat, daß die Rechtshandlung des Gemeinschuldners nur zum Schein oder in der Absicht vorgenommen ist, die Gläubiger zu bevortheilen;

2) wenn der dritte Besitzer der Ehegatte des Gemeinschuldners oder ein naher Verwandter oder Verschwägerter (§. 102. Nr. 3.) ist, sofern derselbe nicht Thatsachen nachweist, aus welchen zu entnehmen ist, daß er zur Zeit seiner Erwerbung von den Umständen, welche das Recht zur Anfechtung und Rückforderung gegen den Vorbesitzer begründen, keine Kenntniß gehabt hat;

3) wenn der dritte Besitzer die Sache durch eine freigebige Verfügung erworben hat; jedoch unterliegt in diesem Falle das Rückforderungsrecht denselben Beschränkungen, welche für den Fall der Anfechtung einer freigebigen Verfügung des Gemeinschuldners zu Gunsten des ersten Erwerbers festgesetzt sind (§. 106.).

Gegen Erben findet das in Beziehung auf den Erblasser derselben begründete Anfechtungs- und Rückforderungsrecht ohne die vorstehenden Beschränkungen (Nr. 1.—3.) Statt.

§. 110. Das Recht der Anfechtung kann nicht nur im Wege der Klage, sondern auch im Wege der Einwendung ausgeübt werden.

§. 111. Bei der Entscheidung über die Zulässigkeit einer Anfechtung bleiben die positiven Regeln über die Wirkungen der Beweise außer Anwendung. Der erkennende Richter hat, unter Erwägung aller vorliegenden Umstände und unter genauer Prüfung aller beigebrachten Beweise, nach seiner freien, aus dem Inbegriff der stattgehabten Verhandlungen geschöpften Ueberzeugung zu entscheiden, ob ein angetretener Beweis als geführt anzusehen sei oder nicht, oder ob es noch der Auferlegung eines nothwendigen Eides bedürfe. Insbesondere bleibt auch dem Ermessen des Richters vorbehalten, ob und welches Gewicht dabei auf die im §. 100. unter Nr. 5. erwähnten Quittungen, Anerkenntnisse und Zugeständnisse gelegt werden kann. Der Richter muß die Gründe, auf welchen seine Ueberzeugung beruht, in dem Urtheil vollständig anführen.

Jedoch behält es in Ansehung der Befugniß der Parteien zur Eideszuschiebung, sowie in Ansehung der Wirkung der geschehenen oder verweigerten Ableistung zugeschobener Eide, bei den bestehenden gesetzlichen Vorschriften sein Bewenden.

S. §. 57. Tit. 50. Thl. I. A. G.-O. und §. 8. des Ges. vom 26. April 1835. Die darin enthaltenen Bestimmungen sind im §. 106. dahin ausgedehnt, daß der Richter ermächtigt wird, in Betreff der Wirkung der Beweise seiner freien Ueberzeugung zu folgen.

§. 112. Wenn die Gläubigerschaft von dem Rechte der Anfechtung keinen Gebrauch machen will, so bleibt jedem einzelnen Konkurs-Gläubiger überlassen, dieses Recht auf seine Kosten auszuüben.

Dasjenige, was ein Gläubiger in solcher Weise erstreitet, fließt zur Konkursmasse; jedoch sind dem Gläubiger aus dem er-

strittenen Betrage die ihm durch den Prozeß erwachsenen Kosten vorweg zu erstatten.

Zweiter Titel.

Von dem Verfahren im kaufmännischen Konkurse.

Erster Abschnitt.

Einleitende Bestimmungen.

§. 113. Der kaufmännische Konkurs findet Statt, wenn ein Handelsmann, Schiffsrheder oder Fabrikbesitzer seine Zahlungen einstellt.

Die Zahlungseinstellung ist vorhanden, wenn der Gemeinschuldner seine Zahlungsunfähigkeit selbst erklärt, oder wegen Zahlungsunfähigkeit sein Geschäft schließt, oder wenn andere Umstände vorliegen, aus welchen erhellt, daß der Gemeinschuldner in dem Zustande der Zahlungsunfähigkeit sich befindet.

Die Bedingung des Konkurses ist an den Begriff der Zahlungseinstellung bei Handeltreibenden geknüpft. Wer ist Handeltreibender? S. Art. XIV. bis XVI. d. Einf.-Gesetzes.

§. 114. Der kaufmännische Konkurs findet auch in dem Falle Statt:

1) wenn ein Handelsmann, Schiffsrheder oder Fabrikbesitzer sein Geschäft aufgegeben hat und von ihm noch während des Geschäftsbetriebes oder innerhalb eines Jahres seit der Aufgabe des Geschäfts die Zahlungen eingestellt worden sind;
2) wenn ein Handelsmann, Schiffsrheder oder Fabrikbesitzer verstorben ist und von ihm noch bei Lebzeiten die Zahlungen eingestellt worden sind. Die Eröffnung des Konkurses über den Nachlaß ist in diesem Falle auch während der dem Erben gestatteten Ueberlegungsfrist und selbst dann zulässig, wenn der Erbe die Erbschaft ohne Vorbehalt der Rechtswohlthat des Inventars angetreten hat.

§. 115. Für die Eröffnung des Konkurses und das Konkurs-Verfahren ist das Gericht kompetent, bei welchem der Gemeinschuldner seinen ordentlichen persönlichen Gerichtsstand hat.

Besteht für den Ort, nach welchem dieser Gerichtsstand sich bestimmt, ein Handelsgericht, so gehört der Konkurs vor dasselbe.

Unter mehreren zuständigen Gerichten gebührt demjenigen der Vorzug, welches die Eröffnung des Konkurses zuerst ausgesprochen hat.

Vgl. §. 25. Tit. 50. Thl. I. A. G. O. über den Gerichtsstand im Konkurse.

Zweiter Abschnitt.

Von der Eröffnung des Konkurses.

§. 116. Jeder Handelsmann, Schiffsrheder oder Fabribesitzer, welcher während seines Geschäftsbetriebes oder innerhalb eines Jahres seit der Aufgabe des Geschäfts seine Zahlungen einstellt, ist verpflichtet, davon binnen drei Tagen, den Tag der Zahlungseinstellung mitgerechnet, bei dem Gericht (§. 115.) Anzeige zu machen.

Bei der Anzeige hat der Gemeinschuldner seine Handelsbücher und eine Bilanz zu übergeben. Die Bilanz muß eine Aufstellung aller seiner Forderungen, eine summarische Zusammenstellung der übrigen Vermögensstücke, die Angabe des Werths der verzeichneten Vermögensstücke und eine spezielle Aufführung aller Schulden unter Angabe des Wohnorts der Gläubiger, sowie einen das Verhältniß des Vermögens und der Schulden darstellenden Abschluß enthalten, auch mit der Versicherung der Richtigkeit, sowie mit dem Datum und der Unterschrift des Gemeinschuldners versehen sein. Ist der Gemeinschuldner außer Stande, diesen Erfordernissen zu genügen, so muß er bei der Anzeige die Gründe angeben, welche ihn daran hindern.

§. 117. Die Anzeige, sowie die Uebergabe der Bücher und der Bilanz (§. 116.) geschieht vor einem hierzu ernannten Beamten des Gerichts. Derselbe hat darüber ein Protokoll aufzunehmen, die Bücher unter Zuziehung des Gemeinschuldners durch Beifügung eines Vermerks zu schließen, den äußeren Zustand der Bücher im Protokolle zu beschreiben und dabei insbesondere anzugeben, ob Verletzungen derselben, Rasuren oder Korrekturen ersichtlich sind.

§. 118. Das Gericht hat den Konkurs zu eröffnen, sobald dasselbe von der Zahlungseinstellung durch die Anzeige des Gemeinschuldners, oder durch einen mit ausreichenden Beweisen unterstützten Antrag eines Gläubigers, oder auf eine andere zuverlässige Weise Kenntniß erhält. Jedoch ist in dem letzten Falle der Konkurs nur dann zu eröffnen, wenn nach dem Ermessen des Gerichts aus der Aussetzung der Konkurs-Eröffnung besondere Nachtheile für die Gläubiger erwachsen würden.

§. 119. Die Konkurs-Eröffnung ist durch einen mit Gründen versehenen Beschluß auszusprechen.

Inwiefern zuvor noch Ermittelungen durch Vernehmung des Gemeinschuldners oder auf andere Weise anzustellen sind, hat das Gericht nach seinem Ermessen zu bestimmen.

§. 120. Wenn das Gericht die Konkurs-Eröffnung nicht zulässig erachtet, so steht dem Gläubiger, welcher auf Konkurs-Eröffnung angetragen hat, binnen zehn Tagen, vom Tage der Zustellung des Beschlusses an gerechnet, die Beschwerde an die höhere Instanz offen.

Wird die Beschwerde begründet gefunden, so ist das Konkurs-Gericht zur Eröffnung des Konkurses anzuweisen.

§. 121. Der Zeitpunkt der Konkurs-Eröffnung fällt auf die Stunde, in welcher der Beschluß gefaßt worden ist.

Diese Stunde muß in dem Beschlusse angegeben werden. Ist eine solche Angabe unterblieben, so gilt die Mittagsstunde des Tages, an welchem der Beschluß gefaßt worden ist, als der Zeitpunkt der Konkurs-Eröffnung.

Vgl. §. 22. Tit. 50. Thl. I. A. G. O., nach dem der Zeitpunkt der Konkurs-Eröffnung auf die Mittagsstunde des Tages fällt, an dem das Dekret der Eröffnung den Interessenten an der Gerichtsstelle publizirt ist.

§. 122. Das Gericht hat zugleich den Tag des Eintritts der Zahlungseinstellung festzusetzen.

Ist die Festsetzung des Tages der Zahlungseinstellung in dem Beschlusse nicht erfolgt, so wird der Tag der Konkurs-Eröffnung, oder wenn der Gemeinschuldner früher verstorben ist, der Todestag desselben als der Tag der Zahlungseinstellung angenommen.

Auf den Grund neuer Ermittelungen kann der Tag der Zahlungseinstellung, so lange nicht über die Festsetzung desselben ein Prozeß eingeleitet ist (§. 125.), durch Beschluß des Gerichts jederzeit von Amtswegen anderweit bestimmt werden.

In keinem Falle darf der Tag der Zahlungseinstellung auf einen früheren Zeitpunkt als sechs Monate vor der Konkurs-Eröffnung festgesetzt oder angenommen werden.

Die Festsetzung des Tages der Zahlungseinstellung und die rechtskräftig festgestellten Abänderungen desselben (§. 125.) sind bei Anfechtung der vor der Konkurs-Eröffnung vorgefallenen Rechtshandlungen (Titel 1. Abschnitt 11.) für alle Betheiligten bindend.

§. 123. Die Konkurs-Eröffnung und der Zeitpunkt derselben, sowie der festgesetzte Tag der Zahlungseinstellung sind durch das Konkurs-Gericht sofort öffentlich bekannt zu machen.

Die öffentliche Bekanntmachung erfolgt durch eine oder mehrere Anzeigen in öffentlichen Blättern nach dem Ermessen des Gerichts, sowie durch öffentlichen Anschlag an der Gerichtsstelle und an anderen geeigneten Orten, insbesondere an der Börse, wenn solche im Gerichtsbezirk vorhanden ist.

Zugleich ist dem Staatsanwalt von der erfolgten Konkurs-Eröffnung besondere Nachricht zu geben.

Jeder Betheiligte kann auf seine Kosten eine Abschrift des Beschlusses (§§. 119., 120., 122.) verlangen.

Ueber Benachrichtigung des Staatsanwalts s. Tit. 24. Thl. II. d. Strafgesetzbuches und §. 313. d. Anh. z. Allg. G. O.

§. 124. Der Beschluß auf Eröffnung des Konkurses kann

von dem Gemeinschuldner mittelst eines Antrages auf Wiederaufhebung des Konkurses angefochten werden.

Der Antrag muß den Erfordernissen einer Klage entsprechen; er muß binnen zehn Tagen, vom Tage des Beschlusses an gerechnet, bei dem Konkurs-Gericht angebracht werden.

Ueber den Antrag hat das Konkurs-Gericht im schleunigen Prozesse zu verhandeln und zu entscheiden.

Die Gegenpartei des Gemeinschuldners ist der Verwalter der Konkurs-Masse und der Gläubiger, welcher die Konkurs-Eröffnung betrieben hat; andere Betheiligte sind dem Prozesse als Intervenienten beizutreten berechtigt.

Es finden nur die Rechtsmittel der Appellation und der Nichtigkeitsbeschwerde Statt.

§. 125. Der Beschluß, durch welchen der Tag der Zahlungseinstellung bestimmt wird, kann von dem Verwalter der Masse und jedem Anderen, welcher ein Interesse bei der Sache hat, mittelst eines Antrags auf anderweite Bestimmung des Tages der Zahlungseinstellung angefochten werden.

Der Antrag muß den Erfordernissen einer Klage entsprechen, er muß binnen drei Monaten, vom Tage des Beschlusses an gerechnet, bei dem Konkurs-Gericht angebracht werden.

Ueber den Antrag hat das Konkurs-Gericht im ordentlichen Prozesse zu verhandeln und zu entscheiden.

Es finden nur die Rechtsmittel der Appellation und der Nichtigkeitsbeschwerde Statt.

Die Einleitung mehrerer Prozesse über die Festsetzung des Tages der Zahlungseinstellung ist nicht zulässig. Vielmehr können, sobald ein Interessent auf anderweite Bestimmung dieses Tages angetragen hat, alle übrigen Interessenten, welche eine solche ebenfalls verlangen, nur dem über den ersten Antrag eingeleiteten Prozesse als Intervenienten beitreten. Jedoch sind dieselben bei ihren Anträgen in Ansehung des festzusetzenden Tages der Zahlungseinstellung an die Anträge der Hauptparteien nicht gebunden.

§. 126. Der Antrag auf Wiederaufhebung des Konkurses (§. 124.) und der Antrag auf anderweite Bestimmung des Tages der Zahlungseinstellung (§. 125.) hat in Betreff des angefochtenen Beschlusses keine aufschiebende Wirkung.

Das Konkurs-Verfahren muß so lange auf Grund des angefochtenen Beschlusses fortgesetzt werden, als nicht etwas Anderes durch ein rechtskräftiges Erkenntniß festgestellt wird.

Die rechtskräftig festgestellten Abänderungen des Beschlusses sind in derselben Weise öffentlich bekannt zu machen, in welcher die Bekanntmachung des Beschlusses selbst geschehen ist (§. 123.).

Das Verfahren über die Anfechtungsklage findet im gewöhnlichen Prozesse nach den Bestimmungen der V. v. 1. Juni 1833 und v. 21. Juli 1846 Statt.

Dritter Abschnitt.

Von dem gerichtlichen Kommissar und dem einstweiligen Verwalter der Masse.

§. 127. Nach der Eröffnung des Konkurses erfolgt die gerichtliche Bearbeitung desselben durch einen Kommissar des Gerichts, soweit nicht in gegenwärtigem Gesetze einzelne Geschäfte dem Gericht selbst vorbehalten sind, oder die Uebertragung einzelner Geschäfte an besondere Kommissarien gestattet ist.

Auf Beschwerden über den Kommissar entscheidet zunächst das Konkurs-Gericht.

§. 128. Bei der Konkurs-Eröffnung hat das Gericht von Amtswegen einen einstweiligen Verwalter der Masse zu bestellen.

Der ernannte einstweilige Verwalter ist in der öffentlichen Bekanntmachung der Konkurs-Eröffnung (§. 123.), oder in einer schleunigen nachträglichen Bekanntmachung namhaft zu machen. Dabei sind zugleich die Gläubiger aufzufordern, in einem Termin, der nicht über vierzehn Tage hinausgesetzt werden darf, ihre Erklärungen und Vorschläge über die Beibehaltung des bestellten einstweiligen Verwalters oder die Bestellung eines anderen einstweiligen Verwalters abzugeben.

Nach Abhaltung des Termins beschließt das Gericht über die Beibehaltung des bisherigen oder die Bestellung eines anderen einstweiligen Verwalters nach seinem Ermessen, unter Berücksichtigung der von den Gläubigern gemachten Erklärungen und Vorschläge, ohne jedoch an dieselben gebunden zu sein. Wird die Bestellung eines anderen einstweiligen Verwalters beschlossen, so ist dieselbe öffentlich bekannt zu machen (§. 123).

S. §. 64. Tit. 50. Thl. I. A. G. O. Das Konkurs-Gericht ernennt den Verwalter selbstständig und hört darüber die Gläubiger nachher.

§. 129. Als einstweiliger Verwalter ist ein geschäftskundiger Mann zu wählen, welcher an dem Orte des Gerichts, oder an dem Orte, wo das Hauptgeschäft des Gemeinschuldners sich befindet, oder in deren Nähe seinen Wohnsitz hat.

Ein Verwandter oder Verschwägerter des Gemeinschuldners bis zum vierten Grade einschließlich darf zum einstweiligen Verwalter nicht ernannt werden.

Vgl. §. 70. Tit. 50. Thl. I. A. G. O., welcher schon die Wahl einer geschäftskundigen Person außer den Rechtsanwalten gestattet. Diese Vorschrift, welche gerade in kaufmännischen Konkursen von großer Wichtigkeit ist, stellt §. 124. wieder her.

§. 130. Der einstweilige Verwalter ist nach seiner Ernennung von dem Kommissar auf die gewissenhafte Ausführung der

ihm obliegenden Amtsverrichtungen mittelst Handschlags an Eidesstatt zu verpflichten.

Das Gericht hat ihm eine Bestallung zu seiner Legitimation auszufertigen.

S. §§. 65. u. 68. Tit. 50. Thl. I. A. G. O.

§. 131. Der einstweilige Verwalter ist der Vertreter der Gläubigerschaft und der Masse.

Seine Aufgabe ist, die Masse, sowie die Ansprüche an dieselbe zu ermitteln und festzustellen und für die Sicherung der Masse Sorge zu tragen.

Ihm gebührt die Führung von Prozessen, welche die Masse oder einzelne Theile derselben betreffen; er hat die Masse und die Gläubigerschaft bei Erörterung der Ansprüche der einzelnen Gläubiger zu vertreten; er kann sich hierbei, wenn er nicht selbst Rechtsverständiger ist, eines Rechtsbeistandes bedienen und in einzelnen Fällen einen besonderen Bevollmächtigten bestellen.

§. 132. Der einstweilige Verwalter steht unter der Aufsicht des Gerichts, welche zunächst durch den Kommissar ausgeübt wird.

Der einstweilige Verwalter muß seine Amtsverrichtungen mit der Aufmerksamkeit und Sorgfalt ausführen, wie sie gesetzlich einem Bevollmächtigten und Verwalter fremder Sachen obliegt.

Er muß ein kaufmännisches Tagebuch (Journal) führen und dasselbe dem Kommissar auf Erfordern zur Einsicht vorlegen.

Er kann unter seiner Verantwortlichkeit der Hülfe des Gemeinschuldners und anderer Personen sich bedienen.

Er kann von dem Gemeinschuldner Aufklärungen über den Zustand der Masse und die an dieselbe erhobenen Ansprüche, sowie auch über alle andere, den Konkurs betreffende Verhältnisse erfordern.

Der Kommissar hat die Befugniß, zu demselben Zweck sowohl den Gemeinschuldner, als auch andere Personen zu vernehmen.

S. §§. 64. sq. Tit. 50. Thl. I. A. G. O., in denen die Bestellung eines besonderen Kontradiktors für die Passivmasse verordnet ist. Die Praxis hat Kontradiktor und Kurator in einer Person vereinigt. Das neue Konkurs-Gesetz hat diese Vereinigung anerkannt.

§. 133. Der einstweilige Verwalter kann seines Amtes entlassen werden, wenn er seinen Verpflichtungen nicht gehörig nachkommt.

Ueber die Entlassung beschließt das Gericht auf Antrag oder von Amtswegen, nachdem es zuvor den einstweiligen Verwalter in nicht öffentlicher Sitzung mit seiner Erklärung gehört hat.

Gegen den Beschluß, welcher die Entlassung ausspricht, findet eine Beschwerde oder ein sonstiges Rechtsmittel nicht Statt.

Die Entlassung ist öffentlich bekannt zu machen und es muß

die Bestellung eines neuen einstweiligen Verwalters erfolgen (§. 128.).

§. 134. Der einstweilige Verwalter hat für seine Geschäftsführung eine Belohnung und Entschädigung aus der Masse zu fordern.

Der Betrag wird auf eingereichte Liquidation und auf Vortrag des Kommissars von dem Gericht nach den Bestimmungen des dem gegenwärtigen Gesetze beigefügten Tarifs festgesetzt, sofern nicht deshalb eine anderweite Vereinigung mit den Gläubigern unter Genehmigung des Gerichts getroffen ist.

Alle diese aus der Masse zu leistenden Ausgaben gehören zu den Komunalkosten.

§. 135. In Fällen, wo der einstweilige Verwalter ein persönliches Interesse als Gläubiger oder aus einem anderen Grunde gegen die Gläubigerschaft und die Masse verfolgt, hat das Gericht einen Spezial-Vertreter der Gläubigerschaft und der Masse zu bestellen.

§. 136. Im Falle eines außerordentlichen Umfangs der Verwaltungsgeschäfte kann das Gericht nach Anhörung des einstweiligen Verwalters und auf gutachtliche Aeußerung des Kommissars dem einstweiligen Verwalter für bestimmte Zweige der Verwaltung besondere Verwalter beigeben.

Die besonderen Verwalter haben innerhalb der ihnen überwiesenen Geschäftskreise die Rechte und Pflichten des einstweiligen Verwalters. Der Letztere ist für die Geschäftsführung derselben nicht verantwortlich; er ist jedoch befugt, von ihnen jede die Verwaltung betreffende Auskunft zu verlangen, auch geeignetenfalls ihre Entlassung zu beantragen.

S. Allg. Gerichts-Ordnung Thl. I. Tit. 50. §. 71., worin die Bestellung von Neben-Kuratoren im Fall eines außerordentlichen Umfangs der Verwaltungsgeschäfte ebenfalls angeordnet ist.

Vierter Abschnitt.

Von der Verhaftung des Gemeinschuldners, so wie von der Siegelung, dem offenen Arrest und der Beschlagnahme der Immobilien.

§. 137. Bei der Konkurs-Eröffnung hat das Gericht von Amtswegen über die Verhaftung des Gemeinschuldners zu beschließen, die sofortige Siegelung anzuordnen, den offenen Arrest zu verhängen und die Immobilien in Beschlag zu nehmen.

Das Gericht kann diese Sicherungsmaaßregeln, oder einzelne derselben, in dringenden Fällen auch schon vor der Beschlußfassung über die Konkurs-Eröffnung auf den Antrag eines Gläubigers oder von Amtswegen treffen.

Wohnt der Gemeinschuldner in dem Bezirk eines Einzelrichters, so steht dem Letzteren eine gleiche Befugniß zu, wenn der Gemeinschuldner nach der Zahlungseinstellung entweicht, oder wenn

Sachen desselben bei Seite geschafft werden. Der Richter hat die Verhandlungen über die getroffenen Maaßregeln sofort an das Konkursgericht abzugeben.

§. 138. Ueber die Verhaftung des Gemeinschuldners (§. 137.) beschließt das Gericht nach seinem Ermessen.

Die Verhaftung muß verfügt werden, wenn er der Flucht verdächtig ist, oder wenn er sich zur Zeit der Konkurs-Eröffnung bereits in Schuldhaft befindet. Auch ist dieselbe in der Regel anzuordnen, wenn der Gemeinschuldner den Vorschriften über die Verpflichtung zur Anzeige der Zahlungseinstellung, so wie zur Uebergabe der Handelsbücher und der Bilanz (§. 116.) nicht genügt hat, oder wenn Wechselklagen gegen ihn angestellt sind, oder Wechselproteste gegen ihn erhoben werden.

Die Haft des Gemeinschuldners ist als Schuldhaft zu behandeln.

Dieselbe ist so lange fortzusetzen, als es nach dem Ermessen des Gerichts zur Förderung oder Sicherstellung der Verhandlungen im Konkurse nöthig ist.

§. 139. Im Laufe des Konkurs-Verfahrens kann die Verhaftung oder Wiederverhaftung des Gemeinschuldners aus den vorbezeichneten Gründen (§. 138.), so wie in dem Falle stattfinden, wenn derselbe den Verfügungen des Gerichts oder des Kommissars, oder den Aufforderungen des Verwalters der Masse nicht Folge leistet.

§. 140. Durch die vorstehenden Bestimmungen (§§. 138. 139.) wird in den gesetzlichen Vorschriften über die Verhängung der Untersuchungshaft gegen den Gemeinschuldner nichts geändert.

Wenn das Gericht die Entlassung des Gemeinschuldners aus der Schuldhaft beschließt, so ist jederzeit die Staatsanwaltschaft zu benachrichtigen.

Die Staatsanwaltschaft kann allen Verhandlungen im Konkurse beiwohnen und alle ihr erheblich scheinenden Nachrichten fordern.

§. 141. Die Siegelung (§. 137.) erfolgt durch den Kommissar oder einen anderen geeigneten Gerichtsbeamten.

Dieselbe erstreckt sich auf das sämmtliche Mobiliarvermögen und die Schriften des Gemeinschuldners.

Die Siegelung von Gegenständen, welche sich unter einer anderen Gerichtsbarkeit befinden, ist durch Requisition des zuständigen Gerichts zu bewirken.

§. 142. Bei der Siegelung ist wo möglich der ernannte einstweilige Verwalter der Masse zuzuziehen.

Der Siegelung unterliegen alle Geschäftsräume, Lager und Kassen des Gemeinschuldners, ingleichen alle sonstigen Räume und Behältnisse desselben, in welchen sich Gegenstände befinden, die in Verwahrung zu nehmen sind.

Die Aufsicht über die angelegten Siegel muß dem einstweiligen Verwalter oder einer anderen zuverlässigen Person mit der

Anweisung anvertraut werden, jede an denselben bemerkte Verletzung dem Kommissar sofort zu melden.

§. 143. Von der Siegelung bleiben ausgeschlossen:

1) Kleidungsstücke, Hausgeräth und andere Sachen, sofern dieselben dem Gemeinschuldner und dessen Familie zu ihrem persönlichen Gebrauch unentbehrlich sind; diese Gegenstände werden nicht zur Konkurs-Masse gezogen;
2) die Handelsbücher des Gemeinschuldners, wenn sie noch nicht dem Gericht übergeben sind, der Kommissar oder der Gerichtsbeamte (§. 141.) hat dieselben zu schließen, nach ihrem äußeren Zustande im Protokolle zu beschreiben (§. 117.) und demnächst an den einstweiligen Verwalter abzugeben;
3) die Handelspapiere, wenn sie auf kurze Verfallzeit gestellt sind, oder wenn sie des Accepts bedürfen, oder wenn in Betreff derselben Sicherungsmaaßregeln ergriffen werden müssen; diese Papiere werden verzeichnet und demnächst dem einstweiligen Verwalter übergeben;
4) Pretiosen, baare Gelder und geldwerthe Papiere; dieselben sind an das gerichtliche Depositorium abzuliefern;
5) Sachen, deren schleunige Versilberung rathsam erscheint, weil ihre längere Aufbewahrung der Masse unnütze Kosten verursachen würde, oder weil sie dem Verderben oder einer Entwerthung in kurzer Zeit ausgesetzt sind; dergleichen Sachen, so wie Thiere und andere Gegenstände, welche nicht unter Sperre genommen werden können, sind zu verzeichnen, abzuschätzen und dem einstweiligen Verwalter oder einer anderen zuverlässigen Person zur Obhut und Wartung zu übergeben;
6) Gegenstände, welche zum Geschäft des Gemeinschuldners dienen, sofern der Kommissar die einstweilige Fortsetzung dieses Geschäfts anordnet.

§. 144. Die Fortsetzung des Geschäfts des Gemeinschuldners, im Ganzen oder in einzelnen Zweigen, kann von dem Kommissar bei der Siegelung angeordnet werden, wenn die sofortige Einstellung desselben von bedeutendem Schaden für die Masse sein würde. Der Kommissar hat hierüber den bei der Siegelung gegenwärtigen einstweiligen Verwalter zu hören, nach Befinden den Verwalter oder eine andere geeignete Person mit der einstweiligen Fortführung des Geschäfts für Rechnung der Masse, unter Vorkehrung angemessener Sicherungsmaaßregeln, zu beauftragen und unverzüglich dem Gericht Anzeige zu erstatten.

Das Gericht beschließt sodann über die Bestätigung oder Abänderung der getroffenen Maaßregeln; auch kann das Gericht später geeignetenfalls die Fortführung des Geschäfts einstellen, oder eine Abänderung der getroffenen Maaßregeln eintreten lassen.

§. 145. Durch den offenen Arrest (§. 137.) muß Allen, welche von dem Gemeinschuldner etwas an Geld, Papieren oder anderen Sachen in Besitz oder Gewahrsam haben, oder welche ihm etwas

verschulden, aufgegeben werden, nichts an denselben zu verabfolgen oder zu zahlen, vielmehr dem Gericht oder dem Verwalter der Masse von dem Besitz der Gegenstände innerhalb einer bestimmten Frist Anzeige zu machen und Alles, mit Vorbehalt ihrer etwanigen Rechte, zur Konkurs-Masse abzuliefern.

§. 146. Pfand-Inhaber und andere Gläubiger, welche mit denselben gleiche Rechte haben, sind nur verpflichtet, von den in ihrem Besitz befindlichen Pfandstücken Anzeige zu machen (§. 145). Konzessionirte Pfandleiher und diejenigen Institute, welche sich selbst aus einem Pfande zu befriedigen befugt sind, haben die Anzeige nur auf besonderes Erfordern des Gerichts zu leisten.

§. 147. Wer die erforderliche Anzeige über den Besitz von Vermögensstücken des Gemeinschuldners (§§. 145. 146.) nicht innerhalb der bestimmten Frist leistet, wird, wenn er keine genügende Entschuldigung nachweist, aller Rechte verlustig, welche ihm an diesen Vermögensstücken zustehen.

§. 148. Die Bekanntmachung des offenen Arrestes ist auf die für die öffentliche Bekanntmachung der Konkurs-Eröffnung vorgeschriebene Weise (§. 123.) und in Verbindung mit dieser Bekanntmachung zu bewirken.

Den bekannten Schuldnern des Gemeinschuldners, so wie den bekannten Pfand-Inhabern und mit denselben gleichberechtigten Gläubigern (§. 146.) ist gleichzeitig oder nachträglich eine Abschrift der Bekanntmachung zuzustellen.

§. 149. Die Post-Anstalten für die Orte, wo der Gemeinschuldner wohnt oder sein Geschäft betreibt, müssen von der Arrestlegung sofort besonders benachrichtigt werden; es sind dieselben zu veranlassen, alle für den Gemeinschuldner eingehenden Sendungen und Briefe dem Verwalter der Masse auszuhändigen.

§. 150. Die Beschlagnahme der Immobilien (§. 137.) erfolgt durch Entsetzung des Gemeinschuldners aus dem Besitze, durch Beschlagnahme der Einkünfte mittelst Administration oder Sequestration, und durch Eintragung der Konkurs-Eröffnung in die Hypothekenbücher. Bei dieser Eintragung genügt der Vermerk der Konkurs-Eröffnung, die Angabe des Zeitpunktes derselben und die Bezeichnung des Konkurs-Gerichts.

So weit das Konkurs-Gericht selbst zur Vornahme dieser Handlungen nicht zuständig ist, hat das Gericht oder der Kommissar dieselben bei den zuständigen Behörden zu beantragen.

Vergl. Allg. Gerichts-Ordnung Thl. I. Tit. 50. §. 194., §§. 20., 21., §. 195. sq., §§. 218., 315., 328., die Anh. §§. 334. bis 339., §§. 204., 205. und Verordn. v. 13. Oktober 1843.

Das Gesetz schreibt als Sicherungsmaaßregeln vor:

1) die Verhaftung des Gemeinschuldners in gewissen Fällen. Die französische und rheinische Handelsgesetzgebung kennt eine unbedingte Verhaftung. (Handelsgesetzbuch Art. 455., Fallimentsgesetz Art. 455.);

2) die Siegelung;

3) den offenen Arrest; die darüber lautenden Bestimmungen sind dem alten Konkurs-Gesetz, mit Abschaffung der speziellen Arrest-verfügungen an die Schuldner, analog;
4) Eintragung der Konkurs-Eröffnung in die Hypothekenbücher; eine neue Bestimmung des Gesetzes.

Fünfter Abschnitt.

Von den Maaßregeln zur Ermittelung, Erhaltung und vorläufigen Benutzung der Konkurs-Masse.

§. 151. Bis zur Ernennung des definitiven Verwalters beschränkt sich die Verwaltung der Konkurs-Masse auf die Maaßregeln zur Ermittelung, Erhaltung und vorläufigen Benutzung derselben.

Maaßregeln anderer Art sind nur dann zu treffen, wenn deren Unterlassung oder Verschiebung zum Nachtheil der Masse gereichen würde.

§. 152. Zu den Amtsverrichtungen, welche der einstweilige Verwalter in Gemäßheit der vorstehenden Bestimmung (§. 151.) vorzunehmen hat, gehören insbesondere folgende:
1) er hat die Entsiegelung und Inventur, so wie die Herstellung der Bilanz herbeizuführen;
2) er hat die bestehenden Miethes- und Dienstkontrakte, deren Fortsetzung nicht etwa zur Verwaltung der Masse erforderlich ist, in Ansehung der Gläubigerschaft aufzuheben, sobald es gesetzlich statthaft ist. (§§. 18. bis 20.);
3) er hat die an den Gemeinschuldner eingehenden Sendungen und Briefe in Empfang zu nehmen und die Briefe durch denselben in seiner Gegenwart eröffnen zu lassen, oder, wenn der Gemeinschuldner nicht sofort zu erlangen ist, selbst zu eröffnen;
4) er hat die etwa noch erforderliche Beschlagnahme von Vermögensstücken des Gemeinschuldners zu veranlassen; er hat die Rimessen zu präsentiren und die Proteste zu erheben; er hat die Erlangung von Hypothekenrechten für die Masse auf Grund der bereits von dem Gemeinschuldner erworbenen, aber noch nicht eingetragenen Titel zu betreiben; er hat die fälligen ausstehenden Forderungen einzuziehen und nöthigenfalls einzuklagen, sofern nicht die Zahlungsunfähigkeit der Schuldner erhellt; er hat in schwebenden Rechtsstreitigkeiten geeignetenfalls die noch zulässigen Rechtsmittel einzulegen (§. 8.);
5) er hat für die Verwaltung der Immobilien, Gerechtigkeiten und Schiffe Sorge zu tragen;
6) er hat die vorzunehmenden Veräußerungen zu betreiben.

§. 153. Die Entsiegelung und Inventur erfolgt durch den Kommissar oder einen anderen geeigneten Gerichtsbeamten, unter Zuziehung des einstweiligen Verwalters, so wie in Gegenwart des Gemeinschuldners, wenn derselbe ohne Aufenthalt zu erlangen ist.

Die unter Siegel gelegten Vermögensstücke werden nach und nach, so wie die Siegel abgenommen werden, verzeichnet und abgeschätzt. Die Abschätzung erfolgt durch Sachverständige, welche der Kommissar auf den Vorschlag des einstweiligen Verwalters bestimmt.

Es ist festzustellen, welche von denjenigen Gegenständen noch vorhanden sind, die von der Siegelung ausgeschlossen bleiben.

Nach den vorstehenden Ermittelungen ist ein Inventar über die Vermögensstücke und Schriften anzufertigen und von dem Kommissar, so wie dem einstweiligen Verwalter zu unterzeichnen. Die ausstehenden Forderungen und die Schulden werden nicht einzeln in das Inventar aufgenommen, sondern gehören in die Bilanz.

Die verzeichneten Vermögensstücke und Schriften werden dem einstweiligen Verwalter übergeben, so weit nicht die Aufbewahrung derselben in dem gerichtlichen Depositorium erfolgen muß (§. 143. Nr. 4.)

§. 154. Wenn der Gemeinschuldner ein öffentliches Amt verwaltet hat, so sind der vorgesetzten Dienstbehörde alle bei der Inventur vorgefundenen dienstlichen Schriften, so wie alle Bücher, Siegel und andere Gegenstände zu verabfolgen, welche dem Gemeinschuldner zur Verwaltung seines Amtes anvertraut worden sind.

Dasselbe gilt von den Gegenständen, welche der Gemeinschuldner auf eigene Kosten zum dienstlichen Gebrauch angeschafft hat, sofern die Gegenstände ohne Nachtheil des Dienstes nicht veräußert werden können; in diesem Falle muß der Konkurs-Masse der Taxwerth der Gegenstände vergütet werden. Der Dienstbehörde steht frei, diese Gegenstände in der Konkurs-Masse zu belassen, wenn dieselben in einen solchen Zustand gesetzt werden, daß sie ohne Nachtheil für den Dienst veräußert werden können.

Die Dienstbehörde ist von dem Tage, an welchem die Inventur stattfindet, vorher in Kenntniß zu setzen; sie hat die Befugniß, bei der Inventur das Interesse des Dienstes durch einen Beamten wahrnehmen zu lassen.

§. 155. Wenn der Gemeinschuldner eine Bilanz übergeben hat (§. 116.), so ist dieselbe durch den einstweiligen Verwalter zu prüfen und zu berichtigen; ist noch keine Bilanz vorhanden, so muß dieselbe von dem einstweiligen Verwalter aufgestellt werden.

Bei der Aufstellung oder bei der Prüfung und Berichtigung der Bilanz ist der Gemeinschuldner zuzuziehen, wenn derselbe ohne Aufenthalt zu erlangen ist.

Die Aufstellung, Prüfung und Berichtigung der Bilanz erfolgt auf Grund des Inventars, der Bücher und Papiere des Gemeinschuldners, so wie auf Grund der Aufklärungen, welche sich

der einstweilige Verwalter durch den Gemeinschuldner oder auf andere Weise verschaffen kann.

Die Bilanz ist an den Kommissar abzugeben und nebst dem Inventar in dem Gerichtslokale zur Einsicht jedes Betheiligten offen zu legen.

§. 156. Nach Aufstellung der vollständigen Vermögensübersicht hat der Kommissar auf den Antrag des einstweiligen Verwalters oder eines Gläubigers dem Gemeinschuldner den Manifestationseid abzunehmen. Dem Ermessen des Gerichts bleibt es überlassen, ob der Manifestationseid in Folge eines solchen Antrages auch dem Ehegatten, den erwachsenen Kindern, den Dienstboten und den Gehülfen des Gemeinschuldners, so wie den zu dessen Hausstande gehörigen anderen Personen abzunehmen ist.

§. 157. Zur Veräußerung von Waaren und anderen Mobiliargegenständen kann, sofern dieselbe nicht durch die Fortführung des Geschäfts des Gemeinschuldners bedingt ist, nur dann geschritten werden, wenn die Unterlassung oder Verschiebung der Veräußerung zum Nachtheil der Masse gereichen würde.

Die Veräußerung von Sachen, deren längere Aufbewahrung der Masse unnütze Kosten verursachen würde, oder welche dem Verderben oder einer Entwerthung in kurzer Zeit ausgesetzt sind (§. 143. Nr. 5.), muß unverzüglich vorgenommen werden.

Die Veräußerung der Immobilien, Gerechtigkeiten und Schiffe bleibt ausgesetzt; jedoch muß die gerichtliche Abschätzung derselben stattfinden.

Für den Fall der Exekution hat es bei den darüber ertheilten besonderen Vorschriften (§. 9.) sein Bewenden.

§. 158. Der einstweilige Verwalter bedarf der Genehmigung oder Ermächtigung des Kommissars:

1) wenn die Veräußerung von Waaren oder anderen Mobiliargegenständen außer dem Falle der Fortführung des Geschäfts des Gemeinschuldners erfolgen soll (§. 157.); der Kommissar hat zugleich zu bestimmen, ob die Veräußerung nach Maaßgabe der im Exekutionsverfahren geltenden Vorschriften oder in Abweichung von denselben stattfinden soll;
2) wenn bei der Verwaltung der Immobilien, Gerechtigkeiten oder Schiffe von der bisherigen oder gewöhnlichen Benutzungsart, oder von den für Exekutionen geltenden Vorschriften abgewichen werden soll;
3) wenn es sich um Anerkennung von Vindikationsansprüchen handelt, welche Gegenstände betreffen, deren Taxwerth den Betrag von funfzig Thalern übersteigt;
4) wenn es sich um Abschließung von Vergleichen handelt, sofern der Werth des streitigen Gegenstandes den Betrag von funfzig Thalern übersteigt;
5) wenn es sich um Anstellung von Klagen, um die Anfechtung vor Rechtshandlungen des Gemeinschuldners, um die Auf-

hebung von Rechtsgeschäften desselben, oder um den Eintritt in solche Rechtsgeschäfte handelt.

§. 159. Der einstweilige Verwalter bedarf der Genehmigung oder Ermächtigung des Gerichts zur Anerkennung von Vindikationsansprüchen, zur Abschließung von Vergleichen und zur Anstellung von Klagen, in sofern die Vindikationsansprüche, die Vergleiche und die Klagen Immobilien, Gerechtigkeiten oder Schiffe betreffen.

§. 160. In allen Fällen, in welchen es sich um Ertheilung der Genehmigung oder Ermächtigung des Kommissars oder des Gerichts handelt, hat der Kommissar zuvor den Gemeinschuldner, sofern derselbe ohne Aufenthalt vernommen werden kann, mit seiner Ansicht zu hören.

Ein Vergleich kann beim Widerspruch des Gemeinschuldners nicht genehmigt werden, wenn derselbe die Substanz von Immobilien, Gerechtigkeiten oder Schiffen betrifft.

§. 161. In Ansehung des Geldverkehrs sind die nachstehenden Vorschriften maßgebend:

1) Zahlungen, welche an die Masse zu leisten sind, nimmt der einstweilige Verwalter in Empfang;
2) laufende Verwaltungsausgaben und sonstige Zahlungen aus der Masse, deren Nothwendigkeit und Betrag feststeht, hat der einstweilige Verwalter aus den vorhandenen Beständen zu leisten;
3) der einstweilige Verwalter ist verpflichtet, wöchentlich dem Kommissar eine Uebersicht der Einnahmen und Ausgaben vorzulegen und die Bestände an Geldern und geldwerthen Papieren zum gerichtlichen Depositorium abzuliefern; zur Bestreitung der Auslagen und Kosten ist ihm jedoch ein angemessener Bestand in Händen zu lassen. Im Falle der Unterlassung der Ablieferung verschuldet er von Rechtswegen seit dem Tage des Empfangs der Masse sechs Prozent Zinsen, welche das Gericht im geeigneten Falle bis auf zwanzig Prozent erhöhen kann, vorbehaltlich der sonst etwa gegen denselben zu ergreifenden Maaßregeln.

§. 162. Dem Gemeinschuldner muß auf dessen Antrag aus dem Vermögen, welches derselbe erst nach der Konkurs-Eröffnung erlangt (§. 1.), eine Unterstützung zu seinem Unterhalt und zum Unterhalt seiner Familie gewährt werden. Soweit dieses Vermögen hierzu nicht hinreicht, kann die benöthigte Unterstützung aus der übrigen Masse ergänzt werden.

Ueber den Antrag des Gemeinschuldners und über den Betrag der Unterstützungssumme wird von dem Gericht auf gutachtliche Aeußerung des einstweiligen Verwalters durch Beschluß entschieden.

Das Gericht kann, nach Anhörung des einstweiligen Verwalters, dem Gemeinschuldner und dessen Familie auch die Woh-

nung in einem zur Masse gehörigen Grundstück bis zum Verkauf desselben gestatten.

§. 163. Der einstweilige Verwalter muß binnen Monatsfrist nach seiner Ernennung über die Lage der Sache, die hauptsächlichen Gründe und Veranlassungen, sowie über die Natur und den Charakter des Konkurses einen schriftlichen Bericht erstatten. Der Kommissar hat diesen Bericht alsbald mit seinen Bemerkungen zu versehen und dem Konkurs-Gericht einzureichen, auch Abschrift des Berichts nebst den Bemerkungen der Staatsanwaltschaft mitzutheilen.

Der durch das Gericht bestellte Verwalter ist nur der einstweilige Verwalter, über dessen Ernennung die Gläubiger nur nachträglich gehört sind. Dem entsprechend beschränkt sich seine Geschäftsführung nur auf Konservirung und Erhaltung der Masse, und sind ihm eingreifende Dispositionen untersagt. Seine hauptsächlichsten Amtsverrichtungen sind im §. 152. aufgezählt, und in diesem Prinzip gemäße Grenzen eingeschlossen; bei weitergehenden Dispositionen ist eine Aufsicht des Gerichts angeordnet (§§. 154. bis 156.).

Ueber die Befugniß des Verwalters zur Empfangnahme von Geldern u. s. w. enthält der §. 161. die nöthigen Bestimmungen. Nach der alten Konkurs-Ordnung geschah die Einzahlung in das gerichtliche Depositorium (§§. 86. sq. Tit. 50. Thl. I. A. G. O.). Aus praktischen Gründen ermächtigt das neue Gesetz den einstweiligen Verwalter zur Empfangnahme von Geldern und sichert die Gläubiger in Betreff seiner möglichen Unredlichkeit durch die §. 161. Nr. 3. getroffenen Maßregeln.

Sechster Abschnitt.

Von der Berufung der Konkurs-Gläubiger und Prüfung der Ansprüche derselben.

§. 164. Spätestens innerhalb vierzehn Tagen nach der Konkurs-Eröffnung hat das Gericht alle Diejenigen, welche an die Masse Ansprüche als Konkurs-Gläubiger machen wollen, aufzufordern:

1) ihre Ansprüche, dieselben mögen bereits rechtshängig sein oder nicht, mit dem ihnen etwa zustehenden Vorrecht bis zu einem gewissen Tage bei dem Gericht schriftlich oder zu Protokoll anzumelden, und
2) an einem weiteren bestimmten Tage zur Prüfung der angemeldeten Ansprüche vor dem Kommissar zu erscheinen.

§. 165. Die Bestimmung der Anmeldungsfrist und des Prüfungstermins hängt von dem Ermessen des Gerichts ab; doch darf die Anmeldungsfrist nicht unter drei und nicht über sechs Wochen vom Tage der Aufforderung an betragen; der Prüfungstermin darf nicht über vier Wochen nach dem Ablauf der Anmeldungsfrist anberaumt werden.

§. 166. Wenn bekannt oder anzunehmen ist, daß ausländische Gläubiger vorhanden sind, welche außerhalb der Deutschen Bundesstaaten wohnen oder ihre Handelsniederlassung haben, so hat das Gericht in der Aufforderung zugleich eine zweite Anmeldungsfrist zu bestimmen und zur Prüfung der Forderungen, welche innerhalb derselben, nach dem Ablauf der ersten Frist, angemeldet werden, einen zweiten Termin anzuberaumen.

Die zweite Anmeldungsfrist soll nicht unter drei und nicht über sechs Monate vom Tage der Aufforderung an betragen; der zweite Prüfungstermin darf nicht über vier Wochen nach dem Ablauf der Frist anberaumt werden.

§. 167. Wenn nach dem ersten Prüfungstermin (§. 164.) bekannt oder anzunehmen ist, daß Gläubiger vorhanden sind, welche ihre Forderungen noch nicht angemeldet haben, so hat das Gericht alle Konkurs-Gläubiger, deren Anmeldung noch nicht eingegangen ist, aufzufordern, ihre Ansprüche innerhalb einer bestimmten Frist anzumelden.

Zugleich sind sämmtliche Gläubiger aufzufordern, an einem weiteren bestimmten Tage zur Prüfung der neu angemeldeten Ansprüche vor dem Kommissar zu erscheinen.

Bei Bestimmung der Anmeldungsfrist und des Prüfungstermins sind die Vorschriften des §. 165. maaßgebend.

Wenn jedoch bereits anderweit eine zweite Anmeldungsfrist und ein zweiter Prüfungstermin angeordnet sind (§. 166.), so ist die Anmeldungsfrist und der Prüfungstermin so zu bestimmen, daß sie mit den bereits nach §. 166. angeordneten zusammenfallen.

§. 168. Die Aufforderung (§§. 164. bis 167.) ist öffentlich bekannt zu machen. Die Bekanntmachung erfolgt auf die für die Bekanntmachung der Konkurs-Eröffnung vorgeschriebene Weise (§. 123.) und geeignetenfalls in Verbindung mit derselben.

Die Aufforderung ist außerdem gleichzeitig oder nachträglich der Steuererhebungsstelle und dem Gemeindevorstande am Wohnorte des Gemeinschuldners, sowie jedem bekannten Gläubiger, nach einem durch den einstweiligen Verwalter anzufertigenden Verzeichnisse in einfacher Abschrift zu übersenden. Jedoch ist in keinem Falle die Wirksamkeit der Aufforderung von dieser besondern Zustellung abhängig.

§. 169. Die Anmeldung der Forderung muß den Namen, Wohnort und Stand des Gläubigers, sowie den Betrag und den Rechtsgrund der Forderung enthalten. Die Beweismittel für die Richtigkeit und das Vorrecht der Forderung sind der Anmeldung beizufügen oder darin anzugeben; wird die Anmeldung schriftlich eingereicht, so ist zugleich eine Abschrift derselben und ihrer Anlagen beizufügen.

Ist die Forderung zur Zeit der Konkurs-Eröffnung bereits rechtshängig, so genügt zur Begründung derselben die Bezugnahme auf die darüber vorhandenen Verhandlungen.

§. 170. Die eingehenden Anmeldungen werden dem einstweiligen Verwalter sofort in Abschrift mitgetheilt; den Gläubigern ist gestattet, dieselben im Büreau des Gerichts einzusehen.

Der einstweilige Verwalter hat sich, soweit es möglich ist, noch vor dem Prüfungstermin über die Anmeldungen zu erklären.

Zwischen dem Ablauf der Anmeldungsfrist und dem Prüfungstermin ist eine tabellarische Nachweisung aller eingegangenen Anmeldungen nach der Folgereihe der Vorrechte, welche in Anspruch genommen werden, anzufertigen und im Büreau des Gerichts offen zu legen.

§. 171. In dem Prüfungstermin muß der einstweilige Verwalter gegenwärtig sein; der Gemeinschuldner wird ebenfalls zugezogen, wenn er zu erlangen ist; die Bücher des Gemeinschuldners sind zur Einsicht bereit zu halten.

Die sämmtlichen Forderungen, welche innerhalb der bestimmten Frist angemeldet worden sind, werden im Termin zur Prüfung gezogen. Der Kommissar verhandelt mündlich, geht die Forderungen Post für Post durch, hört bei jeder Forderung die anwesenden Betheiligten gegen einander, giebt dem Gemeinschuldner Gelegenheit, sich darüber zu erklären, und vermerkt in der Nachweisung (§. 170.) bei jeder Post: ob und inwieweit die Richtigkeit und das Vorrecht derselben unstreitig ist, oder ob, durch wen und in welchem Umfange die Richtigkeit oder das Vorrecht bestritten worden ist.

Wenn das Prüfungsgeschäft nicht an Einem Tage beendigt werden kann, so hat der Kommissar am Schlusse des Termins die Fortsetzung desselben für den nächsten oder einen der nächstfolgenden Tage anzuordnen und dies den anwesenden Betheiligten bekannt zu machen. Einer besondern Vorladung bedarf es nicht.

§. 172. Der einstweilige Verwalter hat sich bei jeder Forderung darüber zu erklären, ob und weshalb er die Richtigkeit und das Vorrecht der Forderung anerkennt oder bestreitet.

Jeder in dem Termin anwesende Gläubiger ist befugt, die Richtigkeit und das Vorrecht der einzelnen Forderungen zu bestreiten.

§. 173. Die Richtigkeit und das Vorrecht der einzelnen Forderungen gelten für unstreitig, soweit dieselben von dem einstweiligen Verwalter ausdrücklich anerkannt und von keinem anwesenden Gläubiger bestritten worden sind.

§. 174. Wenn für die Forderung ein Vorrecht nicht spätestens in dem Termine in Anspruch genommen wird, in welchem die Prüfung der Forderung stattfindet, so gehört dieselbe lediglich in die Ordnung der nicht bevorzugten Ansprüche.

§. 175. Ueber das Ergebniß der Prüfungsverhandlungen wird ein Protokoll aufgenommen, in welchem auf die demselben beizufügende tabellarische Nachweisung (§§. 170. 171.) Bezug zu nehmen ist.

Die Urkunden über Forderungen, welche unstreitig sind, wer-

den den Gläubigern auf Verlangen zurückgegeben, nachdem der Kommissar auf denselben vermerkt hat, daß und zu welchem Betrage, sowie mit welchem Vorrecht die Forderung in dem Konkurse als richtig festgestellt worden ist.

§. 176. Wird eine Forderung erst nach dem Ablauf der bestimmten Fristen (§§. 164. bis 167.) angemeldet, so ist ein besonderer Prüfungstermin anzuberaumen. Derselbe ist entweder öffentlich bekannt zu machen oder den sämmtlichen Betheiligten anzuzeigen.

In dem Termin wird in Betreff der rechtmäßig angemeldeten Aenderung ebenso verfahren, wie für die allgemeinen Prüfungstermine vorgeschrieben ist.

§. 177. Die Kosten der Berufung der Gläubiger, sowie der Anmeldung und Prüfung der Forderungen gehören zu den Kommunkosten, soweit sie nicht in außergerichtlichen Kosten der Gläubiger bestehen.

Wenn jedoch ein Gläubiger seine Forderung erst nach dem Ablauf der bestimmten Frist anmeldet (§. 76.) so fallen demselben alle Kosten zur Last, welche durch die Anmeldung und Prüfung erwachsen.

§. 178. Jeder Gläubiger muß Dasjenige, was im Konkurse, nach ergangener gehöriger Aufforderung oder Vorladung, ohne seine Theilnahme gesetzlich verhandelt, beschlossen oder festgestellt worden ist, ebenso gegen sich gelten lassen, als wenn er dabei zugezogen worden wäre.

Eine Restitution gegen diesen Rechtsnachtheil findet nicht Statt.

§. 179. Jeder Gläubiger, welcher nicht in dem Bezirk des Konkurs-Gerichts seinen Wohnsitz hat, muß bei der Anmeldung seiner Forderung einen am Orte des Gerichts wohnhaften Bevollmächtigten bestellen und dem Gericht anzeigen. Rechtsanwalte, welche zur Praxis bei dem Gericht befugt sind, können auch dann, wenn sie nicht am Orte des Gerichts wohnhaft sind, zu Bevollmächtigten bestellt werden.

Ist dies geschehen, so sind alle in dem Konkurse ergehenden Aufforderungen und Vorladungen dem Bevollmächtigten an Stelle des Gläubigers zuzufertigen.

Wer die Bestellung eines solchen Bevollmächtigten unterläßt, kann dasjenige, was ohne seine Theilnahme verhandelt, beschlossen oder festgestellt worden ist, nicht aus dem Grunde anfechten, weil an ihn keine Aufforderung oder Vorladung zur Theilnahme ergangen ist.

§. 180. Die schriftliche Vollmacht zur Wahrnehmung der Gerechsame eines Gläubigers im Konkurse ermächtigt in allen Fällen den Bevollmächtigten auch zur Empfangnahme von Erkenntnissen, sowie zur Abschließung von Vergleichen aller Art, wenn der Machtgeber nicht ausdrücklich ein Anderes in der Vollmacht erklärt hat.

Die Aufforderung des Gläubigers kann auch bei der Konkurs-Eröffnung erfolgen; in besonders nöthigen Fällen giebt das Gesetz dazu eine kurze Frist von vierzehn Tagen (§. 164.). Es sind mehrere Fristen, eine kürzere und eine längere Frist anberaumt, die kürzere Frist, um die Aufforderung möglichst zu beschleunigen, welches selbstredend im Interesse der Gläubiger liegt, die längere Frist für die entfernt wohnenden und außerdeutschen Gläubiger, und um eine materielle Benachtheiligung der Gläubiger, welche aus den kürzeren Fristen entstehen könnte, abzuwenden (§§. 165.—167.). Die Zustellung der Aufforderung an den einzelnen Gläubiger ist, wie schon oben bemerkt wurde, neben der öffentlichen Bekanntmachung nichts Wesentliches (§. 168.). Für das weitere Anmeldungs- und Prüfungsverfahren werden die strengen Prozeßformen nicht angewandt, sondern die unstreitigen Ansprüche auf dem vermittelnden Wege zwischen dem Gläubiger, dem Kommissar und dem Gemeinschuldner festgestellt. Vgl. §§. 124. sq. Tit. 50. Thl. I. A. G. O., §. 280. Tit. 10. ebendas. Die Grundsätze der alten Konkurs-Ordnung über Präklusion sind durch die §§. 176. u. 177. aufgehoben.

Siebenter Abschnitt.

Von dem Akkorde.

I. Von der Zulässigkeit und dem Abschlusse des Akkords.

§. 181. Nach Abhaltung des ersten allgemeinen Prüfungstermins (§. 164.) kann zwischen den Konkursgläubigern und dem Gemeinschuldner ein Vergleich zum Zweck der Wiederaufhebung des Konkurses mit rechtsverbindlicher Kraft für widersprechende und für nicht theilnehmende Gläubiger (Akkord) auf den Antrag des Gemeinschuldners geschlossen werden.

Die Schließung des Akkords muß gerichtlich erfolgen.

§. 182. Ist in dem ersten Prüfungstermin die Richtigkeit der sämmtlichen innerhalb der ersten Frist angemeldeten Forderungen als unstreitig festgestellt, so hat der Kommissar einen nahen Termin zur Verhandlung und Beschlußnahme über den Akkord anzuberaumen.

Sind dagegen in dem Prüfungstermin Streitigkeiten über die Richtigkeit der Forderungen unerledigt geblieben, so ist, vor Anberaumung des Termins zur Verhandlung und Beschlußfassung über den Akkord, in Ansehung einer jeden streitigen Forderung festzusetzen, ob und für welchen Betrag dieselbe vorläufig in dem Akkordverfahren als eine zu berücksichtigende zugelassen werden soll.

Um diese Festsetzung vorzubereiten, hat der Kommissar einen Erörterungstermin anzuberaumen. Der Termin darf nicht unter acht und nicht über vierzehn Tage bestimmt werden; derselbe ist entweder öffentlich bekannt zu machen (§. 123.), oder den einzelnen bei den streitigen Forderungen Betheiligten anzuzeigen.

In dem Termin werden die sämmtlichen streitigen Forderungen zur Erörterung gezogen. Bei jeder Forderung haben die anwesenden Interessenten, von welchen die Richtigkeit derselben bestritten worden ist, sich darüber zu erklären, ob und aus welchen Gründen sie behaupten, daß die Forderung zum Mitstimmen beim Akkord nicht zugelassen werden könne. Der Gläubiger, welcher die Forderung geltend macht, wird mit seiner Gegenerklärung gehört.

Nach Abhaltung des Termins wird von dem Gericht über die Zulassung durch Beschluß entschieden. Die Zulassung ist im Fall des Streites auszusprechen, soweit nach dem Ermessen des Gerichts die Forderung wahrscheinlich in Richtigkeit beruht.

Ausnahmsweise kann das Gericht beschließen, daß die Verhandlung und Beschlußfassung über den Akkord bis nach endgültiger Erledigung aller oder einzelner Streitigkeiten ausgesetzt bleibe.

Der Beschluß muß binnen acht Tagen nach dem Erörterungstermin erfolgen. Gegen den Beschluß ist eine Beschwerde oder ein sonstiges Rechtsmittel nicht zulässig.

§. 183. Der Termin zur Verhandlung und Beschlußfassung über den Akkord ist öffentlich bekannt zu machen (§. 123.). Der Termin ist dem Gemeinschuldner, dem Verwalter der Masse und allen Gläubigern besonders anzuzeigen, deren Forderungen durch Anerkenntniß oder rechtskräftiges Erkenntniß als richtig festgestellt oder durch den Beschluß des Gerichts vorläufig zugelassen worden sind. Jedoch ist die Gültigkeit der Verhandlung von dieser besonderen Benachrichtigung der genannten Betheiligten nicht abhängig.

Der Gemeinschuldner muß in dem Termin persönlich erscheinen; die Vertretung durch einen Bevollmächtigten kann ihm nur dann gestattet werden, wenn er wegen Krankheit oder aus anderen Gründen persönlich zu erscheinen außer Stande ist.

§. 184. In dem Termin hat der Kommissar über die Lage der Sache und über die Ergebnisse, welche von einer Fortsetzung des Konkurses im Allgemeinen zu erwarten sind, Vortrag zu halten und die Aeußerung des Verwalters zu veranlassen; das Wesentliche hierüber ist in dem Protokolle oder in einer Anlage desselben niederzuschreiben.

Der Gemeinschuldner giebt seine Erklärungen und Vorschläge zum Akkorde ab und die Gemeinschuldner beschließen über dieselben.

§. 185. Zur Theilnahme an der Beschlußfassung über den Akkord berechtigen alle festgestellten oder vorläufig zugelassenen Forderungen, welche weder mit einem Hypothekenrechte, Pfandrechte oder anderen Absonderungsrechte, noch auch mit einem Vorzugsrechte versehen sind.

Für den Betrag, mit welchem ein Gläubiger wegen einer mit einem solchen Rechte versehenen Forderung an der Beschlußfassung über den Akkord Theil nehmen will, muß er auf das in

Anspruch genommene Hypothekenrecht, Pfandrecht oder andere Absonderungsrecht oder auf das verlangte Vorzugsrecht verzichten.

§. 186. Zum Abschlusse des Akkordes ist nothwendig, daß die nachstehenden Erfordernisse zusammentreffen:

1) die Mehrzahl der im Termin persönlich oder durch Bevollmächtigte anwesenden stimmberechtigten Gläubiger muß in den Akkord ausdrücklich einwilligen; steht eine Forderung mehreren Personen, getheilt oder ungetheilt, zu, so gelten sie zusammen nur für eine Person;
2) die Gesammtsumme der den einwilligenden Gläubigern zustehenden Forderungen muß wenigstens drei Viertheile der Gesammtsumme aller zum Mitstimmen berechtigenden Forderungen (§. 179.) betragen;
3) der Akkord muß allen Gläubigern, deren Forderungen durch denselben betroffen werden, gleiche Rechte gewähren; eine ungleiche Bestimmung der Rechte ist nur mit ausdrücklicher Einwilligung der zurückgesetzten Gläubiger zulässig.

§. 187. Die Verhandlung über den Akkord muß, wenn derselbe im ersten Termin nicht zu Stande gekommen ist, in einem neuen Termin noch einmal wiederholt werden:

1) wenn im ersten Termin die Mehrzahl der anwesenden stimmberechtigten Gläubiger in den Akkord einwilligt, die Gesammtsumme ihrer Forderungen aber nicht den vorgeschriebenen Betrag erreicht (§. 186. Nr. 2.);
2) wenn für den vorgeschriebenen Betrag die Einwilligung vorhanden ist, jedoch die Zahl der Einwilligenden nicht die Mehrheit der anwesenden stimmberechtigten Gläubiger bildet.

Der Kommissar hat beim Schlusse des ersten Termins den neuen Termin nach acht Tagen anzusetzen und den Anwesenden bekannt zu machen.

§. 188. Bei der Wiederholung der Verhandlung und Beschlußfassung über den Akkord (§. 187.) kommen die für das erste Akkord-Verfahren ertheilten Vorschriften zur Anwendung.

Die Vorschläge, Zugeständnisse und Beschlüsse der ersten Versammlung haben im Falle der Wiederholung des Verfahrens keine Wirkung.

§. 189. Der Antrag auf Schließung des Akkords ist unzulässig, wenn der Gemeinschuldner sich auf flüchtigen Fuß gesetzt hat, oder wenn derselbe wegen betrüglichen Bankerutts auch nur vorläufig in Anklagestand versetzt ist, bis er freigesprochen oder endgültig außer Verfolgung gesetzt worden ist.

Durch die Eröffnung der Untersuchung und die Verurtheilung des Gemeinschuldners wegen einfachen Bankerutts wird der Akkord nicht ausgeschlossen; jedoch ist vor der Beschlußfassung die Aeußerung der Staatsanwaltschaft über die in der Untersuchung ermittelten Thatumstände einzuholen und den Gläubigern mitzutheilen.

Die alte Konkurs-Ordnung kennt den Akkord nur in den Fällen, wenn ein Dritter für den Schuldner den Gläubigern Ver-

gleichsvorschläge macht, nicht, wenn dies von Seiten des Gemeinschuldners selbst geschieht (§§. 5. u. 6. Tit. 49. und §§. 589., 590. Tit. 50. Thl. I. A. G. O.). Diese Unterscheidungen hebt das neue Gesetz auf, erkennt es folgerichtig als ganz einerlei an, wer die Vergleichsvorschläge macht, und macht die Genehmigung des Arrangements von dem Willen der Mehrheit der Gläubiger abhängig. Welche Gläubiger sind nun berechtigt, an den Verhandlungen über den Akkord Theil zu nehmen? Nach der alten Konkurs-Ordnung alle, die bevorrechteten und die nicht bevorrechteten (§. 601. Tit. 50. Thl. I. A. G. O.). Sie stimmen nur in Klassen, keine Klasse kann der andern präjudiziren, und die Pluralität der Forderungen giebt den Ausschlag (§. 607. ebendas.). Das neue Gesetz macht hierin einen sehr praktischen und wesentlichen Unterschied. Es scheidet von dem Akkord alle bevorrechteten Gläubiger aus und behält diesen privilegirten Gläubigern ihre bevorrechtete Stellung vor (§. 185.). Will einer der privilegirten Gläubiger an dem Akkord Theil nehmen, so muß er für den Betrag der Forderung, mit der er participiren will, auf sein Vorrecht verzichten. Ueber die Erfordernisse des Abschlusses des Akkordes s. §§. 186. ff. Unzulässig ist der Akkord in den im §. 189. aufgezählten Fällen.

II. Von der gerichtlichen Bestätigung des Akkordes.

§. 190. Der abgeschlossene Akkord bedarf, um rechtliche Wirkung zu erlangen, der gerichtlichen Bestätigung.

§. 191. Das Konkursgericht hat über die Bestätigung des Akkordes durch Erkenntniß zu entscheiden.

Die Entscheidung erfolgt auf den Vortrag des Kommissars in öffentlicher Sitzung, welche durch Aushang an der Gerichtsstelle bekannt gemacht wird und welche möglichst bald, jedoch nicht vor Ablauf von zehn Tagen seit dem Abschlusse des Akkords stattfinden muß.

Inwiefern vor der Entscheidung noch Ermittelungen durch Vernehmung des Gemeinschuldners, des Verwalters der Masse oder eines Gläubigers, oder auf andere Weise stattfinden sollen, hat das Gericht zu ermessen.

Dem Gemeinschuldner wird eine Ausfertigung des Erkenntnisses zugestellt; hinsichtlich der übrigen Betheiligten genügt die Verkündigung desselben in der Sitzung.

§. 192. Jeder Gläubiger, welcher berechtigt war, an der Beschlußfassung über den Akkord Theil zu nehmen, kann innerhalb zehn Tagen nach dem Abschlusse des Akkords Einspruch dagegen erheben, um die Bestätigung zu verhindern.

Der Einspruch muß schriftlich oder zu Protokoll bei dem Konkurs-Gericht angebracht werden; er ist dem Gemeinschuldner, als der Gegenpartei, sowie dem Verwalter der Masse mitzutheilen.

Demnächst wird in der Sitzung (§. 185.), ohne daß es einer vorgängigen besonderen Vorladung der Betheiligten bedarf, über den Einspruch mündlich verhandelt. Die Parteien oder deren Vertreter können dabei zur weiteren Ausführung ihrer Rechte das

Wort ergreifen; der Verwalter der Masse wird mit seinen Erklärungen gehört.

Ueber den Einspruch wird in demselben Urtheil entschieden, welches über die Bestätigung des Akkords ergeht.

§. 193. Das Gericht hat die Bestätigung des Akkords zu versagen:

1) wenn die für das Verfahren und für den Abschluß des Akkords gegebenen Vorschriften nicht beobachtet sind;
2) wenn gegründeter Verdacht vorhanden ist, daß der Gemeinschuldner sich der heimlichen Begünstigung eines Gläubigers vor dem andern schuldig gemacht hat, oder ein Betrug bei der Zustandebringung des Akkords begangen worden ist;
3) wenn in anderer Weise das Interesse der öffentlichen Ordnung, oder das Interesse der Gläubiger durch den Akkord benachtheiligt erscheint.

§. 194. Für das Verfahren und das Erkenntniß kommen keine besonderen Gerichtsgebühren zum Ansatz.

Die gerichtlichen baaren Auslagen und die außergerichtlichen Kosten hat in jedem Falle der Gemeinschuldner zu tragen.

Die besonderen Kosten eines unbegründeten Einspruchs fallen dem einsprechenden Gläubiger zur Last.

§. 195. Dem Gemeinschuldner und jedem Gläubiger, welcher den Einspruch erhoben hat oder welcher die versagte Bestätigung des Akkords verlangt, steht das Rechtsmittel der Appellation und der Nichtigkeitsbeschwerde zu. Die Nichtigkeitsbeschwerde findet namentlich auch dann Statt, wenn das angefochtene Erkenntniß eine für die Schließung des Akkords als wesentlich zu betrachtende Vorschrift verletzt.

Die Befugniß eines Gläubigers, das Rechtsmittel einzulegen, ist von dem Betrage seiner Forderung nicht abhängig.

Das Rechtsmittel ist von dem Gläubiger innerhalb drei Tagen seit dem Tage der Verkündigung des angefochtenen Erkenntnisses und vom Gemeinschuldner innerhalb drei Tagen seit der Behändigung dieses Erkenntnisses bei dem Konkurs-Gericht einzulegen und zu rechtfertigen. Demnächst ist nach den für die Rechtsmittel in schleunigen Sachen geltenden Vorschriften weiter zu verfahren.

Als Gegenpartei sind zuzuziehen, wenn das Rechtsmittel wegen versagter Bestätigung eingelegt worden ist: der Verwalter der Masse und diejenigen Gläubiger, welche Einspruch erhoben haben; wenn das Rechtsmittel wegen ertheilter Bestätigung eingelegt worden ist: der Gemeinschuldner.

Der Verwalter der Masse und andere Betheiligte können sich als Intervenienten einer der Parteien anschließen.

Die Kosten des Rechtsmittels, sowohl die gerichtlichen als die außergerichtlichen Gebühren und Auslagen, hat der unterliegende Theil zu tragen.

§. 196. Das Erkenntniß, durch welches die Bestätigung des

Akkords rechtskräftig ausgesprochen oder versagt wird, ist für alle bei dem Akkorde Betheiligten bindend, ohne Unterschied, ob sie bei dem Verfahren als Partei aufgetreten sind oder nicht.

Die rechtliche Wirkung des Akkords macht das neue Gesetz von der Prüfung und Bestätigung des Konkurs-Gerichts abhängig und stimmt darin mit neueren Gesetzgebungen überein (§§. 190. ff.) (s. franz. Fallimentsgesetz Art. 514., 515.); es gestattet folgerichtig den Einspruch der zur Theilnahme am Akkord berechtigten Gläubiger (§. 192.) und verbietet die Bestätigung des Akkords in den Fällen, wo derselbe dem Interesse der Gläubiger oder dem öffentlichen Interesse nachtheilig sein würde (§. 193.). Die Wirkung des Erkenntnisses über den Akkord ist natürlich für alle Betheiligte gleich bindend.

III. Von den Wirkungen des bestätigten Akkords.

§. 197. Der rechtskräftig bestätigte Akkord gilt als Vergleich zwischen dem Gemeinschuldner und allen Konkurs-Gläubigern, die Gläubiger mögen ihre Forderungen im Konkurse angemeldet haben oder nicht, zur Theilnahme an der Beschlußfassung über den Akkord zugezogen sein oder nicht.

Jedoch sind Forderungen, für welche ein Vorzugsrecht geltend gemacht und festgestellt wird, den Wirkungen des Akkords nicht unterworfen; es müssen diese Forderungen vollständig befriedigt werden.

Dasselbe gilt von den Forderungen der Massegläubiger, ingleichen von solchen Forderungen, für welche die Gläubiger ein Hypothekenrecht, ein Pfandrecht oder ein anderes Absonderungsrecht geltend machen und nachweisen, in soweit die Forderungen durch die zu ihrer abgesonderten Befriedigung dienenden Gegenstände gedeckt sind.

§. 198. Der Akkord befreit den Gemeinschuldner von der Verpflichtung, den Ausfall zu ersetzen, welchen die Gläubiger durch den Konkurs und durch den Akkord erleiden, in soweit nicht das Gegentheil in dem Akkorde festgesetzt wird.

Dagegen werden die Rechte der Gläubiger gegen die solidarischen Mitschuldner des Gemeinschuldners und dessen Bürgen durch den Akkord nicht berührt.

§. 199. Nach erfolgter rechtskräftiger Bestätigung des Akkords hat der Verwalter der Masse die zur Sicherung der Erfüllung der akkordmäßigen Verpflichtungen festgesetzten Maaßregeln zu treffen, insbesondere muß er noch für Befriedigung der Massegläubiger aus dem für dieselben zurückzubehaltenden Deckungsfonds und für Ausantwortung, beziehungsweise Uebereignung der mit einem Rückforderungsrecht in Anspruch genommenen Gegenstände sorgen, so weit der betreffende Anspruch im Konkurse festgestellt ist. Ist dies nicht der Fall, so bleiben bis zum Ausgang des Streits diese Gegenstände unter gerichtlicher Sperre.

Sobald diese Maaßregeln getroffen worden sind, ist der Konkurs beendigt.

Der Gemeinschuldner erhält das Verwaltungs- und Verfügungsrecht über sein Vermögen zurück; es sind demselben seine Vermögensstücke, Bücher und Papiere auszuliefern. Der Verwalter hat ihm vor dem Kommissar Rechnung zu legen. Die Streitigkeiten über die Rechnungslegung des Verwalters gehören in allen Fällen vor das Konkursgericht.

Den Gläubigern, deren Forderungen nicht bereits in dem Konkurse festgestellt worden sind, bleibt überlassen, ihre Ansprüche gegen den Gemeinschuldner auszuführen.

Jedoch haben die nicht bevorzugten Konkurs-Gläubiger auch in Ansehung der nachträglich festgestellten Forderungen nur einen Anspruch auf akkordmäßige Befriedigung.

Anhängige Prozesse gehen auf den Gemeinschuldner in der Lage über, in welcher sie sich zur Zeit der Beendigung des Konkurses befinden.

Das Gericht hat öffentlich bekannt zu machen, daß der Konkurs durch Akkord beendigt worden ist.

§. 200. Ist im Akkord festgesetzt, daß für die Erfüllung desselben eine Hypothek auf die Immobilien des Gemeinschuldners eingetragen werden soll, so gehört es zu den Obliegenheiten des Verwalters, die Eintragung zu bewirken, bevor der Vermerk über die Konkurs-Eröffnung (§. 150.) gelöscht wird.

Die Löschung einer solchen Hypothek erfolgt, wenn das Konkursgericht auf den Antrag des Gemeinschuldners, nach vorgängiger öffentlicher Aufforderung der Gläubiger attestirt, daß innerhalb der in der Aufforderung bestimmten Frist kein unberichtigt gebliebener Anspruch angezeigt worden ist. Die öffentliche Bekanntmachung dieser Aufforderung ist auf die für die Bekanntmachung der Konkurs-Eröffnung vorgeschriebene Weise (§. 123.) zu bewirken; die Frist soll nicht unter vier Wochen und nicht über sechs Monate vom Tage der Aufforderung an betragen.

Findet vor erfolgter Löschung der Hypothek die nothwendige Subhastation des verhafteten Grundstücks Statt, so wird bei Vertheilung der Kaufgelder der auf diese Hypothek fallende Betrag der Kaufgelder zu einer Spezialmasse genommen und das Konkursgericht hiervon benachrichtigt. Dasselbe hat auf diese Benachrichtigung die vorgedachte öffentliche Aufforderung zu erlassen. Meldet sich innerhalb der bestimmten Frist kein Gläubiger, so wird von dem Gericht das erwähnte Attest ausgestellt und dem Subhastationsgericht mitgetheilt; das letztere hat alsdann wegen Ausschüttung der Spezialmasse das Weitere nach Lage der Sache zu verfügen und nöthigenfalls das Kaufgeldervertheilungs-Verfahren fortzusetzen. Wenn sich dagegen innerhalb der bestimmten Frist Gläubiger mit Ansprüchen an die Spezialmasse melden, so sind diese Ansprüche, so weit die Feststellung derselben nicht bereits in dem Konkurse erfolgt ist, unter Zuziehung des Gemeinschuldners

und der übrigen Betheiligten zu prüfen und festzustellen, wobei die in dem Konkursverfahren geltenden Vorschriften zur Richtschnur dienen. Das Konkursgericht theilt schließlich dem Subhastationsgericht mit, an welche Personen, in welchen Beträgen und in welcher Reihenfolge die Spezialmasse, so weit sie reicht, auszuschütten ist.

Die vorstehenden Bestimmungen finden auch in dem Falle Anwendung, wenn ein Anderer als der Gemeinschuldner eine Hypothek für die Erfüllung des Akkords bestellt hat.

§. 201. Im Falle der Nichterfüllung der akkordmäßigen Verpflichtungen ist der Akkord in Ansehung aller Forderungen vollstreckbar, welche in dem Konkurse als richtig festgestellt worden sind. Wegen anderer Forderungen findet die Exekution in Gemäßheit des Akkords erst dann Statt, wenn der Gläubiger für die Forderung einen vollstreckbaren Titel erlangt hat.

Die Exekution zur Erfüllung der akkordmäßigen Verpflichtungen kann durch sofortigen Personal-Arrest gegen den Gemeinschuldner vollstreckt werden; die Exekution in das Vermögen ist neben der Exekution gegen die Person des Gemeinschuldners zulässig.

Wegen Forderungen, welche den Wirkungen des Akkords nicht unterworfen sind, ist die Exekution gegen den Gemeinschuldner ebenfalls zulässig, so weit die Forderungen in dem Konkurse als richtig festgestellt worden sind.

Der gerichtlich bestätigte Akkord ist für alle gleichberechtigte Gläubiger gleichverbindlich, mögen sie an der Beschlußfassung über den Akkord Theil genommen haben oder nicht (§. 197.). Der Konkurs hört selbstredend dadurch auf, und der Gemeinschuldner erhält das Verwaltungsrecht und Dispositionsrecht über sein Vermögen zurück (§. 199.). Ueber die Fälle, wo es im Interesse der Gläubiger liegt, daß die durch Eintragung der Konkurs-Eröffnung in die Hypothekenbücher auf die Immobilien des Gemeinschuldners ihnen gewährte Sicherheit noch bestehen bleibt; ferner, wenn es im Interesse des Gemeinschuldners und der Gläubiger liegt, daß letztere auf diese Eintragung verzichten, bestimmt das Gesetz das Nähere in den §§. 200. und 201.

IV. Von der Nichtigkeit des Akkords.

§. 202. Wird der Gemeinschuldner nachträglich wegen betrüglichen Bankerutts rechtskräftig verurtheilt, so tritt von Rechtswegen die Nichtigkeit des Akkords ein.

Wird eine Voruntersuchung wegen betrüglichen Bankerutts gegen den Gemeinschuldner nachträglich eingeleitet, so kann das Konkursgericht auf den Antrag eines Gläubigers oder von Amtswegen Maaßregeln zur Sicherung des Vermögens anordnen. Diese Maaßregeln treten außer Kraft, sobald der Gemeinschuldner rechts-

kräftig freigesprochen oder endgültig außer Verfolgung gesetzt worden ist.

§. 203. Eine Klage auf Vernichtung des Akkords wegen Betrugs kann von jedem durch den Akkord betroffenen Gläubiger gegen den Gemeinschuldner erhoben werden, wenn erst nach Ablauf der zur Einlegung des Einspruchs gegen die Bestätigung des Akkords bestimmten Frist entdeckt wird, daß das zur Konkursmasse gehörige Vermögen theilweise verheimlicht oder bei Seite geschafft worden ist, oder daß Schulden ganz oder theilweise erdichtet sind, oder daß einem oder mehreren Gläubigern, ohne deren Einwilligung die gesetzlichen Erfordernisse zum Akkord nicht vorhanden gewesen wären, für ihre ertheilte Einwilligung von dem Gemeinschuldner oder von einer anderen Person ein besonderer Vortheil heimlich gewährt oder versprochen worden ist.

Die Klage verjährt binnen fünf Jahren, vom Tage der gerichtlichen Bestätigung des Akkords an gerechnet.

§. 204. Die Klage auf Vernichtung des Akkords (§. 203.) ist bei dem Konkursgericht anzubringen.

Bei der Einleitung der Klage sind die übrigen durch den Akkord betroffenen Gläubiger von der Anstellung des Prozesses mittelst einer öffentlichen Anzeige zu benachrichtigen. Die öffentliche Bekanntmachung dieser Anzeige erfolgt auf die für die Bekanntmachung der Konkurs-Eröffnung vorgeschriebene Weise [§. 123.).

Jeder durch den Akkord betroffene Gläubiger hat die Befugniß, von der Klage in dem Büreau des Gerichts Kenntniß zu nehmen und in den Prozeß als Intervenient einzutreten.

Wird die Klage begründet gefunden, so hat das Erkenntniß die Vernichtung des Akkords in Bezug auf alle bei demselben Betheiligten auszusprechen.

Wird die Klage rechtskräftig zurückgewiesen, so ist das Erkenntniß für alle durch den Akkord betroffenen Gläubiger bindend.

§. 205. Durch den Eintritt der Nichtigkeit des Akkords wegen betrüglichen Bankerutts (§. 202.) und durch Vernichtung desselben wegen Betrugs (§§. 203. 204.) werden diejenigen, welche eine Bürgschaft für die Erfüllung der akkordmäßigen Verpflichtungen des Gemeinschuldners übernommen haben, von ihrer Verbindlichkeit frei, sofern sie nicht bei Uebernahme der Bürgschaft Kenntniß von den Thatsachen gehabt haben, welche den Betrug enthalten.

V. Von den Folgen der Nichtigkeit des Akkords

§. 206. Der Eintritt der Nichtigkeit, so wie die rechtskräftige Vernichtung des Akkords bewirkt die Fortsetzung des Konkurses. Dieselbe ist ebenso, wie die Eröffnung des Konkurses, von dem Gericht auszusprechen (§§. 110. 121.) und bekannt zu machen (§. 123.).

So weit es nöthig, ist das für den Fall der Eröffnung des Konkurses vorgeschriebene Verfahren zu wiederholen.

Die Befugniß zur Theilnahme an dem Konkurse steht nicht nur den Gläubigern zu, welche bereits zur Zeit der früheren Konkurs-Eröffnung vorhanden waren, sondern auch den neuen Gläubigern des Gemeinschuldners. Jedoch haben die neuen Gläubiger, den anderen Gläubigern gegenüber, keinen Anspruch auf Befriedigung aus einer für die Erfüllung des Akkords bestellten Hypothek (§. 200.) und aus einem Faustpfande, welches zur Sicherung der akkordmäßigen Verpflichtungen bestellt worden ist.

Die Berufung der sämmtlichen Gläubiger und die Prüfung der Forderungen erfolgt nach den Vorschriften des sechsten Abschnitts.

Hinsichtlich der früher angemeldeten und zur Prüfung gezogenen Forderungen findet eine neuei Prüfung nicht Statt, vorbehaltlich des Abzuges der seit dem Akkord geleisteten Zahlungen.

Ein nochmaliger Akkord kann nicht geschlossen werden.

§. 207. Hinsichtlich der Anfechtung von Rechtshandlungen, welche der Gemeinschuldner in der Zeit zwischen dem Abschlusse des Akkords und dem Wiedereintritte des Konkurses vorgenommen hat, finden dieselben Bestimmungen Anwendung, welche für den Fall der Eröffnung des Konkurses ertheilt sind (Tit. 1. Abschnitt 11.).

In sofern es bei den Bestimmungen über die Anfechtung von Rechtshandlungen des Gemeinschuldners auf den Tag der Zahlungseinstellung und der Konkurs-Eröffnung ankommt, gilt als Zahlungseinstellung der Eintritt der Nichtigkeit oder die rechtskräftige Vernichtung des Akkords; als Konkurs-Eröffnung ist der Zeitpunkt anzusehen, in welchem das Gericht die Fortsetzung des Konkurses ausgesprochen hat.

§. 208. Die Gläubiger, welche durch den Akkord betroffen wurden, treten dem Gemeinschuldner gegenüber in ihre vollen Rechte zurück.

Dieselben haben zur Masse nicht die Zahlungen zurückzugewähren, welche sie gemäß dem Akkorde in gutem Glauben empfangen haben.

Ist ein durch den Akkord betroffener Gläubiger für dasjenige, was er gemäß dem Akkorde zu erhalten hatte, bereits vollständig befriedigt, so bleibt seine ganze ursprüngliche Forderung getilgt.

Hat er nur einen Theil des Betrages erhalten, der ihm nach dem Akkorde gebührt, so kann er in dem fortgesetzten Konkurse als Gläubiger für denjenigen Theil seiner ursprünglichen Forderung auftreten, welcher sich zu dieser ganzen Forderung verhält, wie der noch rückständige Theil seiner Forderung aus dem Akkorde zu der ganzen akkordmäßigen Forderung.

Hat er überhaupt noch keine Zahlung empfangen, so kann er gegen die Masse seine ganze ursprüngliche Forderung geltend machen.

§. 209. Die vorstehenden Bestimmungen (§. 206.) sind auch in dem Falle maaßgebend, wenn ohne vorherige Wiederaufhebung

des Akkords ein neuer Konkurs über das Vermögen des Gemeinschuldners eröffnet wird.

VI. Von außergerichtlichen Vergleichen.

§. 210. Kein Gläubiger kann genöthigt werden, sich auf außergerichtliche Unterhandlungen wegen eines Vergleichs zur Beseitigung des Konkurses einzulassen; die Eröffnung und Fortsetzung des Konkurses wird durch solche Unterhandlungen nicht aufgehalten.

Wenn jedoch der Gemeinschuldner nach dem Ablauf der Anmeldungsfristen nachweist, daß sämmtliche Gläubiger, welche ihre Forderungen angemeldet haben, in die Aufhebung des Konkurses willigen, so ist mit der Einstellung des Konkurses zu verfahren.

Die rechtliche Wirkung außergerichtlicher Vergleiche macht das neue Konkurs-Gesetz also von zwei Erfordernissen abhängig: Einwilligung aller Gläubiger und daß die Berufung der Gläubiger behufs ihrer Ermittelung stattgefunden hat. Vor dem Ablauf des spätesten allgemeinen Anmeldungstermins kann deshalb der Vergleich nicht stattfinden.

Achter Abschnitt.

Von dem definitiven Verwalter der Masse und dem Verwaltungsrathe.

§. 211. Zur Bestellung des definitiven Verwaltungspersonals wird nach Abhaltung des ersten allgemeinen Prüfungstermins (§. 164.) geschritten, wenn die Abschließung eines Akkords nicht beantragt worden, oder wenn der Akkord überhaupt oder vorläufig gesetzlich unzulässig ist.

In andern Fällen findet die Bestellung des definitiven Verwaltungspersonals Statt, sobald der Akkord von den Gläubigern endgültig verworfen oder die Bestätigung des geschlossenen Akkords von dem Gericht rechtskräftig versagt worden ist.

§. 212. Das definitive Verwaltungspersonal besteht aus dem definitiven Verwalter der Masse; auch kann ein Verwaltungsrath von zwei oder drei Mitgliedern bestellt werden.

§. 213. Die Konkurs-Gläubiger oder deren Bevollmächtigte haben den definitiven Verwalter und die Mitglieder des Verwaltungsraths in Vorschlag zu bringen; für das Amt des definitiven Verwalters sind von jedem Gläubiger drei Personen zu bezeichnen.

Die Vorschläge der Gläubiger sind sogleich in dem ersten Prüfungstermin zu erfordern, wenn dies nach Lage der Sache geschehen kann; andernfalls hat der Kommissar einen besonderen Termin anzuberaumen und zu demselben alle Gläubiger vorzuladen, deren Forderungen bereits ganz oder theilweise festgestellt worden sind.

Das Gericht ernennt demnächst den definitiven Verwalter und den Verwaltungsrath aus der Zahl der vorgeschlagenen Personen.

In gleicher Weise können für den Fall, daß der definitive Verwalter oder Mitglieder des Verwaltungsraths ausscheiden, Ersatzmänner im Voraus bestimmt werden.

§. 214. Bei der Bestellung des definitiven Verwaltungspersonals ist nach folgenden Vorschriften zu verfahren:

1) das Amt des definitiven Verwalters ist einem geschäftskundigen Manne zu übertragen, welcher am Sitze des Gerichts oder an dem Orte, wo das Hauptgeschäft des Gemeinschuldners sich befindet, oder in deren Nähe seinen Wohnsitz hat;
2) das Amt als Mitglied des Verwaltungsraths ist nur solchen Personen zu übertragen, welche am Wohnorte des Verwalters oder in dessen unmittelbarer Nähe ihren Wohnsitz haben; es sollen zu Mitgliedern des Verwaltungsraths geschäftskundige Gläubiger, oder Bevollmächtigte der Gläubiger, in deren Ermangelung aber andere geeignete Personen bestellt werden;
3) der definitive Verwalter und die Mitglieder des Verwaltungsraths sind nach ihrer Ernennung von dem Kommissar auf die gewissenhafte Ausführung der ihnen obliegenden Amtsverrichtungen mittelst Handschlags an Eidesstatt zu verpflichten; wird der einstweilige Verwalter zum definitiven ernannt, so ist derselbe auf die frühere Verpflichtung zu verweisen;
4) die Ernennung des definitiven Verwalters ist auf die für die Bekanntmachung der Konkurs-Eröffnung vorgeschriebene Weise (§. 123.) öffentlich bekannt zu machen; zugleich hat das Gericht dem definitiven Verwalter eine Bestallung zu seiner Legitimation zu ertheilen.

§. 215. Der definitive Verwalter ist der Vertreter der Gläubigerschaft und der Masse.

Seine Aufgabe ist, die Liquidation der Masse, die Feststellung der an dieselbe erhobenen Ansprüche und die Befriedigung der Gläubiger zu betreiben.

Die Vorschriften, welche in den §§. 131. bis 135. über die Befugnisse und Obliegenheiten des einstweiligen Verwalters, über seine Entlassung, über die Belohnung und Entschädigung für seine Geschäftsführung, sowie über die Bestellung eines Spezialvertreters der Gläubigerschaft und der Masse gegeben sind, gelten auch in Betreff des definitiven Verwalters.

§. 216. Im Falle eines außerordentlichen Umfanges der Verwaltungsgeschäfte können nach Anhörung des definitiven Verwalters und auf gutachtliche Aeußerung des Kommissars dem definitiven Verwalter für bestimmte Zweige der Verwaltung besondere Verwalter beigegeben werden.

Die Bestellung der besonderen Verwalter erfolgt nach den für die Bestellung des definitiven Verwalters ertheilten Vorschriften (§. 214.).

Die besonderen Verwalter haben innerhalb der ihnen überwiesenen Geschäftskreise die Rechte und Pflichten des definitiven Verwalters. Der Letztere ist für die Geschäftsführung desselben nicht verantwortlich; er ist jedoch befugt, von ihnen jede die Verwaltung betreffende Auskunft zu verlangen auch geeignetenfalls ihre Entlassung zu beantragen.

§. 217. Der Geschäftskreis des Verwaltungsraths erstreckt sich auf die Mitwirkung desselben bei der Liquidation der Masse in den gesetzlich bestimmten Fällen.

Der Verwaltungsrath hat innerhalb dieses Geschäftskreises das Interesse der Gläubigerschaft und der Masse wahrzunehmen.

§. 218. In den Fällen, in welchen die Mitwirkung des Verwaltungsraths erforderlich ist, wird derselbe von dem Kommissar zur Berathung und Beschlußfassung berufen; der Kommissar leitet die Berathungen.

Der definitive Verwalter nimmt an den Berathungen und Beschlüssen des Verwaltungsraths Theil; zur Beschlußnahme ist die Theilnahme des definitiven Verwalters und zweier Mitglieder erforderlich. Die Beschlüsse werden nach Stimmenmehrheit gefaßt; bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des definitiven Verwalters.

Die Ausführung der Beschlüsse erfolgt durch den definitiven Verwalter.

Der Kommissar ertheilt die Ausfertigungen der Beschlüsse oder die Ermächtigungen auf Grund derselben, wenn solche zur Legitimation des definitiven Verwalters erforderlich sind.

§. 219. Die Mitglieder des Verwaltungsraths können ihres Amts entlassen werden, wenn sie ihren Verpflichtungen nicht gehörig nachkommen. Hierbei ist ebenso wie bei der Entlassung des einstweiligen Verwalters (§. 133.) zu verfahren.

Eine Belohnung haben die Mitglieder des Verwaltungsraths für ihre Geschäftsführung nicht zu fordern; es werden ihnen nur ihre Auslagen erstattet.

Nach der alten Konkurs=Ordnung besteht das definitive Verwaltungspersonal aus dem Kurator. Der Kurator wird im Liquidationstermin durch die Gläubiger gewählt. Bei der Wahl entscheidet die Pluralität der Forderungen. Die Bestimmung des Gerichts tritt nur hinzu, wenn diese Pluralität nicht ohne Weiteres ausgemittelt werden kann. Vgl. §§. 66. ff. Tit. 50. Thl. I. A. G. O. Diese Grundsätze sind in mancher Beziehung von falschen Prämissen diktirt. Einestheils wurde auf diese Weise das Interesse der nicht zugezogenen Gläubiger und des Gemeinschuldners nicht wahrgenommen, anderntheils wirkten Gläubiger bei der Wahl mit, die sich als solche noch gar nicht genügend ausgewiesen hatten. Hiervon ausgehend, ernennt nach dem neuen Konkurs=Gesetz das Gericht den Kurator, und zwar aus den Personen, welche die Konkurs=Gläubiger vorgeschlagen haben (§§. 211.—213.).

Neben dem Kurator schreibt die neue Konkurs=Ordnung in Uebereinstimmung mit neuern Konkurs=Gesetzgebungen, sehr zweck=

mäßig, sowohl im Interesse der Gläubiger, wie des Gemeinschuldners die Einsetzung eines Verwaltungsraths vor (§§. 216.—219.).

Neunter Abschnitt.

Von der Liquidation der Masse.

§. 220. Der definitive Verwalter übernimmt die Masse und die Geschäfte von dem einstweiligen Verwalter.

Der Letztere hat über seine Geschäftsführung dem definitiven Verwalter Rechnung zu legen.

Die Abnahme der Rechnung erfolgt vor dem Kommissar unter Zuziehung des Verwaltungsraths und des Gemeinschuldners, sofern derselbe ohne Aufenthalt zu erlangen ist.

§. 221. Der definitive Verwalter hat die bisherigen Geschäfte zu Ende zu führen und für die Feststellung und Realisirung der Masse zu sorgen.

Er hat insbesondere den Verkauf der noch unveräußerten Gegenstände zu betreiben; der Verkauf kann nach den im Exekutionsverfahren geltenden Vorschriften oder in Abweichung von denselben bewirkt werden.

In Betreff des Geldverkehrs sind die Vorschriften maaßgebend, welche für die Dauer der Geschäftsführung des einstweiligen Verwalters zur Anwendung kommen (§. 161.).

Der definitive Verwalter handelt bei seiner Geschäftsführung selbstständig, soweit nicht nachstehend Beschränkungen festgesetzt sind.

§. 222. Der definitive Verwalter bedarf der Genehmigung oder Ermächtigung des Verwaltungsraths, oder wenn ein solcher nicht bestellt worden ist, der Genehmigung oder Ermächtigung des Kommissars:

1) zur Anerkennung von Vindikationsansprüchen, wenn es sich um Gegenstände handelt, deren Taxwerth den Betrag von funfzig Thalern übersteigt;
2) zur Abschließung von Vergleichen, wenn der Werth des streitigen Gegenstandes den Betrag von funfzig Thalern übersteigt:
3) zur Anstellung von Klagen, zur Anfechtung von Rechtshandlungen des Gemeinschuldners, zur Aufhebung von Rechtsgeschäften desselben und zum Eintritt in solche Rechtsgeschäfte.

§. 223. Der definitive Verwalter bedarf der Genehmigung oder Ermächtigung des Verwaltungsraths, oder wenn ein solcher nicht bestellt worden ist, der Genehmigung oder Ermächtigung des Kommissars, und in beiden Fällen der demnächstigen Bestätigung des Beschlusses durch das Gericht:

1) wenn Immobilien, Gerechtigkeiten oder Schiffe aus freier Hand veräußert werden sollen;

5*

2) wenn es sich um die Anerkennung von Vindikationsansprüchen, um die Abschließung von Vergleichen und um die Anstellung von Klagen handelt, in sofern die Vindikationsansprüche, die Vergleiche und Klagen Immobilien, Gerechtigkeiten oder Schiffe betreffen.

Von der Entscheidung des Gerichts über die Ertheilung der Bestätigung in den vorstehenden Fällen (Nr. 1. u. 2.) hat der Kommissar den Gemeinschuldner, sofern derselbe ohne Aufenthalt vernommen werden kann, mit seiner Ansicht zu hören.

§. 224. Dem Gemeinschuldner kann auf dessen Antrag und nach Anhörung der Gläubiger eine Unterstützung zu seinem Unterhalt und zum Unterhalt seiner Familie gewährt werden.

Die Vernehmung der Gläubiger findet in dem Termine Statt, in welchem die Vorschläge wegen Bestellung des definitiven Verwaltungspersonals gemacht werden (§. 213.).

Ueber die Gewährung der Unterstützung, sowie über den Betrag und die Dauer derselben wird von dem Gericht auf gutachtliche Aeußerung des definitiven Verwalters durch Beschluß entschieden; die Dauer der Unterstützung darf nicht den Zeitraum eines Jahres und in allen Fällen nicht die Dauer des Konkurses übersteigen.

§. 225. Der Kommissar führt die Aufsicht über die Liquidation der Masse; der definitive Verwalter ist verpflichtet, ihm vierteljährlich einen Bericht über die Lage der Sache zu erstatten.

Der Kommissar hat namentlich darauf zu sehen, daß das Liquidationsgeschäft ordnungsmäßig und ohne Unterbrechung betrieben wird, daß die Beschlüsse des Verwaltungsraths nach Vorschrift der Gesetze gefaßt werden und daß die Ausführung der Beschlüsse deren Inhalt gemäß erfolgt.

Hat er gegen die Gesetzlichkeit einer Maaßregel Bedenken, so kann er deren Ausführung einstweilen untersagen und die Entscheidung des Gerichts einholen.

§. 226. Wenn der Gemeinschuldner Vermögen im Auslande besitzt, so ist in Ansehung desselben nach den bestehenden Staatsverträgen zu verfahren.

In Ermangelung vertragsmäßiger Bestimmungen hat der definitive Verwalter die Feststellung und Realisirung des ausländischen Vermögens, sowie die Auslieferung desselben an die inländische Konkurs-Masse, auf dem kürzesten Wege zu betreiben.

Wird im Auslande ein Privatkonkurs über das dortige Vermögen eröffnet, so muß der definitive Verwalter dabei das Interesse der inländischen Konkurs-Masse wahrnehmen.

Zehnter Abschnitt.

Von der Feststellung der streitigen Forderungen der Konkurs-Gläubiger.

§. 227. Ueber die Forderungen, welche in den Prüfungsterminen hinsichtlich der Richtigkeit oder des Vorrechts streitig

geblieben sind, wird zwischen den festgestellten Parteien (§§. 169. 171. 172.) in besonderen Prozessen verhandelt und entschieden.

§. 228. Die Verhandlung und Entscheidung über die streitigen Ansprüche gehört vor das Konkurs-Gericht, sofern dasselbe für Ansprüche dieser Art überhaupt kompetent ist.

Die Verhandlung und Entscheidung erfolgt durch die zuständigen Abtheilungen oder Einzelrichter des Konkurs-Gerichts.

§. 229. Den Gläubigern, deren Forderungen streitig sind, bleibt überlassen, die Einleitung der Spezialprozesse bei dem Prozeßrichter zu betreiben.

Zu diesem Behuf hat der Kommissar jedem Gläubiger eine Abschrift seiner Anmeldung, sowie des im Prüfungstermin aufgenommenen Protokolls und einen Auszug aus der zu demselben gehörenden tabellarischen Nachweisung in beglaubigter Form zu ertheilen, auch die überreichten Urkunden zurückzugeben.

§. 230. Bei dem Verfahren in den Spezialprozessen kommen lediglich die für den ordentlichen Prozeß geltenden Vorschriften zur Anwendung; besondere Prozeßarten sind ausgeschlossen.

Eignet sich eine Forderung zum Verfahren im Bagatellprozeß, so findet der Erlaß eines Mandats nicht Statt.

Der Gläubiger hat bei Anstellung des Spezialprozesses eine vollständige Klage einzureichen und die ihm nach §. 229. ertheilte beglaubigte Abschrift nebst Auszug beizufügen.

Er kann seine Forderung nur in dem Umfange geltend machen, in welchem er sie angemeldet hat. Eine Erweiterung des Anspruchs in Betreff des Betrages oder des Vorrechts ist in dem Spezialprozesse nicht zulässig; dieselbe kann nur mittelst einer neuen Anmeldung geltend gemacht werden.

§. 231. Ist eine Forderung bedingt, so ist im Erkenntnisse zugleich die Bedingung auszusprechen, unter der sie zur Befriedigung gelangen soll.

Bei Forderungen, welche erst künftig fällig werden, sind die Fälligkeitstermine anzugeben.

Forderungen, welchen zugleich ein Absonderungsrecht zusteht, sind mit ihrem vollen Betrage, jedoch unter Vorbehalt der Kürzung derjenigen Summe anzusetzen, welche der Gläubiger durch die Ausübung des Absonderungsrechts erlangt.

§. 232. Wenn eine Forderung, deren Richtigkeit und Vorrecht streitig ist, in Ansehung ihrer Richtigkeit abgewiesen wird, so ist gleichwohl in dem Erkenntnisse hinsichtlich des Vorrechts für den Fall zu entscheiden, daß die Forderung in höherer Instanz für richtig anerkannt werden sollte.

§. 233. Wenn der Prozeß über die Richtigkeit einer Forderung vor der Konkurs-Eröffnung angestellt worden ist und bereits bei einem anderen Gericht oder in einer höhern Instanz schwebt, so entscheidet das Konkursgericht nur über das Vorrecht, sofern dasselbe streitig ist.

§. 234. Findet wegen einer Forderung der Rechtsweg nicht Statt,

oder ist das Konkurs-Gericht aus einem anderen, in der Beschaffenheit der Forderung liegenden Grunde nicht kompetent (§. 228.), so gehört die Erörterung und Entscheidung über die Richtigkeit der Forderung vor die dazu kompetente sonstige Behörde; das Konkurs-Gericht entscheidet demnächst nur über das Vorrecht, sofern dasselbe streitig ist.

§. 235. In Ansehung der Insinuation der ergehenden Erkenntnisse, sowie in Ansehung der Rechtsmittel hat es bei den allgemeinen Prozeßvorschriften sein Bewenden.

§. 236. Ueber die Verpflichtung zur Tragung der Kosten des Spezialprozesses ist lediglich nach den allgemeinen Prozeßvorschriften zu entscheiden.

Soweit hiernach die Kosten der Gläubigerschaft zur Last fallen, gehören dieselben zu den Kommunkosten.

§. 237. Wenn ein Anspruch hinsichtlich der Richtigkeit oder des Vorrechts rechtskräftig ganz oder zum Theil abgewiesen wird, so kommt dies den sämmtlichen Konkurs-Gläubigern zu Statten, auch wenn sie an dem Prozesse nicht Theil genommen haben.

Gläubiger, welche den Prozeß geführt haben, sind befugt, aus der Masse die Erstattung der durch den Prozeß erwachsenen Kosten in soweit zu verlangen, als der Betrag der Kosten nicht den Vortheil übersteigt, welcher durch das abweisende Erkenntniß erlangt ist.

§. 238. In allen Fällen, in welchen mehrere Gläubiger als Streitgenossen auftreten, haben dieselben einen gemeinschaftlichen Bevollmächtigten zur Führung des Prozesses zu bestellen; die besondere Vertretung eines Gläubigers findet lediglich auf seine Kosten Statt.

Nach der alten Konkurs-Ordnung wurde die Passivmasse in der Art konstruirt, daß zwar die Prozesse besonders instruirt, über alle Ansprüche jedoch, streitige und nichtstreitige, in einem Erkenntnisse, im sogenannten Klassifikations-Erkenntnisse, entschieden und jedem Anspruche dort sein Platz angewiesen wurde (s. §. 138. Tit. 50. Thl. I. A. G. O. Das neue Gesetz hat hier bedeutende und sehr praktische Aenderungen getroffen. Ueber die streitigen Ansprüche der Gläubiger wird im Spezialprozesse nicht allein verhandelt, sondern auch entschieden. Der Anspruch eines Gläubigers hält den Anspruch des andern nicht mehr auf. Es wird keine Zeit verloren und das Interesse des Einzelgläubigers nicht gefährdet (§§. 227., 228.). Die Einleitung der Spezialprozesse zu betreiben, ist natürlich Sache der Gläubiger, deren Forderungen streitig sind. Das Prozeßverfahren richtet sich nach den Formen des ordentlichen Prozesses (V. v. 1. Juni 1833 und V. v. 21. Juli 1846). Besondere Prozeßformen (Wechselprozesse, Mandatsprozesse) sind ausgeschlossen. Die Erkenntnisse gelten als Norm sowohl für den einzelnen Gläubiger, über dessen Forderung darin abgeurtelt ist, als auch für alle anderen Gläubiger. Vgl. §§. 179.—181. Tit. 50. Thl. I. A. G. O.

Elfter Abschnitt.

Von den Vertheilungen an die Konkurs-Gläubiger.

§. 239. Nach Bestellung des definitiven Verwalters können Vertheilungen und Zahlungen an die Konkurs-Gläubiger stattfinden, sobald ein hinlänglicher Massebestand vorhanden ist.

Wenn jedoch zur Anmeldung der Forderung eine zweite Frist gestattet ist (§§. 166., 167.), so sind Vertheilungen und Zahlungen an die Konkurs-Gläubiger erst nach Abhaltung des zweiten Prüfungstermins zulässig.

§. 240. Auf bevorzugte Forderungen können die Zahlungen von dem Kommissar nach Anhörung des definitiven Verwalters ohne Weiteres verfügt werden, wenn die Forderungen nach Umfang und Vorrecht feststehen und der verfügbare Bestand der Masse zur vollständigen Befriedigung aller übrigen Forderungen, welche besser oder gleichberechtigt sind, zulänglich bleibt, auch für die Kommunkosten und übrigen Masseschulden, sowie für diejenigen, welche ein Rückforderungsrecht geltend gemacht haben, genügende Deckung vorhanden ist.

§. 241. Außer diesem Falle (§. 240.) hat zum Zweck einer jeden Vertheilung an die Konkurs-Gläubiger der Kommissar einen Theilungsplan durch den definitiven Verwalter entwerfen zu lassen. Nöthigenfalls ist dabei ein Rechnungsverständiger zuzuziehen.

In dem Theilungsplane ist zuvörderst der vorhandene verfügbare Bestand der Masse festzustellen. Dabei muß hauptsächlich auf die Deckung der Kommunkosten und der übrigen Masseschulden, unter angemessener Beachtung der künftig noch zu erwartenden Deckungsmittel, Rücksicht genommen werden.

Sodann sind die sämmtlichen Forderungen der Konkurs-Gläubiger einzeln aufzuführen und in ihren Beträgen darzustellen. Ansprüche, über deren Richtigkeit, Betrag oder Rangordnung noch Streit obwaltet, sind vorläufig so zu behandeln, als wenn der geforderte höchste Betrag und das verlangte Vorrecht endgültig festgestellt wären; es muß jedoch zugleich vermerkt werden, daß und wie weit sie streitig sind.

Demnächst ist anzugeben, welche Beträge von der zu vertheilenden Masse auf die einzelnen Forderungen fallen.

§. 242. Der entworfene Theilungsplan wird in dem Büreau des Gerichts zur Einsicht für die Betheiligten ausgelegt.

Die Gläubiger, welche bis dahin ihre Forderungen angemeldet haben, sind hiervon durch Aushang an der Gerichtsstelle in Kenntniß zu setzen und zugleich aufzufordern, ihre etwaigen Erinnerungen gegen den Plan binnen einer bestimmten Frist beim Gericht anzuzeigen und in einem bestimmten Termin vor dem Kommissar zur Verhandlung darüber, sowie zur Ausführung der Vertheilung zu erscheinen.

Den Bevollmächtigten der Gläubiger (§. 179.) und den in dem Gerichtsbezirk wohnhaften Gläubigern, sofern sie nicht solche Bevollmächtigte bestellt haben, ist eine Abschrift der Aufforderung zu übersenden; jedoch ist die Wirksamkeit der Aufforderung von dieser besonderen Zustellung nicht abhängig.

Der definitive Verwalter ist zu dem Termin ebenfalls vorzuladen; die eingegangenen Erinnerungen gegen den Plan sind demselben noch vor dem Termin mitzutheilen.

§. 243. Der Kommissar verhandelt in dem Termin über die einzelnen Posten nach der Reihenfolge des Theilungsplanes, wie es zur Ausführung der Vertheilung zweckdienlich ist.

§. 244. Soweit innerhalb der bestimmten Frist (§. 242.) keine Einwendungen gegen den Plan vorgebracht worden sind, werden an die Gläubiger, deren Forderungen feststehen, die in dem Plane berechneten Antheile sofort gezahlt. Die Posten, zu welchen sich kein Empfangsberechtigter meldet, werden auf Gefahr und Kosten der betreffenden Gläubiger als Spezialmassen in gerichtlicher Aufbewahrung behalten.

§. 245. Bei denjenigen Posten, in Beziehung auf welche rechtzeitig Einwendungen vorgebracht worden sind, veranlaßt der Kommissar die Erledigung derselben zwischen den betheiligten Personen.

Findet eine Einigung derselben Statt, so wird danach der Theilungsplan ausgeführt.

Kommt dagegen eine Einigung nicht zu Stande, so stellt der Kommissar die Streitpunkte und die Parteien fest, worauf die weitere Verhandlung und die Entscheidung über die Einwendungen in besonderen Prozessen erfolgt. Zu diesem Behuf wird eine beglaubigte Abschrift der Einwendung, sowie ein Auszug aus dem Theilungsplan und der Verhandlung an die zuständige Abtheilung des Konkurs-Gerichts abgegeben; hiernächst wird von derselben ein Termin zur mündlichen Verhandlung der Sache von Amtswegen angesetzt. Die Antheile, welche auf die durch solche Einwendungen betroffenen Forderungen fallen, werden, wenn sich nicht die Parteien über eine anderweite Anlegung einigen, als Spezialmassen in gerichtlicher Verwahrung zurückbehalten; das Erkenntniß hat zugleich darüber zu entscheiden, an wen diese Antheile ausgezahlt werden sollen, oder nach Befinden die anderweite Vertheilung anzuordnen.

Wenn ein Gläubiger, welcher rechtzeitig Einwendungen gegen den Theilungsplan vorgebracht hat, in dem Termin nicht erscheint, so bleiben die Einwendungen unberücksichtigt, soweit sie nicht von dem Verwalter oder einem der erschienenen Gläubiger in dem Termine geltend gemacht werden.

Die Bestimmung über die Bestellung eines gemeinschaftlichen Bevollmächtigten in Spezialprozessen (§. 238.) findet auch auf die Prozesse über den Theilungsplan Anwendung.

§. 246. Die Beträge, welche auf streitige Forderungen

(§. 241.) vertheilt werden, sind stets als Spezialmassen in gerichtlicher Aufbewahrung zurückzubehalten und später nach Maaßgabe der ergehenden Endentscheidungen entweder an die betreffenden Gläubiger auszuzahlen, oder zur anderweiten Vertheilung zu ziehen.

§. 247. Wenn Gläubiger, welchen ein Realrecht an Grundstücken zusteht, zugleich als Konkurs-Gläubiger aufgetreten sind, so werden dieselben bei den Vertheilungen an die Konkurs-Gläubiger, welche vor der Vertheilung der Grundstücksmasse stattfinden, mit ihrer ganzen Forderung (§. 83.) angesetzt und wegen des darauf fallenden Antheils nach den obigen Vorschriften (§§. 244. bis 246.) befriedigt.

Bei der späteren Vertheilung der Grundstücksmasse werden die Realgläubiger ebenfalls mit ihrer ganzen Forderung (§. 60.) angesetzt. Jedoch wird den Realgläubigern, welche hier mit ihrer ganzen Forderung zur Hebung kommen, der aus der Masse der Konkurs-Gläubiger an sie gezahlte Betrag abgezogen und dieser Masse überwiesen. In Ansehung derjenigen Realgläubiger, welche in der Grundstücksmasse theilweise ausfallen, wird berechnet, mit welchem Antheil die ausgefallene Summe bei der Vertheilung an die Konkurs-Gläubiger, an Stelle der angesetzten ganzen Forderung, zur Hebung gekommen sein würde; was der Gläubiger mehr, als diesen Antheil, aus der Masse der Konkurs-Gläubiger empfangen hat, wird ihm von dem Betrage, mit welchem seine Forderung bei der Grundstücksmasse zur Hebung kommt, abgezogen und der Masse der Konkurs-Gläubiger überwiesen.

Nach den vorstehenden Grundsätzen ist auch zu verfahren, wenn Gläubiger, welchen ein Realrecht an Schiffen zusteht, zugleich als Konkurs-Gläubiger aufgetreten sind.

§. 248. Sind Faustpfand-Gläubiger als Konkurs-Gläubiger aufgetreten, so werden dieselben, so lange das Ergebniß ihrer abgesonderten Befriedigung aus dem Pfande nicht feststeht, bei den Vertheilungen an die Konkurs-Gläubiger mit ihrer ganzen Forderung (§. 83.) angesetzt. Der auf diese Forderung fallende Antheil wird jedoch in gerichtlicher Aufbewahrung zurückbehalten, bis der Ausfall feststeht, welchen der Faustpfand-Gläubiger bei seiner Befriedigung aus dem Pfande erleidet. Nach dem Betrage dieses Ausfalles wird alsdann die Summe ermittelt, welche dem Gläubiger aus der Masse der Konkurs-Gläubiger gebührt.

Ist bei Beendigung des Konkurs-Verfahrens das Pfand nicht verwerthet, so wird auf den Pfandgläubiger keine weitere Rücksicht genommen und das für ihn in gerichtlicher Aufbewahrung Zurückbehaltene unter die Konkurs-Gläubiger vertheilt.

§. 249. Die noch nicht fälligen Forderungen werden wie fällige behandelt.

Ist jedoch eine solche Forderung unverzinslich, so ist dieselbe nur zu demjenigen Betrage in Ansatz zu bringen, welcher mit Hinzurechnung der gesetzlichen Zinsen von diesem Betrage für die

Zeit zwischen dem Zahlungstage und dem späteren Verfalltag dem ganzen Betrage der Forderung gleichkommt.

§. 250. Hinsichtlich der bedingten Forderungen gelten für die Vertheilung folgende Grundsätze:

1) ist die Bedingung eine aufschiebende, so wird vorläufig bis zum Eintritt derselben der volle oder höchste Betrag der Forderung angesetzt und der Antheil, welcher hiernach auf die Forderung fällt, als Spezialmasse in gerichtlicher Aufbewahrung zurückbehalten; die davon aufkommenden Zinsen fließen zur Konkurs-Masse;
2) ist die Bedingung eine auflösende, so erhält der bedingte Gläubiger den auf seine Forderung fallenden Betrag nur gegen Sicherheitsbestellung wegen der Rückzahlung für den Fall des Eintritts der Bedingung. Leistet der Gläubiger keine von dem definitiven Verwalter oder im Falle des Streites von dem Konkurs-Gericht für genügend erachtete Sicherheit, so wird die Summe verzinslich angelegt. Diese Anlegung erfolgt durch gerichtliche Deposition; die aufkommenden Zinsen werden von dem bedingten Gläubiger bezogen.

§. 251. Besteht eine Forderung in dem Anspruche auf fortlaufende Hebungen, so wird der Betrag, welcher bei der Vertheilung auf das zur Deckung der künftigen Hebungen angesetzte Kapital (§§. 62. 85.) fällt, verzinslich angelegt. Die Anlegung erfolgt durch gerichtliche Deposition.

So oft die Zinsen zur Berichtigung der dem angelegten Kapital entsprechenden Hebungsbeträge nicht hinreichen, wird der fehlende Betrag aus dem Kapital entnommen.

§. 252. Wer wegen seiner Forderung vollständig befriedigt wird, hat die über dieselbe sprechenden, in seinen Händen befindlichen Urkunden zu den Akten zu geben. Erfolgen nur Theilzahlungen, so werden dieselben auf den in den Händen des Gläubigers verbleibenden Urkunden vermerkt.

§. 253. Die Vertheilung kann sich wiederholen, so oft ein hinlänglicher Bestand der Masse angesammelt ist.

In jedem späteren Theilungsplan ist anzugeben, wie viel auf die einzelnen Forderungen bereits berichtigt ist, für welche Forderungen die Antheile zurückbehalten sind, und welche angelegte Spezialmassen sich inzwischen, und auf welche Art, erledigt haben.

§. 254. Gläubiger, welche ihre Forderungen erst nach dem Ablauf der bestimmten Fristen anmelden (§. 176.), haben keinen Anspruch auf die Beträge, welche bei den bereits vorgenommenen Vertheilungen an die übrigen Gläubiger gezahlt oder zu Spezialmassen gebracht worden sind.

Sie werden nur bei den Vertheilungen berücksichtigt, welche nach erfolgter Prüfung ihrer Forderungen stattfinden.

Bei der Berechnung, wie viel von der zur Vertheilung kommenden Summe auf diese Forderungen fällt, werden dieselben

zum vollen Betrage, die bei früheren Vertheilungen schon berücksichtigten Forderungen aber nur zu dem Betrage angesetzt, welcher noch nicht durch frühere Vertheilungen berichtigt ist.

Ist zur Zeit der Abhaltung des Termins zur Prüfung einer nachträglich angemeldeten Forderung eine Vertheilung bereits angeordnet oder in Ausführung begriffen, so kann der Gläubiger gegen die Vertheilung und den Theilungsplan keinen Einspruch erheben, wenn die Frist zur Anbringung von Einwendungen gegen den Theilungsplan (§. 242.) bereits abgelaufen ist.

§. 255. Gläubiger, welche ihre Forderungen im Spezialprozesse auszuführen haben (§§. 227., 229.), werden bei den stattfindenden Vertheilungen mit den streitigen Forderungen oder dem streitigen Vorrechte nur dann berücksichtigt, wenn die Anstellung des Spezialprozesses nachgewiesen worden ist.

So lange dieser Nachweis nicht geführt ist, kann für die streitigen Forderungen eine Spezialmasse (§. 246.) nicht angelegt werden.

Ist zur Zeit der Anstellung des Spezialprozesses eine Vertheilung bereits angeordnet oder in Ausführung begriffen, so kann der Gläubiger gegen die Vertheilung und den Theilungsplan keinen Einspruch erheben, wenn die Frist zur Anbringung von Einwendungen gegen den Theilungsplan (§. 242.) bereits abgelaufen ist.

In Betreff der Vertheilung der Masse an die Konkurs-Gläubiger hat das neue Konkurs-Gesetz wiederum den Gesichtspunkt festgehalten, den einzelnen Gläubigern so schnell wie möglich zu ihrer Befriedigung zu verhelfen, ohne doch dadurch das Interesse der anderen Mitgläubiger zu verletzen. Dieser Zweck wird dadurch erreicht, daß Vertheilungen an die Konkursgläubiger stattfinden, sobald hinlänglicher Massenbestand vorhanden, der definitive Verwalter bestellt und der zweite Prüfungstermin abgehalten ist (§. 239.). Die Vertheilung veranlaßt der Verwalter unter Beaufsichtigung des Kommissars. Es wird ein Theilungsplan entworfen (§. 241.), und den Gläubigern vorgelegt (§. 242.). Die weiteren Spezialbestimmungen enthalten die §§. 241. ff. In Betreff der Hypotheken- und Pfand-Gläubiger, welche zugleich als Konkurs-Gläubiger aufgetreten sind, hat das Gesetz bestimmte Vorschriften. Die Verordnung vom 28. Dezember 1840 bestimmt darüber nichts, und die Bestimmungen der §§. 46. und 47. Thl. I. Tit. 20. A. L. R. und die Verordnung vom 4. März 1834 sind für den Fall des Konkurses nicht durchführbar. Das neue Gesetz macht deshalb einen Unterschied zwischen Hypotheken-Gläubigern und Faustpfand-Gläubigern. Die Hypotheken-Gläubiger haben dasselbe Recht auf Befriedigung, wie die übrigen Konkurs-Gläubiger. Der auf sie repartirte Theil der Masse wird ihnen ausgezahlt, auch bevor sich herausgestellt hat, in wie weit sie aus ihrem Realrecht befriedigt werden (§. 247.). Der Faustpfand-Gläubiger erhält den auf ihn fallenden Antheil erst dann, wenn der Ausfall feststeht, den er bei seiner Befriedigung aus dem Faustpfande erleidet (§. 248.).

In Betreff der noch nicht fälligen Forderungen bestimmt §. 249. (vergl. §. 555. Tit. 50. Thl. I. A. G. O.); in Betreff der bedingten

Forderungen und der Ansprüche auf fortlaufende Hebungen die §§. 250. 251. (vergl. A. G. O. §. 154. Tit. 50. Thl. I.).

Zwölfter Abschnitt.

Von der abgesonderten Befriedigung der Erbschaftsgläubiger und Legatare.

§. 256. Wenn der Gemeinschuldner vor der Konkurs-Eröffnung eine Erbschaft übernommen hat, so können die Erbschaftsgläubiger und Legatare das Recht auf Absonderung der Erbschaft von dem eigenthümlichen Vermögen des Gemeinschuldners (§. 37. Nr. 1.) nur innerhalb der Fristen geltend machen, welche das Gericht in dem Konkursverfahren zur Anmeldung der Ansprüche der Konkursgläubiger (§§. 165. bis 167.) bestimmt.

Der Verwalter kann unter Genehmigung des Kommissars das Recht auf Absonderung der Erbschaft anerkennen.

§. 257. Die Verwaltung und Realisirung des abgesonderten Nachlasses erfolgt durch das für die Konkursmasse bestellte Verwaltungspersonal nach den Bestimmungen, welche in dem Konkursverfahren zur Anwendung kommen.

Die absonderungsberechtigten Erbschaftsgläubiger und Legatare sind befugt, bei der Bestellung des Verwaltungspersonals in derselben Weise, wie die Konkursgläubiger, mitzuwirken.

§. 258. Wenn der Nachlaß zur Befriedigung der Erbschaftsgläubiger und Legatare, welche das Absonderungsrecht geltend machen, zulänglich ist, so haben dieselben ihre Forderungen, ohne weitere Betheiligung beim Konkurse, gegen den Verwalter der Masse auszuführen. Sobald die Forderungen feststehen, erhalten sie aus dem Nachlasse ihre vollständige Befriedigung an Kapital, Zinsen und Kosten.

§. 259. Reicht der Nachlaß zur Befriedigung der absonderungsberechtigten Erbschaftsgläubiger und Legatare nicht aus, oder ist die Zulänglichkeit desselben zweifelhaft, so werden die Forderungen in einem besonderen Verfahren erörtert, festgestellt und befriedigt.

Hierbei dienen die Bestimmungen zur Richtschnur, welche in dem Konkursverfahren gelten.

§. 260. Nach den vorstehenden Grundsätzen (§§. 156. bis 259.) ist auch bei der abgesonderten Befriedigung der eigenen Gläubiger des Gemeinschuldners aus dem eigenthümlichen Vermögen desselben zu verfahren, in soweit den Gläubigern das Recht auf Absonderung dieses Vermögens von dem Nachlasse zusteht (§. 37. Nr. 2.).

§. 261. Wenn die Absonderung des Nachlasses aus dem Grunde erfolgen muß, weil die eigenen Gläubiger des Gemeinschuldners von der Rechtswohlthat des Inventars Gebrauch machen

(§. 37. Nr. 2.), so findet ein besonderes Konkursverfahren über den Nachlaß in dem Gerichtsstande der Erbschaft Statt.

§. 262. Wird erst nach der Konkurs-Eröffnung eine dem Gemeinschuldner angefallene Erbschaft von der Gläubigerschaft übernommen, so gehört nur dasjenige zur Konkursmasse, was von der Erbschaft nach Abzug und Tilgung der auf derselben haftenden Schulden und Lasten übrig bleibt.

Den ersten Fall, wenn einzelne Nachlaßgläubiger und Legatare das Recht auf Absonderung der Erbschaft von dem eigenthümlichen Vermögen des Gemeinschuldners ausüben, behandelt das Gesetz in den §§. 256. bis 259. Vergl. §§. 274., 277, 278., 284. Tit. 50. Thl. I. A. G. O.

Der zweite Fall ist der, im §. 260. besprochene, wenn einzelne Gläubiger ihr Recht auf Absonderung des eigenen Vermögens des Gemeinschuldners ausüben. Vergl. §. 285.a. Tit. 50. Thl. I. A. G. O.

Der dritte Fall tritt dann ein, wenn die Absonderung des Nachlasses aus dem Grunde erfolgen muß, weil die eigenen Gläubiger des Gemeinschuldners von der Rechtswohlthat des Inventars Gebrauch machen. Das neue Gesetz schreibt in diesem Falle ein besonderes Konkursverfahren vor (§. 261.).

Der vierte und letzte Fall ist im §. 262. behandelt: der Anfall einer Erbschaft nach der Konkurs-Eröffnung. Vergl. §. 41. Tit. 50. Thl. I. A. G. O.

Dreizehnter Abschnitt.

Von der abgesonderten Befriedigung der Realgläubiger.

§. 263. Die Realgläubiger haben ihre Forderungen, so weit sie aus den für dieselben verhafteten, zur Konkursmasse gehörigen Gegenständen Befriedigung suchen, gegen den Verwalter der Konkursmasse geltend zu machen.

Sie sind nicht verpflichtet, die Forderungen zu diesem Behuf in dem Konkursverfahren anzumelden.

Das Verwaltungs- und Verfügungsrecht der Gläubigerschaft (§. 4.) kann in Ansehung der für die Forderungen verhafteten Gegenstände nur unbeschadet der Rechte der Realgläubiger ausgeübt werden.

§. 264. Faustpfandgläubiger und alle übrigen Gläubiger, welchen gleiche Rechte mit den Faustpfandgläubigern zustehen (§. 32. 33.), werden aus den Pfandstücken befriedigt, sobald ihre Forderungen festgestellt sind.

Die Befriedigung erfolgt nach den für die Exekutionsvollstreckung geltenden Vorschriften.

Der Verwalter der Konkursmasse ist jederzeit befugt, die Realisirung der Pfandstücke zu fordern, oder dieselben mit Ge-

nehmigung des Kommissars durch Bezahlung der vollen Pfandschuld für die Konkursmasse einzulösen.

Was von dem Erlöse aus den Pfandstücken zur Berichtigung der Pfandschuld nicht erforderlich ist, wird zur Masse der Konkursgläubiger abgeliefert.

§. 265. In den Privilegien der konzessionirten Pfandleiher und derjenigen Institute, welche das Recht haben, sich selbst aus den ihnen gegebenen Pfändern zu befriedigen, wird durch die vorstehenden Bestimmungen nichts geändert.

§. 266. Die abgesonderte Befriedigung von Ansprüchen, welche auf Immobilien haften (Tit. I. Abschn. 6.), geschieht aus den Revenüen und der Substanz derselben in dem für den Fall der Exekution vorgeschriebenen Verfahren, namentlich im Wege der Sequestration und der nothwendigen Subhastation.

Das Verfahren gehört vor dasjenige Gericht, unter welchem die Immobilien gelegt sind.

§. 267. Das Verfahren wegen Vertheilung der Revenüen hat das Gericht von Amtswegen einzuleiten.

Zur Revenüenmasse gehören alle zur Zeit der Konkurs-Eröffnung bereits von der Substanz abgesonderten Früchte, welche noch in Natur vorhanden und in dem Besitze des Gemeinschuldners befindlich sind, ingleichen alle rückständigen Einkünfte, so wie alle nach der Konkurs-Eröffnung gewonnenen Früchte und fällig gewordenen Nutzungen.

§. 268. Die Einleitung der nothwendigen Subhastation erfolgt sowohl auf den Antrag des Verwalters der Konkursmasse, als auf den Antrag eines jeden Realgläubigers, dessen Forderung auf der Substanz der Sache haftet und zur Exekution steht.

§. 269. Die Gerechtsame der Konkursmasse, des Gemeinschuldners und der Konkursgläubiger werden von dem Verwalter der Konkursmasse wahrgenommen.

§. 270. Was von der Grundstücksmasse zur abgesonderten Befriedigung der Realansprüche nicht erforderlich ist, wird zur Masse der Konkursgläubiger abgeliefert.

§. 271. Die vorstehenden Bestimmungen (§§. 266. bis 270.) gelten auch für die abgesonderte Befriedigung der Berggläubiger aus dem verliehenen und dem nicht verliehenen Bergwerks- und Hütteneigenthum (§. 63.), so wie für die abgesonderte Befriedigung der Schiffsgläubiger aus der Schiffsmasse (Tit. I. Abschn. 7.).

Wo ein Handelsgericht besteht, gehört das Verfahren über die Realisirung und Vertheiluug der Schiffsmasse vor dasselbe.

Vierzehnter Abschnitt.

Von der Beendigung des Konkurses.

§. 272. Zur Beendigung des Konkurses wird geschritten, sobald die Realisirung der vorhandenen Masse bewirkt worden ist

und die gegen dieselbe erhobenen und verfolgten Ansprüche festgestellt sind.

§. 273. Wenn ausstehende Forderungen oder andere Gegenstände im gewöhnlichen Wege nicht realisirt werden können, so hat der Kommissar den definitiven Verwalter der Masse und diejenigen noch nicht vollständig befriedigten Konkursgläubiger, welche bei Vertheilung der Masse zu berücksichtigen sind (§§. 254. 255.), in einem Termin über die weiter zu ergreifenden Maaßregeln zu vernehmen. Der Gemeinschuldner muß hierbei zugezogen werden, sofern derselbe ohne Aufenthalt zu erlangen ist.

Die erschienenen Gläubiger können durch Mehrheit der Stimmen darüber Beschluß fassen, in welcher Art über die noch nicht eingezogenen Vermögenstheile verfügt werden soll. Bei der Ermittelung der Stimmenmehrheit werden die Stimmen nicht nach den Personen der Gläubiger gezählt, sondern nach den noch unberichtigten Beträgen der Forderungen derselben berechnet.

§. 274. Kein Gläubiger ist gehalten, wider seinen Willen eine Ueberweisung ausstehender Forderungen der Masse an Zahlungsstatt anzunehmen.

Findet hierüber unter den in dem Termin (§. 273.) anwesenden Interessenten eine Einigung Statt, so wird dem Annehmenden die Forderung zu dem durch die Uebereinkunft festgesetzten Werthe angerechnet; beim Widerspruch des Gemeinschuldners ist die Ueberweisung nur zu dem Nennwerthe der Forderung zulässig.

Die Gläubiger sind zur Gewährleistung für die Richtigkeit und Sicherheit der Forderung nicht verpflichtet.

Dem Annehmenden ist von dem Kommissar über die erfolgte Ueberweisung ein Attest auszufertigen, welches die Stelle der Cession vertritt. Ist über die Forderung eine Urkunde vorhanden, so wird dieses Attest darauf gesetzt.

§. 275. Kommt wegen der Ueberweisung ausstehender Forderungen an Zahlungsstatt keine Einigung zu Stande, so können die Gläubiger die Forderungen, einzeln oder im Ganzen, öffentlich zum Verkauf ausbieten lassen.

Der Verkauf geschieht im Wege der Auktion unter Leitung des Kommissars, und ohne Gewährleistung für die Richtigkeit und Sicherheit der Forderungen.

Bis zum Verkaufstermin ist an der Gerichtsstelle oder an einem andern geeigneten Orte eine Beschreibung der Forderungen unter Angabe der vorhandenen Beweismittel öffentlich auszulegen, auch die Einsicht der Beweisurkunden zu gestatten. In dem Termine selbst ist die Beschreibung bekannt zu machen und über die bisherigen Versuche einer Einziehung der Forderungen das Wesentliche vorzutragen.

Ueber die erfolgte Uebereignung einer Forderung an deren Ersteher ist demselben ein Attest nach der für Ueberweisungen an

Zahlungsstatt ertheilten Vorschrift (§. 274.) auszustellen, welches die Stelle der Cession vertritt.

§. 276. Nach erfolgter Realisirung der Masse (§§. 272. bis 275.) wird die Schlußvertheilung vorgenommen.

Gegenstände, welche nicht zu realisiren sind, werden dem Gemeinschuldner wieder zur freien Verfügung überlassen.

§. 277. Mit der Vollziehung der Schlußvertheilung ist der Konkurs beendigt.

Das Gericht hat durch einen Beschluß die Beendigung der Konkurses auszusprechen und dieselbe öffentlich bekannt zu machen.

§. 278. Wenn nach der Vollziehung der Schlußvertheilung noch Gegenstände sich vorfinden, welche zur Konkurs-Masse gehören, so werden dieselben nachträglich realisirt und unter die Konkurs-Gläubiger vertheilt.

Ein Gleiches geschieht, wenn die auf bedingte Forderungen oder zur Deckung fortlaufender Hebungen vertheilten Kapitalien (§§. 250., 251.) an die Masse zurückfallen. Bei der Schlußvertheilung müssen aber die eventuellen Rückfälle dieser Kapitalien berücksichtigt und die betreffenden Gläubiger darauf angewiesen werden.

§. 279. Der definitive Verwalter der Masse hat die Rechnung über seine gesammte Geschäftsführung bei der Aufstellung der Schlußvertheilung zu legen.

Die Abnahme der Rechnung geschieht in dem Termine zur Vollziehung der Schlußvertheilung durch den Kommissar unter Zuziehung des Verwaltungsraths, des Gemeinschuldners und der Gläubiger oder der von denselben etwa ernannten gemeinschaftlichen Rechnungsbevollmächtigten. Den Betheiligten steht frei, von der Rechnung zuvor in dem Büreau des Gerichts Einsicht zu nehmen; dies ist ihnen bei der Vorladung zum Termin bekannt zu machen.

§. 280. Das Vermögen, welches der Gemeinschuldner erwirbt, nachdem die Beendigung des Konkurses durch Beschluß ausgesprochen ist (§. 277.), fällt seiner Verwaltung und Verfügung anheim. Die nicht vollständig befriedigten Konkurs-Gläubiger und die neuen Gläubiger sind befugt, sich an dasselbe im gewöhnlichen Verfahren zu halten.

Ist jedoch der Gemeinschuldner als entschuldbar anzusehen, so kann gegen ihn wegen der zur Zeit der Konkurs-Eröffnung vorhandenen Forderungen die Exekution durch Personalarrest nicht vollstreckt werden.

Ueber die Entschuldbarkeit des Gemeinschuldners haben sich in dem Termin zur Vollziehung der Schlußvertheilung die erschienenen Gläubiger zu äußern. Der Kommissar nimmt ihre Erklärungen zu Protokoll und das Gericht beschließt auf den Vortrag des Kommissars, ob der Gemeinschuldner nach Lage der Sache für entschuldbar anzusehen ist oder nicht.

Nach Realisirung der vorhandenen Masse erfolgt die Schlußvertheilung, und hiermit ist der Konkurs beendigt. Sind illiquide Forderungen noch vorhanden, Forderungen, deren Einziehung bis dahin erfolglos war oder mit Aufwand von vieler Mühe und Zeit nur zu bewirken ist; so schreibt das neue Gesetz eine neue Art der Realisirung vor, welche sehr praktisch und auch bereits in andere neuere Gesetzgebungen aufgenommen ist. Zuerst werden die verschiedenen Gläubiger unter Zuziehung des Gemeinschuldners darüber vernommen, was mit diesen illiquiden Forderungen anzufangen ist. Eine Ueberweisung ausstehender Forderungen der Masse an Zahlungsstatt anzunehmen, kann kein Gläubiger gezwungen werden. Findet eine Einigung Statt, so wird die betreffende Forderung dem Gläubiger, dem sie an Zahlungsstatt überwiesen ist, zu dem durch die Uebereinkunft festgesetzten Werthe angerechnet. Kommt keine Einigung zu Stande, so kann eine öffentliche Versteigerung der betreffenden Aktiva veranlaßt werden. §§. 272.—275. Nach der alten Konkurs-Ordnung wurden illiquide Aktiva und unverkäufliche Effekten den bei der liquiden Masse leer ausgehenden Gläubigern nach der Folgeordnung und der Proportion ihrer Forderungen angewiesen, s. §§. 552., 553., Tit. 50., Thl. I. A. G. O. Selten ist hiermit einem Gläubiger gedient. Das durch das neue Gesetz vorgeschriebene Verfahren ist unbedingt weit praktischer und führt mehr zu einer gleichartigen Behandlung der Gläubiger.

Mit der Schlußvertheilung ist die Rechnungslegung des Verwalters verbunden. Die mehreren Rechnungslegungen der alten Konkurs-Ordnung finden nicht mehr Statt. Vergl. A. G. O. Thl. I. Tit. 50. §. 90.

Das Institut der Rechtswohlthat der Güterabtretung hat das neue Gesetz ganz aufgehoben. Gegen die persönliche Haft ist der Gemeinschuldner während der Dauer des Konkurses, da sie unbillig und nutzlos ist, geschützt (§. 9.). Die Frage der Entschuldbarkeit des Gemeinschuldners behandelt das neue Konkurs-Gesetz, behufs weitern Personalarrestes, zweckmäßiger am Schluß des Verfahrens, wo diese besser beurtheilt werden kann, als bei der Einleitung desselben (vergl. Einf.-Ges. Art. XIII.).

Funfzehnter Abschnitt.

Besondere Bestimmungen.

I. Für den Konkurs über das Vermögen von Aktien-Gesellschaften.

§. 281. Ueber das Vermögen einer Aktiengesellschaft, welche auf Gewerbe- oder Handels-Unternehmungen gerichtet ist, wird der Konkurs eröffnet:

1) wenn nach der der Bezirksregierung vorgelegten Bilanz die Schulden der Gesellschaft das Vermögen derselben übersteigen (§. 26. des Gesetzes über die Aktiengesellschaften vom 9. November 1843 Gesetz-Samml. S. 341.);
2) wenn die Gesellschaft ihre Zahlungen eingestellt hat. Sind die Zahlungen erst eingestellt worden, nachdem die Auflösung

der Gesellschaft bereits erfolgt ist, so findet die Eröffnung des Konkurses Statt, insofern die Liquidation und Vertheilung des Gesellschaftsvermögens nicht beendigt ist.

§. 282. Die Verpflichtung zur Anzeige der Zahlungseinstellung (§. 116.) liegt den Vorstehern der Gesellschaft, und wenn die Zahlungseinstellung erst nach der Auflösung der Gesellschaft eintritt, den Liquidatoren derselben ob.

§. 283. Von der Konkurs-Eröffnung ist der Regierung, in deren Bezirk die Aktiengesellschaft ihren Sitz hat, besondere Nachricht zu geben.

§. 284. Die Gesellschaft wird durch ihre Vorsteher oder Liquidatoren vertreten. Dieselben sind persönlich zu erscheinen und Auskunft zu ertheilen in allen den Fällen verpflichtet, in welchen dies für den Gemeinschuldner selbst vorgeschrieben ist.

§. 285. Ein Akkord kann nicht geschlossen werden.

II. Für den Konkurs über das Vermögen von Handels-Gesellschaftern.

§. 286. Wenn eine unter einer gemeinschaftlichen Firma bestehende Handelsgesellschaft ihre Zahlungen einstellt, so findet die Eröffnung des Konkurses Statt, sofern die Liquidation und Vertheilung des Gesellschaftsvermögens noch nicht beendigt ist.

In der Anzeige der Zahlungseinstellung (§. 116.) ist zugleich der Name und der Wohnort der persönlich haftenden Gesellschafter anzugeben. Die Anzeige muß von einem der Gesellschafter gemacht werden, widrigenfalls gegen alle die Verhaftung verfügt werden kann (§. 138.).

Diese Bestimmungen gelten auch für den Fall, wenn die Zahlungseinstellung erst nach der Auflösung der Gesellschaft erfolgt.

§. 287. Auf den Grund der Zahlungseinstellung der Gesellschaft (§. 286.) ist über das Gesellschaftsvermögen ein selbstständiger Konkurs zu eröffnen. Derselbe gehört vor dasjenige Gericht, in dessen Bezirk die Hauptniederlassung der Gesellschaft sich befindet.

Zugleich muß über das Privatvermögen eines jeden persönlich haftenden Gesellschafters der Konkurs eröffnet werden.

§. 288. An dem Konkurse über das Gesellschafts-Vermögen sind nur die Gläubiger der Gesellschaft Theil zu nehmen berechtigt.

Dieselben können wegen des Ausfalls in diesem Konkurse gleichzeitig in den Konkursen über das Privatvermögen der persönlich haftenden Gesellschafter als Gläubiger auftreten.

Nur in Beziehung auf die hiernach zulässigen Ansprüche an das Privatvermögen der persönlich haftenden Gesellschafter findet die allgemeine Vorschrift des §. 87. Anwendung.

§. 289. Wird in dem Konkurse über das Gesellschaftsvermögen den Gesellschaftern ein Akkord bewilligt, so hat derselbe

zugleich die Einstellung der Konkurse über das Privatvermögen der Gesellschafter zur Folge, sofern diese Konkurse nur aus Veranlassung des Konkurses über das Gesellschaftsvermögen eröffnet worden sind (281.); jedoch werden die Forderungen der Privatgläubiger von dem Akkorde nicht betroffen.

§. 290. Es ist zulässig, einem einzelnen Gesellschafter einen Akkord in dem Konkurse über sein Privatvermögen zu bewilligen.

Die Gesellschaftsgläubiger sind befugt, an der Verhandlung und Beschlußfassung über einen solchen Akkord Theil zu nehmen, ohne daß sie auf das Recht zur abgesonderten Befriedigung aus dem Gesellschaftsvermögen Verzicht leisten.

Der Akkord erstreckt sich nicht auf das Gesellschaftsvermögen und den Konkurs über dasselbe.

Der Gesellschafter, welchem der Akkord bewilligt ist, erhält nur sein Privatvermögen zurück und wird von der solidarischen Verhaftung für die Gesellschaftsschulden frei.

§. 291. Wenn nur ein Mitglied einer unter gemeinschaftlicher Firma bestehenden Handelsgesellschaft seine Zahlungen einstellt, so ist an die Konkurs-Masse desselben sein Antheil an dem Gesellschaftsvermögen herauszugeben. Zu diesem Behufe hat der Verwalter der Masse das Auseinandersetzungs-Verfahren zu betreiben.

Die übrigen Gesellschafter haben das Recht, den dem Gemeinschuldner zur Last fallenden Antheil an den Gesellschaftsschulden in Abzug zu bringen, ohne daß sie sich deshalb in den Konkurs einzulassen verpflichtet sind (§. 36.). Sie haben jedoch die Konkurs-Masse gegen die Ansprüche der Gesellschaftsgläubiger sicher zu stellen.

Die in der Gesellschaft verbleibenden Mitglieder sind auch befugt, den Antheil des Gemeinschuldners an den zum Gesellschaftsvermögen gehörigen Waaren und Geräthschaften für den Betrag der gerichtlichen Taxe zu übernehmen.

Bei Handelsgesellschaften unter gemeinschaftlicher Firma kommt es in Betreff der Konkurs-Eröffnung auf die Einstellung der Zahlungen an (§. 286.). Es findet sodann folgerecht ein doppeltes Konkurs-Verfahren Statt, ein besonderes Verfahren über das Gesellschaftsvermögen, weil das Gesellschaftsvermögen ein für sich bestehendes Ganze bildet, und ein spezielles Verfahren über das Privatvermögen der einzelnen Socien, welche mit diesem Privatvermögen persönlich haften. Die Gesellschaftsgläubiger nehmen an dem ersten Konkurse Theil, an dem zweiten nur auf Höhe ihres Ausfalls (§. 287., 288.). Ein Akkord in dem Konkurse über das Gesellschaftsvermögen kann nur mit sämmtlichen Gläubigern geschlossen werden; es ist nicht folgerichtig, daß das Gesetz den Akkord mit den einzelnen Socien in Betreff ihres Privatvermögens billigt. Ueber den Fall, wenn nur ein einzelnes Mitglied einer Handelsgesellschaft seine Zahlungen einstellt, s. §. 291. Vergl. §§. 289., 290., Tit. 50., Thl. I. A. G. O.)

III. Verfahren über das inländische Vermögen eines ausländischen Gemeinschuldners.

§. 292. Wenn ein Ausländer, welcher im Inlande eine Handelsniederlassung hat, seine Zahlungen einstellt, so ist von dem Gericht, in dessen Bezirk die Handelsniederlassung sich befindet, der Partikularkonkurs zu eröffnen. Derselbe erstreckt sich auf die sämmtlichen im Inlande befindlichen Vermögensstücke des Gemeinschuldners.

Besitzt ein Ausländer, über dessen Vermögen im Auslande der Konkurs eröffnet worden ist, im Inlande keine Handelsniederlassung, jedoch anderweitiges Vermögen, so ist die Exekution in das inländische Vermögen zulässig.

§. 294. Was von dem inländischen Vermögen in dem Partikularkonkurse oder nach Befriedigung der Exekutionssucher übrig bleibt, ist zur ausländischen Konkurs-Masse auszuliefern.

Wenn in einem Falle, in welchem der Partikularkonkurs nicht eintritt (§. 293.), die Auslieferung des inländischen Vermögens an das ausländische Konkurs-Gericht verlangt wird, so muß die Behörde, welche um die Auslieferung angegangen ist, dies zur öffentlichen Kenntniß bringen. Die Auslieferung des inländischen Vermögens kann alsdann erst sechs Wochen nach Erlaß der öffentlichen Bekanntmachung und nur in soweit stattfinden, als dasselbe nicht bis dahin im Inlande von den Gläubigern behufs ihrer Befriedigung in Anspruch genommen worden ist.

§. 295. In allen Fällen darf die Auslieferung des inländischen Vermögens an das ausländische Konkurs-Gericht erst dann erfolgen, wenn die Minister der auswärtigen Angelegenheiten und der Justiz zuvor ihre Genehmigung ertheilt haben.

§. 296. Die vorstehenden Bestimmungen (§§. 292.—295.) kommen nur in Ermangelung von Staatsverträgen zur Anwendung.

> Vergl. A. G. O. Thl. I. Tit. 50. §§. 663., 668., 669. ff. Das neue Konkurs-Gesetz hält nur dann die Konkurs-Eröffnung für nöthig, wenn der Ausländer im Inlande eine Handelsniederlassung hat und seine Zahlungen einstellt; bei nur anderweitigem Vermögen hält es die Exekution für hinreichend.

Sechszehnter Abschnitt.

Von dem abgekürzten Konkurs-Verfahren.

§. 297. Ein abgekürztes Verfahren im Konkurse findet Statt, wenn dasselbe von dem Gericht wegen der Geringfügigkeit des Vermögens und des Verkehrs des Gemeinschuldners für angemessen erachtet wird.

Insbesondere soll das abgekürzte Verfahren in allen Fällen zur Anwendung kommen, in welchen der Betrag der Konkurs-Masse, unter Abrechnung der Hypotheken- und Pfandschulden,

nach einem ungefähren Ueberschlage die Summe von Eintausend Thalern nicht übersteigt.

§. 298. Wenn die Verhandlung des Konkurses in dem abgekürzten Verfahren erfolgen soll, so ist dies von dem Gericht bei der Konkurs-Eröffnung oder innerhalb acht Tagen nach derselben öffentlich bekannt zu machen.

§. 299. Bei dem abgekürzten Verfahren treten die nachstehend festgesetzten Abänderungen des ordentlichen Verfahrens ein.

§. 300. Die Bekanntmachung der Konkurs-Eröffnung und des festgesetzten Tages der Zahlungseinstellung (§. 123.) soll in die öffentlichen Blätter in der Regel nur einmal eingerückt werden; ein Gleiches gilt für die übrigen Bekanntmachungen, welche auf die für die Bekanntmachung der Konkurs-Eröffnung vorgeschriebene Weise zu bewirken sind, insbesondere für den offenen Arrest (§. 148.) und die Aufforderung der Gläubiger zur Anmeldung ihrer Ansprüche (§. 168.).

Eine wiederholte Einrückung in die öffentlichen Blätter findet nur Statt, wenn das Gericht dieselbe aus besonderen Gründen für angemessen erachtet.

§. 301. Der mit der Siegelung beauftragte Beamte (§. 141.) kann ohne vorgängige Siegelung sofort zur Inventur schreiten, wenn er der Meinung ist, daß die Inventur nicht längere Zeit, als Einen Tag, erfordern wird, und wenn der einstweilige Verwalter der Masse und die Sachverständigen für die Abschätzung der Gegenstände (§. 153.) zur Stelle sind.

§. 302. In dem Termin, welcher im ordentlichen Verfahren zur Erklärung der Gläubiger über die Beibehaltung des ernannten einstweiligen Verwalters der Masse bestimmt ist (§. 128.), haben in dem abgekürzten Verfahren die Gläubiger den definitiven Verwalter in Vorschlag zu bringen.

§. 303. Der definitive Verwalter ist von dem Gericht sogleich nach Abhaltung des Termins zu bestellen; das Gericht hat dabei die von den Gläubigern gemachten Vorschläge zu berücksichtigen, ohne jedoch an dieselben gebunden zu sein.

Ein Verwaltungsrath wird nicht bestellt.

§. 304. Nach der Ernennung des definitiven Verwalters (§. 303.) wird zur Liquidation der Konkurs-Masse geschritten.

Jedoch kann die Realisirung der Masse von dem Gericht ausgesetzt werden, wenn der Gemeinschuldner Vorschläge zu einem Akkord macht, der von dem Gericht als dem Interesse der Gläubiger entsprechend erachtet wird.

§. 305. Bei dem Vertheilungsverfahren kann die besondere Frist zur Anbringung von Einwendungen gegen den Theilungsplan (§. 242.) wegfallen; alsdann sind die Einwendungen gegen den Theilungsplan in dem Verhandlungs- und Ausführungstermin vorzubringen.

§. 306. Die Eröffnung des Konkurses kann unterbleiben, wenn bei dem Gericht bekannt ist, daß der Gemeinschuldner ein

den Kosten des Konkurs-Verfahrens entsprechendes Vermögen nicht besitzt.

In dieser Beziehung sind Grundstücke und andere Gegenstände, soweit sie mit Pfand- und Hypothekenschulden belastet sind, von dem Vermögen bei dessen Schätzung in Abrechnung zu bringen.

Vergl. Allg. G. O. Thl. I. Tit. 50. §§. 5.—7. u. Anh. §§. 315. u. 316. und die §§. 632. ff. ebendas. Darnach kannte die alte Konkurs-Ordnung ein zwiefaches abgekürztes Verfahren. Das eine fand Statt bei den Konkursen, die zur Kompetenz der Einzelrichter gehörten, wenn die Aktivmasse nicht über 200 Thlr. beträgt und der Gemeinschuldner Bürger einer kleinen Stadt oder ein Dorfseingesessener war und Eigenthümer eines Grundstückes ist. Das andere Konkurs-Verfahren tritt ein, wenn das vorhandene Vermögen so unbeträchtlich ist, daß nur die zur zweiten Klasse gehörigen Gläubiger befriedigt werden können, oder wenn sämmtliche bekannte Gläubiger darüber einig sind, daß die Konkurs-Eröffnung unterbleiben solle, und das Vermögen des Gemeinschuldners nicht über 500 Thlr. beträgt, derselbe auch kein Gewerbe getrieben hat, welches auswärtigen Kredit erfordert.

Das neue Gesetz hat diese Bestimmungen des alten Verfahrens nicht in sich aufgenommen. Es macht das ordentliche Konkurs-Verfahren zur Regel, ein abgekürztes Verfahren findet nur Statt, wenn das Gericht es für nöthig erachtet, bei der Geringfügigkeit des Vermögens und des Verkehrs des Gemeinschuldners. Jedenfalls läßt es den Konkurs eintreten, wenn die Masse 1000 Thlr. nicht übersteigt (§. 297.). Die Abweichungen des abgekürzten Verfahrens von dem ordentlichen Verfahren führt es dann speziell in den §§. 300.—305. auf. In dem im §. 306. erwähnten Falle unterbleibt die Eröffnung des Konkurses ganz.

Siebzehnter Abschnitt.

Strafbestimmungen.

§. 307. Die Vorsteher oder Liquidatoren einer Aktiengesellschaft, welche ihre Zahlungen eingestellt hat, werden mit Gefängniß bis zu drei Monaten bestraft, wenn die Anzeige von der Zahlungseinstellung der Gesellschaft (§§. 116., 282.) nicht vorschriftsmäßig erfolgt ist.

Die Strafe ist ausgeschlossen, wenn die Vorsteher oder Liquidatoren nachweisen, daß die vorschriftsmäßige Anzeige ohne ihr Verschulden unterblieben ist.

§. 308. Handelsleute, Schiffsrheder und Fabrikbesitzer, welche ihre Zahlungen eingestellt haben, ingleichen Erben solcher Gemeinschuldner, werden mit Gefängniß bis zu Einem Jahre bestraft, wenn sie nach erfolgter Zahlungseinstellung einen Gläubiger zum Nachtheil der übrigen Gläubiger befriedigen oder begünstigen.

§. 309. Ein Gläubiger, welcher, nach erlangter Kenntniß von der Zahlungseinstellung, zu seiner Begünstigung und zum Nachtheil der übrigen Gläubiger einen besonderen Vertrag mit dem

Gemeinschuldner oder dessen Erben eingeht, oder welcher sich von demselben oder anderen Personen besondere Vortheile dafür gewähren oder versprechen läßt, daß er bei der Berathung und Beschlußnahme der Gläubiger in einem gewissen Sinne stimme, wird mit Gefängniß bis zu Einem Jahre bestraft.

Auch kann gegen denselben zugleich auf zeitige Untersagung der Ausübung der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden.

Achtzehnter Abschnitt.

Von den Folgen des Konkurses in Beziehung auf die Person des Gemeinschuldners.

§. 310. Der Handelsmann, Schiffsrheder oder Fabrikbesitzer, über dessen Vermögen Konkurs eröffnet ist, darf während des Verfahrens und nach Abschluß desselben nicht auf der Börse erscheinen; er darf nicht Mitglied einer kaufmännischen Korporation sein und er darf weder als Mäkler, noch als Verwalter im Konkurse oder als Vertreter einer Partei in Handelssachen zugelassen werden.

Diese Folgen des Konkurses, sowie die übrigen Nachtheile, welche vermöge besonderer Bestimmungen den Gemeinschuldner in seinen persönlichen Verhältnissen treffen, bestehen so lange, als der Gemeinschuldner nicht die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand erlangt hat.

§. 311. Zur Erlangung der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand muß der Gemeinschuldner nachweisen, daß sämmtliche Forderungen der Konkurs-Gläubiger an Kapital, Zinsen und Kosten durch Zahlung, Erlaß oder in anderer Weise vollständig getilgt sind, die Gläubiger mögen ihre Forderungen im Konkurse angemeldet haben oder nicht.

§. 312. Der Gemeinschuldner hat das Gesuch um Wiedereinsetzung in den vorigen Stand bei dem Konkurs-Gericht einzureichen und demselben die Quittungen der Gläubiger, sowie die sonstigen Beweisstücke beizufügen.

Das Konkurs-Gericht giebt den Betheiligten Gelegenheit, sich über die Wahrheit der von dem Gemeinschuldner vorgetragenen Thatsachen zu äußern.

Zu diesem Zweck wird eine Abschrift des Gesuchs an der Gerichtsstelle und auf der Börse, sofern eine solche am Orte des Gerichts vorhanden ist, während eines Zeitraums von zwei Monaten öffentlich ausgehängt. Der Aushang muß in jedem Falle auch an dem gegenwärtigen Wohnorte des Gemeinschuldners stattfinden.

§. 313. Bescheinigt der Gemeinschuldner, daß einzelne Gläubiger, deren Befriedigung er nachzuweisen (§. 311.) außer Stande ist, nach Leben und Aufenthalt unbekannt sind, so sind solche Gläubiger auf sein Verlangen aufzufordern, ihre Ansprüche

binnen zwei Monaten beim Gericht anzumelden. Diese Aufforderung ist mit dem Gesuch an der Gerichtsstelle und auf der Börse auszuhängen, sowie in diejenigen öffentlichen Blätter einzurücken, welche das Gericht für angemessen erachtet.

Etwaige Anmeldungen sind dem Gemeinschuldner mitzutheilen.

Melden die Gläubiger sich nicht, so steht der Mangel des Nachweises ihrer Befriedigung der Wiedereinsetzung des Gemeinschuldners in den vorigen Stand nicht entgegen.

§. 314. Jeder Gläubiger, welcher noch nicht vollständig befriedigt ist, kann seine Einwendungen gegen das Gesuch bei dem Gericht anbringen. Das Gericht hat darüber das Nöthige von Amtswegen zu ermitteln; ein kontradiktorisches Verfahren findet nicht Statt.

An den Orten, wo kaufmännische Korporationen bestehen, müssen die Vorsteher derselben über das Gesuch gehört werden; an anderen Orten sind die zuständigen Handelskammern zur Aeußerung über das Gesuch aufzufordern.

§. 315. Nach Ablauf des für den öffentlichen Aushang des Gesuchs bestimmten Zeitraums sind die Verhandlungen dem Staatsanwalte des Bezirks zur Erklärung über das Gesuch vorzulegen.

Das Konkurs-Gericht entscheidet über das Gesuch durch Beschluß nach Anhörung des Staatsanwalts.

Wird dem Gesuch stattgegeben, so muß die Entscheidung in derselben Weise öffentlich bekannt gemacht werden, wie dies hinsichtlich des Gesuchs vorgeschrieben ist (§. 312.).

Wird das Gesuch verworfen, so kann dasselbe erst nach Ablauf von drei Jahren wiederholt werden.

§. 316. In keinem Falle kann die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand einem Gemeinschuldner zu Theil werden, gegen welchen wegen eines Verbrechens oder Vergehens der Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte oder die Untersagung ihrer Ausübung auf Zeit durch Erkenntniß ausgesprochen ist.

Ist der Gemeinschuldner wegen einfachen Bankerutts verurtheilt worden, so kann seine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand erst nach erfolgter Strafverbüßung oder Begnadigung stattfinden, sofern die übrigen gesetzlichen Erfordernisse vorhanden sind.

§. 317. Die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand ist auch nach dem Tode des Gemeinschuldners zulässig.

§. 318. Wenn der Konkurs durch Akkord beendigt worden ist, so kann der Gemeinschuldner schon von dem Zeitpunkte der rechtskräftigen gerichtlichen Bestätigung des Akkordes an wieder auf der Börse erscheinen.

Von demselben Zeitpunkte an kann der Gemeinschuldner an den Orten, wo kaufmännische Korporationen bestehen, zur Ausübung der mit der Mitgliedschaft bei der Korporation verbundenen

Rechte wieder zugelassen werden, wenn der Betrieb des Geschäfts des Gemeinschuldners von der Ausübung dieser Rechte abhängig ist.

Dagegen kann der Gemeinschuldner auch in dem Falle des Akkords die übrigen durch den Konkurs verlorenen Rechte (§. 310.) nur durch die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand wieder erlangen; es muß zu diesem Behuf insbesondere der Nachweis geführt werden, daß die Ausfälle, welche die Gläubiger durch den Konkurs und durch den Akkord erlitten haben (§. 198.), vollständig getilgt worden sind (§. 311.).

Jedoch kann unter besonders geeigneten Umständen schon der Nachweis der vollständigen Tilgung der akkordmäßigen Verpflichtungen für genügend angenommen werden.

Ueber die Nachtheile, die nach der alten Konkurs-Ordnung der Konkurs mit sich bringt, vergl. §. 233. Tit. 10. Thl. I. A. G. O., §§. 103., 107., 117., 119., 127. d. Gewerbe-Ordnung v. 17. Jan. 1845, §. 7. d. Städte-Ordnung v. 30. Mai 1853, §§. 6. u. 7. d. V. v. 9. Febr. 1849, §. 13. d. Ges. v. 3. April 1847, §§. 11. u. 13. d. V. v. 11. Febr. 1848, Statut der Kaufmannschaft f. Berlin v. 2. März 1820, §§. 66.—68. und andere Statuten der Kaufleute und Börsenordnungen. Das neue Gesetz faßt die den Gemeinschuldner betreffenden Nachtheile in den §§. 310. ff. zusammen, macht eine Ausnahme in dem Fall, wo dem Gemeinschuldner ein Akkord bewilligt worden ist (§. 318.), und verlangt die Rehabilitation desselben zur Wiederherstellung seiner vollen Rechte. (Vgl. rhein. Handelsgesetzbuch Art. 604. ff. u. franz. Fallimentsgesetz Art. 604. ff.

Dritter Titel.

Von dem Verfahren im gemeinen Konkurse.

Erster Abschnitt.

Von der Eröffnung des Konkurses.

§. 319. Der gemeine Konkurs findet Statt über das Vermögen oder den Nachlaß eines Gemeinschuldners, welcher als Handelsmann, Schiffsrheder oder Fabrikbesitzer nicht anzusehen ist, ingleichen über den Nachlaß eines Handelsmanns, Schiffsrheders oder Fabrikbesitzers.

Jedoch kann in den Fällen, in welchen der kaufmännische Konkurs stattfindet (§. 114.), der gemeine Konkurs nicht eröffnet werden.

§. 320. Für die Eröffnung des Konkurses und das Konkurs-Verfahren ist das Gericht kompetent, bei welchem der Gemeinschuldner seinen ordentlichen persönlichen Gerichtsstand hat oder bei seinen Lebzeiten gehabt hat.

Besteht für den Ort, nach welchem dieser Gerichtsstand sich

bestimmt, ein Handelsgericht, so gehört der Konkurs über den Nachlaß eines Handelsmannes, Schiffsrheders oder Fabrikbesitzers vor dasselbe.

Unter mehreren zuständigen Gerichten gebührt demjenigen der Vorzug, welches die Eröffnung des Konkurses zuerst ausgesprochen hat.

§. 221. Das Gericht hat den Konkurs niemals von Amtswegen, sondern nur auf den Antrag eines Gläubigers oder des bestellten Nachlaßkurators zu eröffnen.

§. 322. Die Eröffnung des Konkurses kann nur stattfinden, wenn Umstände nachgewiesen sind, aus welchen die Unzulänglichkeit des Vermögen oder des Nachlasses des Gemeinschuldners zur vollständigen Befriedigung seiner Gläubiger zu entnehmen ist.

§. 323. In den nachstehenden Fällen ist die Unzulänglichkeit des Vermögens oder des Nachlasses des Gemeinschuldners als erwiesen anzunehmen:

1) wenn der Gemeinschuldner selbst die Unzulänglichkeit seines Vermögens bei dem Gericht anzeigt;
2) wenn der Gemeinschuldner sich entfernt, ohne einen Bevollmächtigten zur Besorgung seiner Angelegenheiten zu bestellen, und bei der Exekution in sein Vermögen die Unzulänglichkeit desselben zur Befriedigung der andringenden Gläubiger sich ergiebt;
3) wenn der Erbe des Gemeinschuldners die Erbschaft ausschlägt, ohne ausdrücklich zu erklären, daß solches zu Gunsten des nächsten auf ihn folgenden Erben geschieht;
4) wenn der Benefizialerbe des Gemeinschuldners erklärt, daß er der Verwaltung des Nachlasses sich entschlagen will;
5) wenn aus anderweiten Erklärungen eines Benefizialerben, oder aus den Erklärungen des Nachlaßkurators, oder aus dem Inventar hervorgeht, daß der Nachlaß des Gemeinschuldners unzulänglich ist.

§. 324. Die Eröffnung des Konkurses über einen Nachlaß ist unzulässig, so lange den Erben die gesetzliche Ueberlegung zu Statten kommt.

§. 325. Ueber das Vermögen einer Aktiengesellschaft, welche nicht auf Gewerbe- oder Handelsunternehmungen gerichtet ist, hat das Gericht den Konkurs auf den Antrag der Bezirksregierung zu eröffnen, wenn die Unzulänglichkeit des Vermögens der Gesellschaft aus der der Regierung vorgelegten Bilanz erhellt (§. 26. des Gesetzes über die Aktiengesellschaften vom 9. Novbr. 1843, Gesetz-Samml. S. 341.).

§. 326. Die Konkurs-Eröffnung ist in allen Fällen durch einen mit Gründen versehenen Beschluß auszusprechen.

Inwiefern zuvor noch Ermittelungen durch Vernehmung des Gemeinschuldners oder des Erben, oder auf andere Weise anzustellen sind, hat das Gericht nach Lage der Sache zu ermessen.

§. 327. Wenn das Gericht die Konkurs-Eröffnung nicht zu-

lässig erachtet, so steht dem Antragsteller binnen zehn Tagen, vom Tage der Zustellung des Beschlusses an gerechnet, die Beschwerde an die höhere Instanz offen.

Wird die Beschwerde begründet gefunden, so ist das Konkursgericht zur Eröffnung des Konkurses anzuweisen.

§. 328. Der Zeitpunkt der Konkurs-Eröffnung fällt auf die Stunde, in welcher der Beschluß gefaßt worden ist.

Diese Stunde muß in dem Beschlusse angegeben werden. Ist eine solche Angabe unterblieben, so gilt die Mittagsstunde des Tages, an welchem der Beschluß gefaßt worden ist, als der Zeitpunkt der Konkurs-Eröffnung.

§. 329. Die Konkurs-Eröffnung, sowie der Zeitpunkt derselben, ist durch das Konkurs-Gericht sofort öffentlich bekannt zu machen.

Die öffentliche Bekanntmachung erfolgt durch eine oder mehrere Anzeigen in öffentlichen Blättern nach dem Ermessen des Gerichts, sowie durch öffentlichen Anschlag an der Gerichtsstelle und an anderen geeigneten Orten.

Der Gemeinschuldner oder dessen Erbe kann auf seine Kosten eine Abschrift des Eröffnungsbeschlusses (§§. 326. 327.) verlangen.

§. 330. Der Beschluß kann von dem Gemeinschuldner oder dessen Erben mittelst eines Antrags auf Wiederaufhebung des Konkurses angefochten werden.

Der Antrag ist binnen zehn Tagen, vom Tage des Beschlusses an gerechnet, bei dem Konkurs-Gericht anzubringen; er muß den Erfordernissen einer Klage entsprechen und durch den Nachweis der Vermögenszulänglichkeit begründet werden.

Ueber den Antrag hat das Konkurs-Gericht im gewöhnlichen Prozesse zu verhandeln und zu entscheiden.

Die Gegenpartei des Antragstellers ist der Verwalter der Konkurs-Masse und der Gläubiger, welcher die Konkurs-Eröffnung betrieben hat; andere Betheiligte sind dem Prozesse als Intervenienten beizutreten berechtigt.

Es finden nur die Rechtsmittel der Appellation und der Nichtigkeitsbeschwerde Statt.

§. 331. Die Anfechtung des Beschlusses (§. 330.) hat keine aufschiebende Wirkung.

Das Konkurs-Verfahren muß so lange auf Grund des angefochtenen Beschlusses fortgesetzt werden, als nicht die Wiederaufhebung des Konkurses durch ein rechtskräftiges Erkenntniß ausgesprochen wird.

Die rechtskräftige Wiederaufhebung des Konkurses ist in derselben Weise öffentlich bekannt zu machen, in welcher die Bekanntmachung der Eröffnung des Konkurses geschehen ist (§. 329.).

§. 332. Die gesetzlichen Bestimmungen, welche die Zahlungseinstellung betreffen, finden im Falle des gemeinen Konkurses keine Anwendung.

Soweit in den Gesetzen von der Zahlungseinstellung die Rede ist, sind dieselben lediglich auf den Fall des kaufmännischen Konkurses zu beziehen.

Zweiter Abschnitt.

Von dem Verfahren im Konkurse.

§. 333. Für das Verfahren im gemeinen Konkurse kommen die Vorschriften über das Verfahren im kaufmännischen Konkurse (Tit. 2. Abschn. 3. bis 16.) zur Anwendung.

Jedoch treten dabei die nachstehenden Abänderungen und Modifikationen ein.

§. 334. Das Gericht hat vor der Beschlußnahme über die Konkurs-Eröffnung Maaßregeln zur Sicherung der Konkursmasse in dringenden Fällen (§. 137.) nicht von Amtswegen, sondern nur auf den Antrag eines Gläubigers zu treffen.

Wohnt der Gemeinschuldner in dem Bezirk eines Einzelrichters, so kann der letztere auf den Antrag eines Gläubigers vor der Konkurs-Eröffnung Maaßregeln zur Sicherung der Konkursmasse treffen, wenn die erfolgte Anbringung des Antrags auf Konkurs-Eröffnung und zugleich Umstände bescheinigt werden, aus welchen erhellt, daß der Gemeinschuldner entwichen ist, oder daß Sachen desselben bei Seite geschafft werden. Der Richter hat die Verhandlungen über die getroffenen Maaßregeln sofort an das Konkurs-Gericht abzugeben.

§. 335. Der einstweilige Verwalter der Masse hat die ausstehenden Forderungen und die Schulden des Gemeinschuldners aus den Büchern und Papieren, oder in anderer Weise zu ermitteln; er hat dieselben in dem Inventar oder in einem Nachtrage zu verzeichnen und das Inventar mit einem Abschlusse zu versehen, welcher das Verhältniß des Vermögens und der Schulden darstellt. Ein solches Inventar vertritt zugleich die Stelle der Bilanz (§. 155.).

Ist in dem Konkurse über einen Nachlaß das Nachlaß-Inventar bereits angefertigt, so hat der Verwalter dasselbe zu prüfen und zu berichtigen.

§. 336. Der Berichterstattung des Verwalters über die Lage der Sache, die hauptsächlichen Gründe und die Veranlassungen des Konkurses, so wie über die Natur und den Charakter desselben (§. 163.) bedarf es nicht.

Es bewendet in dieser Beziehung bei den allgemeinen Anordnungen, wonach die Gerichte von den zu ihrer Kenntniß kommenden strafbaren Handlungen der Staatsanwaltschaft Mittheilung zu machen haben.

§. 337. Die Bestellung des definitiven Verwalters und die Liquidation der Masse wird durch das Akkordverfahren nicht aufgehalten.

Jedoch kann die Realisirung der Masse von dem Gericht ausgesetzt werden, wenn der Gemeinschuldner Vorschläge zu einem Akkorde macht, der von dem Gericht als dem Interesse der Gläubiger entsprechend erachtet wird.

§. 338. In dem Konkurse über einen Nachlaß, welcher mit der Rechtswohlthat des Inventars angetreten worden ist, kann der Benefizial-Erbe zum Verwalter der Masse bestellt werden. Die Befugnisse und Obliegenheiten desselben sind jedoch lediglich nach den allgemeinen Bestimmungen zu beurtheilen, welche im Konkurse in Betreff des Verwalters der Masse gelten.

Wird eine andere Person zum Verwalter bestellt, so hat der Erbe an diese den Nachlaß auszuliefern und derselben über seine Verwaltung seit dem Ableben des Erblassers Rechnung zu legen.

§. 339. Die Eröffnung des Konkurses kann in allen Fällen unterbleiben, wenn bei dem Gericht bekannt ist, daß der Gemeinschuldner ein den Kosten des Konkursverfahrens entsprechendes Vermögen nicht besitzt.

In dieser Beziehung sind Besoldungen und andere an die Person des Gemeinschuldners gebundene Einkünfte, ingleichen Grundstücke und sonstige Gegenstände, so weit sie mit Pfand- und Hypothekenschulden belastet sind, von dem Vermögen bei dessen Schätzung in Abrechnung zu bringen.

Der gemeine Konkurs findet also in allen Fällen Statt, in denen der kaufmännische Konkurs nicht eintritt. Er ist nicht von der Zahlungseinstellung abhängig, wie der kaufmännische Konkurs, sondern der Nachweis der wirklichen Vermögenslosigkeit ist eine Grundbedingung des Gemein-Konkurses. In einigen Fällen wird die Vermögenslosigkeit eo ipso als erwiesen angenommen (§. 323.) — sie stimmen mit den desfallsigen Fällen der alten Konkurs-Ordnung überein, vergl. §. 4. Thl. I. Tit. 50. u. §. 64. Thl. I. Tit. 51. A. G. O.; — in allen anderen Fällen muß die Vermögenslosigkeit nachgewiesen werden. Von Amtswegen wird der Konkurs nie eröffnet; die Eröffnung des Konkurses kann vielmehr nur auf Antrag eines Gläubigers stattfinden. Vergl. Anh. §§. 311., 312. Tit. 50. Thl. I. A G. O. Ueber die Art und Weise und die Zeit der Konkurs-Eröffnung bestimmen §§. 326. ff.

In Betreff des Verfahrens im gemeinen Konkurse hat das neue Gesetz die Vorschriften über das Verfahren im kaufmännischen Konkurse (Tit. 2. Abschn. 3.—16.) als Regel hingestellt, und die in der Natur der Sache liegenden Modifikationen in den §§. 334., 335., 336. aufgeführt. Vergl. §§. 65., 134., 215., 295. Tit. 50. Thl. I. A. G. O., mit denen die Bestimmungen der §§ 336., 337. u. 338. im Wesentlichen übereinstimmen.

Dritter Abschnitt.

Strafbestimmungen.

§. 340. Der Gemeinschuldner, über dessen Vermögen der Konkurs eröffnet worden ist, wird mit Gefängniß bis zu Einem

Jahre bestraft, wenn er einen Gläubiger zum Nachtheil der übrigen Gläubiger befriedigt oder begünstigt, obgleich er zur Zeit dieser Befriedigung oder Begünstigung nicht nur von der Unzulänglichkeit seines Vermögens, sondern zugleich auch davon Kenntniß hatte, daß die Konkurs-Eröffnung bereits beantragt war.

Dieselbe Strafe trifft im Falle der Eröffnung des Konkurses über einen Nachlaß den Erben des Gemeinschuldners, wenn er sich gleicher Handlungen in Ansehung der Nachlaßgläubiger schuldig macht.

§. 341. Der Gläubiger, welcher nach erlangter Kenntniß von der gerichtlichen Anzeige der Vermögensunzulänglichkeit des Gemeinschuldners oder von dem Antrage auf Konkurs-Eröffnung zu seiner Begünstigung und zum Nachtheil der übrigen Gläubiger einen besonderen Vertrag mit dem Gemeinschuldner oder dessen Erben eingeht, oder welcher sich von demselben oder anderen Personen besondere Vortheile dafür gewähren oder versprechen läßt, daß er bei der Berathung und Beschlußnahme der Gläubiger in einem gewissen Sinne stimme, wird mit Gefängniß bis zu Einem Jahre bestraft.

Auch kann gegen denselben zugleich auf zeitige Untersagung der Ausübung der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden.

Vergl. die Strafbestimmungen in den §§. 305. u. 306., mit denen die Strafbestimmungen in den §§. 340. u. 341. übereinstimmen. Statt der Zahlungseinstellung ist hier Kenntniß von der Unzulänglichkeit des Vermögens und Antrag auf Konkurs-Eröffnung substituirt.

Vierter Titel.

Von dem erbschaftlichen Liquidations-verfahren.

§. 342. Jeder Benefizial-Erbe ist berechtigt, das Liquidationsverfahren über den Nachlaß seines Erblassers zu beantragen.

Sind mehrere Erben vorhanden, so steht der Antrag jedem einzelnen derselben in Beziehung auf den ganzen Nachlaß zu, selbst wenn die übrigen Erben die Erbschaft ohne Vorbehalt der Rechtswohlthat des Inventars angetreten haben.

§. 343. Der Antrag auf Eröffnung des Liquidationsverfahrens ist nur innerhalb Eines Jahres, von der erlangten Wissenschaft von dem Anfall der Erbschaft an gerechnet, zulässig.

Der Antrag muß in dem Gerichtsstande der Erbschaft angebracht werden.

§. 344. Ist das Nachlaß-Inventar nicht bereits errichtet, so muß der Erbe gleichzeitig mit dem Antrage auf Eröffnung des Liquidationsverfahrens ein Verzeichniß der bekannten Erbschaftsgläubiger und der Legatare übergeben, sowie ein Inventar über

die zum Nachlasse gehörigen Vermögensstücke einreichen oder die gerichtliche Inventur derselben beantragen.

Die gerichtliche Inventur muß stattfinden, wenn von mehreren Erben auch nur Einer dieselbe verlangt.

§. 345. Der Erbe, welcher auf Eröffnung des Liquidationsverfahrens vorschriftsmäßig angetragen hat, bleibt in dem Besitz und der Verwaltung des Nachlasses; er kann vor der Beendigung des Verfahrens zu keiner Zahlung an Legatare oder an solche Erbschaftsgläubiger angehalten werden, welche nur einen persönlichen Anspruch geltend machen.

Hierdurch wird jedoch die Fortführung der bereits anhängigen Prozesse und die Einleitung neuer Klagen, so wie die Anlegung von Arresten auf Nachlaßgegenstände nicht ausgeschlossen.

Auch bleibt die Eröffnung des Konkurses über den Nachlaß in Gemäßheit der darüber geltenden Bestimmungen (§§. 321. bis 323.) jederzeit zulässig.

§. 346. Haben mehrere Erben das Liquidationsverfahren beantragt, so sind dieselben gehalten, einen gemeinschaftlichen Bevollmächtigten in dem Bezirk des Gerichts zu bestellen und dem Gericht anzuzeigen.

So lange dies nicht geschehen ist, werden die in dem Verfahren ergehenden Zustellungen an die Erben als gültig bewirkt angesehen, wenn sie auch nur an Einen der Erben erfolgt sind.

§. 347. Bei der Eröffnung des Liquidationsverfahrens sind die sämmtlichen Erbschaftsgläubiger und Legatare aufzufordern, ihre Ansprüche, dieselben mögen bereits rechtshängig sein oder nicht, bis zu einem gewissen Tage bei dem Gericht schriftlich oder zu Protokoll anzumelden.

Die Bestimmung der Anmeldungsfrist hängt von dem Ermessen des Gerichts ab; doch darf die Frist nicht unter drei Wochen und nicht über sechs Monate vom Tage der Aufforderung an betragen.

§. 348. Der Aufforderung ist die Verwarnung beizufügen, daß die Erbschaftsgläubiger und Legatare, welche ihre Forderungen nicht innerhalb der bestimmten Frist anmelden, sich wegen ihrer Befriedigung nur an dasjenige halten können, was nach vollständiger Berichtigung aller rechtzeitig angemeldeten Forderungen von der Nachlaßmasse, mit Ausschluß aller seit dem Ableben des Erblassers gezogenen Nutzungen, übrig bleibt.

Zugleich ist in der Aufforderung eine öffentliche Sitzung des Gerichts zur Abfassung des Präklusions-Erkenntnisses anzuberaumen.

§. 349. Die Aufforderung ist öffentlich bekannt zu machen.

Die öffentliche Bekanntmachung erfolgt durch eine oder mehrere Anzeigen in öffentlichen Blättern nach dem Ermessen des Gerichts, so wie durch öffentlichen Anschlag an der Gerichtsstelle und an anderen geeigneten Orten.

Die Aufforderung ist außerdem der Steuer-Erhebungsstelle

und dem Gemeinde-Vorstande am letzten Wohnorte des Erblassers, so wie jedem Erbschaftsgläubiger und Legatar, welcher in dem Nachlaß-Inventar oder in dem übergebenen Verzeichnisse (§. 344.) aufgeführt steht, ingleichen dem Erben in einfacher Abschrift zu übersenden. Jedoch ist in keinem Falle die Wirksamkeit der Aufforderung von dieser besonderen Zustellung abhängig.

§. 350. Die Anmeldung der Forderung muß den Namen, Wohnort und Stand des Gläubigers, so wie den Betrag und den Rechtsgrund der Forderung enthalten. Die Beweismittel für die Richtigkeit der Forderung sind der Anmeldung beizufügen oder darin anzugeben; wird die Anmeldung schriftlich eingereicht, so ist eine Abschrift derselben und ihrer Beilagen beizufügen.

§. 351. Die eingehenden Anmeldungen sind dem Erben in Abschrift mitzutheilen.

Nach dem Ablauf der Anmeldungsfrist ist ein Verzeichniß der sämmtlichen angemeldeten Forderungen aufzustellen.

§. 352. In der zur Abfassung des Präklusions-Erkenntnisses anberaumten öffentlichen Sitzung des Gerichts wird das Verzeichniß der angemeldeten Forderungen vorgetragen; die etwa erschienenen Interessenten sind mit ihren Bemerkungen und Anträgen zu hören.

Findet das Gericht die vorgeschriebenen Förmlichkeiten nicht gehörig beobachtet, so ist die Nachholung des Erforderlichen oder die Wiederholung des Verfahrens durch einen Beschluß anzuordnen.

Sind dagegen die Förmlichkeiten beobachtet, so schreitet das Gericht zur Abfassung des Erkenntnisses. Das Gericht hat darin die Erbschaftsgläubiger und Legatare, welche sich innerhalb der bestimmten Frist gemeldet haben, einzeln aufzuführen und denselben ihre Rechte wegen der angemeldeten Forderungen vorzubehalten; gegen alle übrigen ist die Ausschließung mit ihren Ansprüchen an den Nachlaß in Gemäßheit der der Aufforderung beigefügten Verwarnung (§. 348.) auszusprechen; hierbei sind die bekannten Erbschaftsgläubiger und Legatare (§. 349.) namentlich auszuschließen.

§. 353. Eine Ausfertigung des Erkenntnisses ist dem Erben zuzustellen.

Eine zweite Ausfertigung für alle übrigen Betheiligten ist durch öffentlichen Aushang an der Gerichtsstelle bekannt zu machen. Die Insinuation gilt als bewirkt, wenn die Ausfertigung vierzehn Tage lang ausgehangen hat.

Wird gegen einen bekannten Erbschaftsgläubiger oder Legatar die Ausschließung ausgesprochen (§. 352.), so ist demselben das Erkenntniß, soweit es ihn betrifft, abschriftlich mitzutheilen.

§. 354. Den Erbschaftsgläubigern und Legataren, welche von der durch das Erkenntniß ausgesprochenen Ausschließung (§. 352.) betroffen werden, steht gegen das Erkenntniß nur das Rechtsmittel der Restitution zu.

§. 355. Sobald das Präklusions-Erkenntniß die Rechtskraft

beschritten hat, oder die Beschwerden gegen dasselbe endgültig erledigt sind, ist das gerichtliche Verfahren beendigt. Dem Erben bleibt überlassen, sich mit den Erbschaftsgläubigern und Legataren wegen der Berichtigung der angemeldeten Nachlaßschulden zu benehmen.

Das Gericht hat die Beendigung des Verfahrens öffentlich bekannt zu machen (§. 349.).

Die Beweisstücke, welche zur Begründung der angemeldeten Forderungen eingereicht worden sind, müssen den Interessenten auf Verlangen zurückgegeben werden; auch steht den Interessenten frei, das Nachlaß-Inventar in dem Büreau des Gerichts einzusehen.

§. 356. Erklärt der Erbe bei dem Gericht, daß er die sämmtlichen angemeldeten Forderungen, soweit solche in Richtigkeit beruhen, befriedigen will, ohne sich dagegen der Rechtswohlthat des Inventars zu bedienen, so wird er für die angemeldeten Forderungen, soweit sie in Richtigkeit beruhen, persönlich verhaftet; die übrigen Forderungen können nur in sofern gegen ihn geltend gemacht werden, als die Gläubiger und Legatare beweisen, daß nach Befriedigung jener Forderungen noch Nachlaßmasse übrig bleibt.

Sind mehrere Erben vorhanden, so findet vorstehende Bestimmung auf jeden einzelnen von ihnen Anwendung.

§. 357. Wenn der Erbe, oder unter mehreren Erben auch nur einer von ihnen, binnen zwei Monaten seit dem Tage der öffentlichen Bekanntmachung über die Beendigung des Verfahrens (§. 355.) weder diese Erklärung (§. 356.) abgiebt, noch auf die Rechtswohlthat des Inventars verzichtet, so kann von jedem Gläubiger oder Legatar die Eröffnung des Konkurses beantragt werden, ohne daß es des besonderen Nachweises der Unzulänglichkeit des Nachlasses bedarf.

§. 358. Die gerichtlichen Kosten des Liquidationsverfahrens gehören zu den Nachlaßschulden und sind vorweg zu berichtigen.

Dies gilt auch von den, durch die Einlegung der Restitution gegen das Präklusions-Erkenntniß erwachsenen gerichtlichen Kosten, soweit dieselben nicht dem Restitutionssucher zur Last fallen.

§. 359. Faustpfandgläubiger und andere Realgläubiger (§§. 31. bis 33.) sind von der Einlassung in das erbschaftliche Liquidations-Verfahren befreit, soweit sie ihre Befriedigung aus den ihrem Realrecht unterworfenen Nachlaßgegenständen suchen.

Sie haben demnach, ohne Rücksicht auf die erfolgte Eröffnung des Liquidations-Verfahrens, die Befugniß, ihre Forderungen gegen den Erben im gewöhnlichen Wege geltend zu machen und sich an die verhafteten Gegenstände nach den allgemeinen Vorschriften über die Exekution und nothwendige Subhastation zu halten.

Die nothwendige Subhastation kann auch von dem Erben selbst in Antrag gebracht werden.

§. 360. Wenn im Laufe des erbschaftlichen Liquidations-

Verfahrens oder nach Beendigung desselben der Konkurs über den Nachlaß eröffnet wird, so sind alle Schriftstücke und Verhandlungen, welche das Liquidations-Verfahren betreffen, an das Konkurs-Gericht abzugeben.

Der Erbe hat dem Verwalter der Masse Rechnung zu legen.

In dem Konkurse bedarf es keiner nochmaligen Anmeldung der Forderungen, welche bereits in dem erbschaftlichen Liquidations-Verfahren rechtzeitig angemeldet worden sind; es ist nur die Anmeldung des Vorrechts nachzuholen, sofern ein solches für die angemeldete Forderung in Anspruch genommen wird.

Die im Liquidations-Verfahren angemeldeten Forderungen sind in die bei der Prüfungsverhandlung zum Grunde zu legende tabellarische Nachweisung (§§. 164. 165.) aufzunehmen.

Ein Akkord findet nicht Statt.

Gläubiger, welche mit ihren Forderungen an den Nachlaß im Liquidations-Verfahren ausgeschlossen worden sind (§. 352.) können im Konkurse erst nach Befriedigung der Gläubiger, welchen in dem Präklusionserkenntnisse ihre Ansprüche vorbehalten sind, aus der Masse Befriedigung erhalten.

§. 361. Was in dem gegenwärtigen Titel hinsichtlich des Benefizialerben verordnet ist, gilt auch von dem Nachlaßkurator, soweit nicht die Einschränkungen, welchen derselbe bei der Führung der Kuratel gesetzlich unterworfen ist, von selbst Abänderungen bedingen.

Ueber den erbschaftlichen Liquidationsprozeß s. A. G. O. Thl. I. Tit. 51. Abschn. 2. Das neue Gesetz hat den erbschaftlichen Liquidationsprozeß gestrichen und hat ihn in ein öffentliches Aufgebot der Nachlaßgläubiger verwandelt, wodurch der Erbe Uebersicht über die Nachlaßschulden erlangt und das Interesse der Gläubiger besser gewahrt wird, als im erbschaftlichen Liquidationsprozeß. Die Befugniß, auf Eröffnung des Verfahrens anzutragen, steht dem Erben während der Dauer eines Jahres zu. Eine weitere Bedingung des Verfahrens ist die rechtzeitige Einbringung des Nachlaß-Inventars. Der Erbe kann dasselbe selbst errichten oder gerichtlich aufnehmen lassen. In dem im §. 344. erwähnten Falle muß es gerichtlich aufgenommen werden. Vgl. §. 436. Thl. I. Tit. 9. A. L. R. und §. 62. Thl. I. Tit. 50. A. G. O. und §. 2. d. V. v. 4. März 1834. Die Wirkungen des vorschriftsmäßigen Antrages auf Eröffnung des Verfahrens sind dieselben, wie in der alten Konkurs-Ordnung. Vgl. §§. 61., 64., 72., 86., 88. Thl. I. Tit. 51. A. G. O.

Die Formen des Verfahrens enthalten die §§. 346. ff. Ueber die Befriedigung der Realgläubiger enthält die nöthigen Bestimmungen der §. 58., welche von dem früheren Recht nicht abweichen. Vgl. §§. 1., 3., 5., 7. d. V. v. 28. Dezbr. 1840., §. 2. Nr. 2 d. V. v. 4. März 1834 und §. 4. d. V. v. 28. März 1840.

Fünfter Titel.

Von dem Prioritätsverfahren in der Exekutions-Instanz.

Erster Abschnitt.

Von dem Prioritätsverfahren bei Exekutionsvollstreckungen in das bewegliche Vermögen.

§. 362. Wenn ein Gläubiger im Wege der Exekution bewegliche Sachen seines Schuldners in Beschlag genommen hat, so können andere Gläubiger desselben Schuldners wegen Forderungen, welche gegen den letzteren vollstreckbar sind, der Beschlagnahme beitreten und aus den in Beschlag genommenen Sachen ihre Befriedigung suchen.

§. 363. Wenn ein Gläubiger im Wege der Exekution eine ausstehende Forderung seines Schuldners in Beschlag genommen hat, oder zur Einklagung einer solchen Forderung mit den Rechten eines Assignatars ermächtigt worden ist, so können andere Gläubiger auf Grund eines vollstreckbaren Titels der Beschlagnahme der Forderungen oder der Ermächtigung zur Einklagung derselben beitreten und aus der in Beschlag genommenen Forderung ihre Befriedigung suchen.

Dasselbe findet Statt, wenn ein Gläubiger zum Einklagen solcher Forderungen ermächtigt worden ist, die nicht eine bestimmte Geldsumme, sondern andere körperliche Sachen zum Gegenstande haben.

§. 364. Die Beitrittserklärung ist bei dem Gericht anzubringen, von welchem die Exekution vollstreckt worden ist (§. 362.), oder welches zuerst die Forderung in Beschlag genommen oder die Ermächtigung zur Einklagung ertheilt hat (§. 363.).

Die Beitrittserklärung muß den Nachweis der Vollstreckbarkeit der Forderung des Gläubigers enthalten, sowie den Betrag der Forderung und das Vorzugsrecht angeben, welches der Gläubiger in Anspruch nimmt.

Wird die Beitrittserklärung zulässig befunden, so ist dieselbe den übrigen Exekutionssuchern, sowie dem Schuldner bekannt zu machen. Handelt es sich um eine ausstehende Forderung des Schuldners, so muß auch der, gegen welchen dem Schuldner die

Forderung zusteht, von der Beitrittserklärung in Kenntniß gesetzt werden.

§. 365. Wenn ein oder mehrere Gläubiger der Ermächtigung zur Einklagung einer ausstehenden Forderung beigetreten sind, so kann die Klage nur von allen gemeinschaftlich angestellt werden, oder es müssen, wenn die Klage bereits von einem Gläubiger angestellt worden ist, die übrigen Gläubiger diesem Prozesse beitreten. Der Prozeß ist in solchen Fällen durch einen gemeinschaftlichen Bevollmächtigten zu betreiben; findet über die Wahl des Bevollmächtigten keine Einigung unter den Gläubigern Statt, so wird derselbe von dem Gericht bestellt.

§. 366. Wenn sich ergiebt, daß die in Beschlag genommenen Sachen zur vollständigen Befriedigung der Gläubiger, welche aus denselben ihre Befriedigung suchen, nicht zulänglich sind, so ist der Erlös aus den Sachen in gerichtliche Verwahrung zu nehmen.

Ist die ausstehende Forderung zur vollständigen Befriedigung der Gläubiger, welche aus derselben ihre Befriedigung suchen (§. 363.), nicht zulänglich, so muß der zur Zahlung Verpflichtete die Zahlung zum gerichtlichen Depositorium leisten.

Hat die Forderung nicht eine bestimmte Geldsumme, sondern andere körperliche Sachen zum Gegenstande, so ist der Erlös aus den durch die Einziehung der Forderung herbeigeschafften Sachen im Falle der Unzulänglichkeit desselben in gerichtliche Verwahrung zu nehmen.

In Ermangelung einer gütlichen Einigung der Gläubiger ist demnächst die Vertheilung der Masse im Wege des Prioritätsverfahrens zu bewirken.

§. 367. Das Gericht hat das Prioritätsverfahren von Amtswegen durch Beschluß zu eröffnen.

Die Eröffnung des Prioritätsverfahrens ist dem Schuldner, sowie den betheiligten Gläubigern bekannt zu machen.

§. 368. In dem Prioritätsverfahren bestimmen sich die Theilnahmerechte der Gläubiger nach den Vorschriften über die Rangordnung der Konkurs-Gläubiger (Tit. I. Abschn. 8.).

Wo nach diesen Vorschriften bei Bestimmung der Vorrechte der Zeitpunkt der Konkurs-Eröffnung in Betracht kommt, ist an dessen Stelle der Tag maaßgebend, an welchem für die betreffende Forderung die Beschlagnahme erfolgt, oder die Ermächtigung zur Einklagung ertheilt, oder die Beitrittserklärung für zulässig erklärt ist (§. 364.).

Die im §. 84. erwähnten Forderungen können in dem Prioritätsverfahren geltend gemacht werden; sie haben jedoch erst nach vollständiger Berichtigung aller übrigen Forderungen Anspruch auf Befriedigung aus der Masse.

Besteht der Gegenstand einer Forderung in fortlaufenden Hebungen, so findet ein Anspruch auf Sicherstellung von künftigen Hebungen aus der Masse nur Statt, in sofern gegen den Schuld-

ner die Verpflichtung zur Sicherstellung durch einen vollstreckbaren Titel ausdrücklich festgesetzt worden ist.

Der Lauf der Zinsen hört der Masse gegenüber mit dem Tage der Eröffnung des Prioritätsverfahrens auf.

§. 369. Behufs der Vertheilung der Masse unter die Gläubiger ist ein Theilungsplan anzufertigen.

In demselben wird zuvörderst der vorhandene Bestand der Masse festgestellt und der Betrag der Kommunkosten vorweg in Abzug gebracht (§§. 40. 41.).

Sodann sind die Forderungen der Gläubiger einzeln aufzuführen und in ihren Beträgen darzustellen. Diejenigen Forderungen, für welche ein Vorzugsrecht in Anspruch genommen ist, sind vorläufig so zu behandeln, als wenn das verlangte Vorzugsrecht endgültig festgestellt worden wäre.

Demnächst ist anzugeben, welche Beträge von der zu vertheilenden Masse auf die einzelnen Forderungen fallen.

§. 370. Nach der Aufstellung des Theilungsplanes ist zur Erklärung und Verhandlung über denselben, sowie zur Ausführung der Vertheilung ein Termin vor einem Kommissar des Gerichts anzuberaumen.

Zu diesem Termin sind die Gläubiger und der Schuldner unter Mittheilung des Theilungsplanes vorzuladen.

§. 371. Neue Beitrittserklärungen, sowie Anmeldungen von Vorrechten werden nach der Aufstellung des Theilungsplanes noch zugelassen; jedoch bleiben dieselben unberücksichtigt, wenn sie nicht spätestens sieben Tage vor dem anberaumten Termin (§. 370.) angebracht werden.

Sind nachträgliche Beitrittserklärungen oder Anmeldungen von Vorrechten rechtzeitig erfogt, so ist der Theilungsplan danach vor dem Termin abzuändern.

§. 372. Bei der Verhandlung in dem Termin und bei der Ausführung der Vertheilung kommen die für die Vertheilungen im Konkurs-Verfahren geltenden Vorschriften zur Anwendung (§§. 243. bis 245.).

Einwendungen gegen den Theilungsplan, welche erst nach dem Beginn der Ausführung der Vertheilung angebracht werden, bleiben unbeachtet.

§. 373. Jeder bei dem Prioritätsverfahren betheiligte Gläubiger ist befugt, im Wege der Einwendung gegen den Theilungsplan die nachbezeichneten Forderungen anderer betheiligten Gläubiger als ungültig anzufechten:

1) Forderungen als Rechtshandlungen, welche der Schuldner in der dem anderen Theile bekannten Absicht vorgenommen hat, sie nur zum Schein vorzunehmen oder die Gläubiger auf andere Weise zu bevortheilen;
2) Forderungen aus Entscheidungen und Mandaten, wenn da-

bei Umstände zum Grunde liegen, bei welchen eine gleiche Absicht (Nr. 1.) erhellt;

3) Forderungen aus freigebigen Verfügungen (§. 102. Nr. 2.), welche der Schuldner zum Vortheil seines Ehegatten nach geschlossener Ehe vorgenommen hat;
4) Forderungen der Ehefrau des Schuldners oder der Rechtsnachfolger der Ehefrau auf Sicherstellung oder Rückzahlung des in die Verwaltung des Schuldners gekommenen Vermögens der Ehefrau, sofern ein Fall der gesetzlichen Verpflichtung zur Sicherstellung der Ehefrau oder zur Herausgabe des Vermögens derselben nicht vorliegt;
5) Forderungen, deren Nachweis durch Empfangsbekenntnisse, Anerkenntnisse oder Zugeständnisse geführt worden ist, welche der Schuldner seinem Ehegatten gegenüber, vor oder nach geschlossener Ehe, ausdrücklich oder stillschweigend, insbesondere im Kontumazialverfahren, abgegeben hat; sofern nicht die Richtigkeit des Empfangsbekenntnisses, Anerkenntnisses oder Zugeständnisses, oder der im Kontumazialverfahren festgestellten Umstände anderweit nachgewiesen wird.

§. 374. Wird eine Forderung auf Grund der vorstehenden Bestimmungen (§. 373.) als ungültig angefochten und keine Einigung der Interessenten erzielt, so hat der Kommissar in dem Termin eine auf die Anfechtung der Forderung gerichtete Klage oder Klageanmeldung aufzunehmen, auf welche demnächst die weitere Verfügung ergeht.

Setzt der anfechtende Gläubiger die Klage nicht fort, so gilt die mittelst der Anfechtung angebrachte Einwendung gegen den Theilungsplan als zurückgenommen.

§. 375. Bei der Anfechtung kommen die Grundsätze zur Anwendung, welche im Konkurse bei der Anfechtung der vor der Konkurs-Eröffnung vorgefallenen Rechtshandlungen gelten (§§. 104., 105., 109., 111., 112.).

Soweit die Ungültigkeit der angefochtenen Forderungen festgestellt wird, bleiben dieselben von der Theilnahme an der Masse ausgeschlossen.

§. 376. Gläubiger, welchen die auf den Antrag anderer Gläubiger in Beschlag genommenen Sachen oder überwiesenen Forderungen als Faustpfand haften (§§. 31. 32.), sind dem Fortgange der Exekutionsvollstreckung in diese Gegenstände zu widersprechen nicht befugt. Sie können jedoch aus denselben, auch wenn ihre Forderungen noch nicht fällig sind, vor allen anderen Gläubigern Befriedigung verlangen.

Wird der Anspruch der Faustpfandgläubiger bestritten, so ist derselbe von ihnen mittelst einer Interventionklage in einem besonderen Prozesse auszuführen. Zur Anstellung der Interventionsklage hat das Gericht erforderlichenfalls eine Frist zu bestimmen. Läuft dieselbe fruchtlos ab, so wird auf den Anspruch nur dann weitere

Rücksicht genommen, wenn die Klage noch vor dem Termin zur Vertheilung der Masse angestellt wird.

Die Klage muß bei dem Gericht, welchem die Vertheilung der Masse zusteht, angestellt und sowohl gegen die widersprechenden Gläubiger, als gegen den Schuldner, wenn dieser den Anspruch bestreitet, gerichtet werden.

Ueber das Prioritäts-Verfahren in der Exekutions-Instanz in Ansehung der beweglichen Sachen vgl. §. 51. Tit. 51. Thl. I. und Anh. §. 380. d. A. G. O. Es wird darin die Abfassung eines Prioritäts-Erkenntnisses vorgeschrieben, über das weitere Verfahren aber nichts bestimmt. Das Prioritäts-Erkenntniß fällt im neueren Gesetz weg. Es findet sofort die Vertheilung Statt, die Feststellung der etwa vorhandenen Vorrechte erfolgt im Vertheilungsverfahren. Zugleich hat das Verfahren bestimmtere Formen erhalten. Die Eröffnung des Verfahrens erfolgt durch einen Beschluß des Gerichts.

Der im §. 51. Tit. 51. Thl. I. d. A. G. O. ausgesprochene Grundsatz ist im §. 362. beibehalten und auch im Falle der Ueberweisung von Forderungen festgehalten worden (§. 363). Ist der Erlös aus den in Beschlag genommenen Sachen zur Befriedigung aller Gläubiger nicht hinreichend, so wird derselbe in gerichtliche Verwahrung genommen und es erfolgt die Eröffnung des Prioritätsverfahrens durch Beschluß des Gerichts (§. 367.). In dem Prioritätsverfahren selbst bestimmen sich die Theilnahmerechte der Gläubiger nach den Vorschriften über die Rangordnung der Konkurs-Gläubiger (§. 368.), jedoch mit zwei Abänderungen:

1) wo bei Bestimmung der Vorrechte der Zeitpunkt der Konkurs-Eröffnung im Konkurse in Betracht kommt, wird außerhalb des Konkurs-Verfahrens der Tag substituirt, an welchem für die entsprechende Forderung die Beschlagnahme erfolgt, oder die Ermächtigung zur Einklagung ertheilt, oder die Beitrittserklärung für zuläßig erklärt worden ist;
2) in Betreff der Ansprüche auf fortlaufende Hebungen sind, in sofern es sich um Forderungen von künftigen Hebungen handelt, andere Bestimmungen aufgestellt, als im Konkurse.

Neue Beitrittserklärungen sind auch während des Verfahrens zuläßig; jedoch müssen dieselben spätestens 7 Tage vor dem im §. 370. erwähnten Termine angebracht werden. Dies ist eine Aenderung des im §. 51. Tit. 51. Thl. I. d. A. G. O. und Anh. §. 380. aufgestellten Prinzips, wonach neue Ansprüche sogar so lange berücksichtigt werden müssen, als die Vertheilung der Masse nicht wirklich ausgeführt ist.

Ueber die Regulirung der Befugniß der Gläubiger im Prioritätsverfahren, die Forderungen anderer Gläubiger als ungültig anzufechten, s. §§. 373.—375. Die Bestimmungen über die Zuläßigkeit der Intervention der Pfandgläubiger enthält §. 376.

Zweiter Abschnitt.

Von dem Prioritätsverfahren bei Exekutions-Vollstreckungen in Besoldungen und andere an die Person des Schuldners gebundene fortlaufende Einkünfte.

§. 377. Die im Wege der Exekution erfolgte Beschlagnahme von Besoldungen, Dienstemolumenten, Wartegeldern, Pensionen, Fideikommiß- oder Lehnsnutzungen, oder anderen an die Person des Schuldners gebundenen fortlaufenden Einkünften erstreckt sich sowohl auf die bereits fälligen, als auf die künftigen Beträge derselben.

Die einmal erfolgte Beschlagnahme des Diensteinkommens umfaßt auch jedes Diensteinkommen, welches bei später eintretenden Veränderungen durch Versetzung, durch Uebernahme neuer Aemter oder durch Gehaltszulage erworben wird.

§. 378. Wenn Besoldungen oder andere an die Person des Schuldners gebundene fortlaufende Einkünfte (§. 377.) von mehreren Gläubigern im Wege der Exekution in Beschlag genommen worden sind, so müssen dieselben gerichtlich vertheilt werden.

§. 379. Die Vertheilung erfolgt jährlich mit dem Ablauf des Kalenderjahres, sobald die letzte Hebung eingegangen ist.

§. 380. Bei den Vertheilungen ist nach folgenden Grundsätzen zu verfahren:

1) Forderungen, welchen ein Vorrecht zusteht (§. 368.), werden vorzugsweise befriedigt;
2) von den übrigen Forderungen kommen zunächst die vor der ersten Beschlagnahme entstandenen zur Hebung. Dabei fällt die Einnahme des ersten Jahres denjenigen Gläubigern zu, welche die erste Beschlagnahme ausgebracht haben. Die Einnahme des zweiten Jahres wird zu gleichen Rechten auf sämmtliche Gläubiger vertheilt, welche während des ersten Jahres die Beschlagnahme ausgebracht haben oder derselben beigetreten sind. Bei der Vertheilung der Einnahme des dritten und jeden folgendes Jahres treten den früher theilnehmenden Gläubigern immer noch diejenigen mit gleichen Rechten hinzu, welche in dem zunächst vorangegangenen Jahre der Beschlagnahme beigetreten sind;
3) erst nach Berichtigung dieser Forderungen (Nr. 2.) kommen die nach der ersten Beschlagnahme entstandenen Forderungen zur Hebung. Hierbei schließt derjenige Gläubiger, welcher der Beschlagnahme früher beigetreten ist, die später beige-

tretenen Gläubiger aus; sind mehrere Gläubiger an demselben Tage beigetreten, so haben sie gleiche Rechte.

4) Die Vertheilung unter die gleichberechtigten Gläubiger geschieht nach Verhältniß des Betrages ihrer Forderungen.

§. 381. Im Uebrigen kommen bei den jährlichen Vertheilungen die Vorschriften des ersten Abschnitts (§§. 369., 370., 372. bis 375.) zur Anwendung.

§. 382. Bestehen die in Beschlag genommenen fortlaufenden Einkünfte in Revenüen von Immobilien, so finden die Bestimmungen des gegenwärtigen Abschnitts keine Anwendung, in soweit es sich um Vertheilungen unter die Realgläubiger handelt.

Ueber das Verfahren wegen Vertheilung von Besoldungen und anderer dergleichen Einkünfte des Schuldners vgl. §§. 17.—20. d. V. v. 4. März 1834. Die dort aufgestellten Grundsätze hat das neue Gesetz im Wesentlichen beibehalten.

Dritter Abschnitt.

Von der Vertheilung der Kaufgelder bei nothwendigen Subhastationen.

§. 383. Bei den im Wege der Exekution erfolgenden nothwendigen Subhastationen von Grundstücken findet die Befriedigung der Realgläubiger aus den Kaufgeldern in der Reihenfolge und in dem Umfange Statt, welche für die Vertheilung der Kaufgelder im Falle des Konkurses festgesetzt sind (Titel 1. Abschn. 6.).

§. 384. Das Subhastationspatent muß allemal die Bekanntmachung enthalten, daß die Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuch nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, sich mit ihrem Anspruch bei dem Gericht zu melden haben.

Den Kassen und Anstalten, welchen das Grundstück zu den in den §§. 45. bis 47. des gegenwärtigen Gesetzes bezeichneten Abgaben und Leistungen verpflichtet ist, wird eine Abschrift des Subhastationspatentes zugestellt; jedoch ist die Wirksamkeit der in demselben enthaltenen Bekanntmachung von dieser besonderen Zustellung nicht abhängig.

§. 385. Nach der Publikation des Adjudikations-Bescheides wird von Amtswegen ein Termin zur Belegung und Vertheilung der Kaufgelder vor einem Kommissar des Subhastationsgerichts angesetzt.

Zu diesem Termin sind der Ersteher des Grundstücks, der Extrahent der Subhastation, der Schuldner, sowie die Gläubiger

vorzuladen, welche aus dem Hypothekenbuch ersichtlich sind, oder welche eine aus dem Hypothekenbuche nicht ersichtliche Realforderung angemeldet haben (§. 384.).

Außerdem ist der Termin durch öffentlichen Aushang einer Vorladung an der Gerichtsstelle bekannt zu machen; dieser Aushang gilt als Vorladung in Ansehung der nicht eingetragenen Realgläubiger, welche sich noch nicht gemeldet haben.

§. 386. Die Vorladung des Erstehers des Grundstücks geschieht unter der Verwarnung, daß bei seinem Ausbleiben angenommen werden soll, er könne die zu zahlenden Kaufgelder nicht erlegen.

Die nicht eingetragenen Realgläubiger, sie mögen ihre Forderungen bereits angemeldet haben oder nicht, sind unter der Verwarnung vorzuladen, daß die Ausbleibenden ihres Realanspruchs an die Kaufgelder verlustig werden.

Der Vorladung der übrigen Interessenten ist die Verwarnung beizufügen, daß, ihres Ausbleibens ungeachtet, mit Belegung und Vertheilung der Kaufgelder verfahren, der auf den Ausbleibenden fallende Theil auf dessen Gefahr und Kosten zum Depositum genommen, nach erfolgter Belegung der Kaufgelder das Realrecht der Forderungen für aufgehoben erachtet und die Löschung der eingetragenen Posten im Hypothekenbuche veranlaßt werden soll, ohne daß dazu die Beibringung der Schuld-Urkunden erforderlich ist, daß sie indeß für jeden Mißbrauch, der mit den letzteren geschehen sollte, verantwortlich bleiben.

§. 387. In dem Termin wird zuvörderst festgestellt, was der Ersteher des Grundstücks an Kaufgeldern und Zinsen zu gewähren hat, und wie viel die zu vertheilende Masse nach Abzug der Kommunkosten beträgt.

Demnächst haben sich die Interessenten über die Ansprüche, welche an die Kaufgelder gemacht werden oder aus dem Hypothekenbuche hervorgehen, und über das dafür verlangte oder aus dem Hypothekenbuch hervorgehende Vorrecht zu erklären.

§. 388. Sind die Interessenten einig, oder werden die entstandenen Streitigkeiten beigelegt, so ist demgemäß sofort die Vertheilung der Masse zu bewirken.

Soweit eine zur Hebung kommende Forderung nicht von dem Ersteher mit Bewilligung des Gläubigers übernommen wird, erfolgt die Berichtigung derselben durch Zahlung oder durch Uebereignung eines entsprechenden Betrages von dem etwa verbleibenden Kaufgelderrückstande.

Die auf eingetragene Posten zu zahlenden Beträge, deren gegenwärtige Eigenthümer unbekannt sind, oder zu welchen sich kein legitimirter Empfänger meldet, werden auf Gefahr und Kosten der betreffenden Gläubiger als Spezialmassen in gerichtlicher Aufbewahrung zurückbehalten.

§. 389. Wenn eine Einigung der Interessenten nicht stattfindet, so entwirft der Kommissar, nöthigenfalls mit Hülfe eines Rechnungsverständigen, im Termin einen Theilungsplan, vermerkt bei jeder Forderung, wer die Richtigkeit, das Hypothekenrecht oder das Vorrecht derselben bestreitet, berechnet die Beträge, welche auf die Forderungen, soweit sie unstreitig sind, gezahlt werden können, und vernimmt bei jeder Post die Interessenten, ob sie in die Auszahlung willigen.

Die Posten, bei welchen Niemand etwas erinnert, werden berichtigt (§. 388.); die zur Hebung gelangten streitigen Beträge aber werden als Spezialmassen in gerichtlicher Aufbewahrung zurückbehalten, wenn nicht zwischen allen bei einer solchen Post betheiligten Interessenten ein anderweitiges Abkommen getroffen wird.

§. 390. Den im Termin ausbleibenden eingetragenen Gläubigern werden außer den Kapitalbeträgen vorläufig die laufenden Hypothekenzinsen oder andere Prästationen, sowie die Rückstände derselben für die beiden letzten Jahre (§. 52. Nr. 1. u. 2., §. 54. Nr. 2. u. 3.) bei der Vertheilung berechnet.

Auf Kosten, welche nicht liquidirt worden sind, wird keine Rücksicht genommen.

§. 391. In verwickelten Sachen steht dem Gericht frei, schon vor dem Termin einen vorläufigen Theilungsplan anfertigen zu lassen, welcher alsdann bei der Verhandlung im Termin zum Grunde zu legen ist.

§. 392. Der Schuldner ist befugt, die Richtigkeit, das Hypothekenrecht und das Vorrecht der einzelnen Forderungen zu bestreiten.

In gleicher Art ist hierzu auch jeder im Termin anwesende Realgläubiger befugt, in sofern durch die Theilnahme der einzelnen Forderungen an der Masse oder durch die Ausübung des verlangten Vorrechts seiner Befriedigung Eintrag geschieht.

§. 393. Jeder in dem Termin anwesende betheiligte Realgläubiger (§. 392.) kann im Wege der Einwendung die nachbezeichneten Forderungen anderer Gläubiger nach Maaßgabe der im ersten Abschnitt ertheilten näheren Bestimmungen (§. 375.) als ungültig anfechten:

1) Forderungen aus Rechtshandlungen, welche der Schuldner in der dem anderen Theil bekannten Absicht vorgenommen hat, sie nur zum Schein vorzunehmen oder die Gläubiger auf andere Weise zu bevortheilen;
2) Forderungen aus Entscheidungen oder Mandaten, wenn dabei Umstände zum Grunde liegen, bei welchen eine gleiche Absicht (Nr. 1.) erhellt;
3) Forderungen aus freigebigen Verfügungen (§. 102. Nr. 2.), welche der Pfandbesteller zum Vortheil seines Ehegatten nach geschlossener Ehe vorgenommen hat;

4) Forderungen der Ehefrau des Pfandbestellers oder der Rechtsnachfolger der Ehefrau auf Befriedigung wegen des in die Verwaltung des Mannes gekommenen Vermögens der Ehefrau, sofern ein Fall der gesetzlichen Verpflichtung zur Sicherstellung der Ehefrau oder zur Herausgabe des Vermögens derselben nicht vorlag;

5) Forderungen, die sich auf Empfangsbekenntnisse, Anerkenntnisse oder Zugeständnisse gründen, welche der Pfandbesteller seinem Ehegatten gegenüber, vor oder nach geschlossener Ehe, ausdrücklich oder stillschweigend, insbesondere im Kontumazialverfahren, abgegeben hat, sofern nicht die Richtigkeit des Empfangsbekenntnisses, Anerkenntnisses oder Zugeständnisses, oder der im Kontumazialverfahren festgestellten Umstände anderweit nachgewiesen wird.

§. 394. Wenn eine Forderung in Ansehung der Richtigkeit des Hypothekenrechts oder des Vorrechts bestritten wird, oder wenn eine Forderung als ungültig angefochten wird, so hat der Gläubiger, welcher dieselbe geltend macht, seinen Anspruch gegen die widersprechenden oder anfechtenden Interessenten (§§. 387. 388.) in einem besonderen Prozesse auszuführen.

Zu diesem Behuf muß der Gläubiger den Anspruch im Termin näher begründen, oder sich eine besondere Klageschrift vorbehalten. Wenn dies nicht geschieht, oder wenn er die Klage nicht binnen vierzehn Tagen einreicht, so wird angenommen, daß er sich lediglich auf den Inhalt des Hypothekenbuchs und der überreichten Urkunden bezieht.

Wird eine besondere Klage nicht eingereicht, so dient eine Abschrift des Protokolls oder ein Auszug aus demselben in dem Spezialprozesse als Klageschrift. Auf die Klage ist mit der Klagebeantwortung, sowie mit der Verhandlung und Entscheidnng der Sache nach den für den ordentlichen Prozeß geltenden Vorschriften weiter zu verfahren.

Das Erkenntniß muß zugleich darüber entscheiden, an wen der streitige Kaufgelderbetrag auszuzahlen oder zu übereignen ist, oder nach Befinden die anderweite Vertheilung anordnen.

Der Spezialprozeß gehört vor das Subhastationsgericht innerhalb seiner Kompetenz in Civilprozessen.

§. 395. Wenn eine Forderung ungetheilt auf mehreren Grundstücken haftet, so kommen die für diesen Fall im Konkurse gegebenen Vorschriften (§. 56.) zur Anwenduug.

§. 396. Die noch nicht fälligen Forderungen werden wie fällige behandelt; der Gläubiger kann die Annahme einer noch nicht fälligen Forderung nicht verweigern.

Ist eine solche Forderung unverzinslich, so kommt die Vorschrift im §. 249. zur Anwendung.

§. 397. Hinsichtlich der bedingten Forderungen gelten für die Vertheilung folgende Grundsätze:

1) ist die Bedingung eine aufschiebende, so erhalten diejenigen Interessenten, deren Befriedigung die bedingte Forderung im Wege steht, den auf dieselbe fallenden Betrag mit der Verpflichtung zur Rückgewähr an den bedingten Gläubiger für den Fall des Eintritts der Bedingung und gegen Sicherheitsbestellung;
2) ist die Bedingung eine auflösende, so wird dem bedingten Gläubiger der auf seine Forderung fallende Betrag, gegen Sicherheitsbestellung wegen der Rückgewähr für den Fall des Eintritts der Bedingung, überwiesen und zugleich bestimmt, an wen für diesen Fall die Rückgewähr zu leisten ist;
3) so lange die empfangsberechtigten Interessenten keine von den übrigen Betheiligten für genügend erachtete Sicherheit bestellen, wird die Summe verzinslich angelegt. Diese Anlegung erfolgt durch gerichtliche Deposition; die aufkommenden Zinsen werden von demjenigen bezogen, welcher das Kapital im Falle der Sicherheitsbestellung zu nutzen das Recht gehabt haben würde.

§. 398. Besteht eine Forderung in dem Anspruche auf fortlaufende Hebungen, so wird der Betrag, welcher bei der Vertheilung auf das zur Deckung der künftigen Hebungen angesetzte Kapital fällt, verzinslich angelegt. Die Anlegung erfolgt durch gerichtliche Deposition.

Zugleich wird bestimmt, wem das Kapital bei dem Aufhören der Hebungen zufallen soll.

So oft die Zinsen zur Berichtigung der Hebungsbeträge nicht hinreichen, wird der fehlende Betrag aus dem Kapital entnommen.

§. 399. Die Urkunden über Forderungen, welche durch Zahlung oder durch Uebereignung des Kaufgelder-Rückstandes getilgt sind, werden kassirt und zu den Subhastationsakten genommen. Dagegen sind die Urkunden über Forderungen, welche entweder der Ersteher übernommen hat, oder welche ganz oder theilweise ausgefallen sind und bei welchen der persönliche Anspruch noch fortbesteht, an die Gläubiger zurückzugeben.

Der Kommissar hat in dem Kaufgeldervertheilungstermin auf den zurückzugebenden Urkunden zu attestiren, ob und bis zu welchem Betrage die Post zur Hebung gekommen ist, und wenn der Ersteher die Forderung in Anrechnung auf die Kaufgelder übernommen hat, daß und bis zu welchem Betrage dies geschehen ist.

Der wörtliche Inhalt dieser Atteste ist in das Protokoll aufzunehmen.

§. 400. Nach Abhaltung des Termins ist das über die Verhandlung aufgenommene Protokoll für den Ersteher in beglaubigter Form auszufertigen.

Auf Grund dieser Ausfertigung ist in dem Hypothekenbuche,

bei Berichtigung des Besitz-Titels für den Ersteher, die Löschung des Subhastations-Vermerks und aller Real-Ansprüche zu bewirken, welche nicht nach gesetzlicher Vorschrift auf den Ersteher übergehen oder von demselben namentlich übernommen worden sind.

Gleichzeitig ist der aus dem Protokolle sich ergebende etwaige Kaufgelder-Rückstand in das Hypothekenbuch einzutragen. Der Eintragungsvermerk hat zugleich die den einzelnen Gläubigern übereigneten Antheile an dem Kaufgelder-Rückstande zu bezeichnen, so wie die Rangordnung derselben anzugeben. Als Eintragungs-Urkunde dient eine Ausfertigung des Adjudikationsbescheides und des Protokolles über die Belegung und Vertheilung der Kaufgelder. Jeder Gläubiger, welchem ein Antheil an dem Rückstande übereignet ist, hat die Befugniß, zu verlangen, daß ihm von dieser Eintragungs-Urkunde, nach Maaßgabe des ihm zustehenden Vorrechts, eine Theil-Obligation abgezweigt wird.

Das Subhastationsgericht hat die vorstehenden Eintragungen und Löschungen von Amtswegen zu veranlassen.

Jeder Gläubiger, dessen Forderung von dem Ersteher in Anrechnung auf die Kaufgelder übernommen worden ist, kann eine Ausfertigung eines Kaufgelder-Protokolls verlangen.

§. 401. Was nach der in Gemäßheit der vorstehenden Bestimmungen (§§. 383. ff.) erfolgten Befriedigung der Realgläubiger von den Kaufgeldern übrig bleibt, dient zur Befriedigung der Realgläubiger wegen älterer als zweijähriger Rückstände von Hypothekenzinsen und anderen Prästationen, so wie zur Befriedigung der persönlichen Gläubiger, welche die Subhastation beantragt haben, oder welche den Kaufgelder-Rest im Wege der Exekution in Beschlag genommen haben.

Wenn der Kaufgelder-Rest zur vollständigen Befriedigung der Gläubiger, welche auf denselben Anspruch machen, nicht zulänglich ist, so findet das im ersten Abschnitt des gegenwärtigen Titels vorgeschriebene Prioritätsverfahren Statt.

§. 402. Bei nothwendigen Subhastationen von solchen Schiffsmühlen und Gerechtigkeiten, welche die Eigenschaft unbeweglicher Sachen haben, ingleichen von verliehenem und von nicht verliehenem Berg- und Hütten-Eigenthum werden die Kaufgelder nach den Vorschriften vertheilt, welche bei der Vertheilung der Kaufgelder von Grundstücken zur Anwendung kommen (§§. 384. ff.).

Hinsichtlich der Theilnahmerechte der Realgläubiger gelten die für den Fall des Konkurses festgesetzten Bestimmungen (§. 63.).

§. 403. Bei nothwendigen Subhastationen von Seeschiffen und anderen zur Frachtschifffahrt bestimmten Schiffsgefäßen richten sich die Theilnahmerechte der Schiffsgläubiger an der Schiffs-

masse nach den für den Fall des Konkurses ertheilten Vorschriften (Tit. I. Abschn. 7.).

Bei der Vertheilung der Schiffsmasse ist nach den Bestimmungen zu verfahren, welche bei der Vertheilung der Kaufgelder von Grundstücken zur Anwendung kommen (§§. 380. ff.).

Die auf den Schiffserwerbsurkunden nicht eingetragenen Realgläubiger sind in dem Subhastationspatent zur Anmeldung ihrer Ansprüche aufzufordern, und in derselben Weise, wie die aus dem Hypothekenbuch nicht ersichtlichen Realgläubiger, zu dem Vertheilungstermin vorzuladen (§§. 385. 386.). Die auf jenen Urkunden eingetragenen Realgläubiger werden wie die in dem Hypothekenbuch eingetragenen Gläubiger behandelt.

§. 404. Die Vorschriften des gegenwärtigen Abschnitts finden auch bei den auf den Antrag des Benefizial-Erben eingeleiteten nothwendigen Subhastationen Anwendung (§. 359.).

Ein Gleiches gilt bei den auf den Antrag eines Miteigenthümers zum Zweck der Auseinandersetzung eingeleiteten nothwendigen Subhastationen, in sofern dieselben die Wirkungen einer nothwendigen Subhastation nicht blos gegen die Miteigenthümer, sondern auch gegen Realgläubiger haben.

Vergl. §§. 11., 37. ff. Thl. I. Tit. 51. A. G. O., deren Bestimmungen durch die Verordnung vom 4. März 1834 über Subhastationen aufgehoben worden sind.

Die Verordnung vom 4. März 1834 ist indeß in sofern lückenhaft, als sie nur von der Zuziehung der eingetragenen Realgläubiger spricht und der nichteingetragenen Realgläubiger nicht erwähnt. §. 383. erklärt nun im Allgemeinen in Betreff der Befriedigung der Realgläubiger aus den Kaufgeldern die Bestimmungen anwendbar, welche für die Vertheilung der Kaufgelder im Fall des Konkurses festgesetzt sind.

In Betreff der nicht eingetragenen Realgläubiger schreibt der §. 384. die Vorladung aller nicht aus dem Hypothekenbuche ersichtlichen Realgläubiger durch das Subhastations-Patent vor, die geeignetste Art und Weise, wie die allgemeine Aufforderung zur Anmeldung zu bewerkstelligen ist. Sodann werden zu dem anzuberaumenden Kaufgeldervertheilungstermin alle Gläubiger vorgeladen, welche sich bis dahin gemeldet haben, oder welche aus dem Hypothekenbuche oder sonst ersichtlich sind. Außerdem ist der Termin durch öffentlichen Aushang einer Vorladung an der Gerichtsstelle bekannt zu machen. Dieser Aushang gilt dann als Vorladung aller nicht eingetragenen Realgläubiger, welche sich noch nicht gemeldet haben. Die Bestimmungen über die Vorladung der Interessenten zur Belegung und Vertheilung der Kaufgelder enthalten die §§. 386. bis 390. Vgl. 16. u. 17. d. Verordn. v. 4. März 1834. Die Vorschrift im §. 391. war bereits durch die Praxis eingeführt. Der Schuldner hat die Befugniß, die Richtigkeit, das Realrecht und die Priorität einer Forderung zu bestreiten, den Realgläubigern steht ebenso das Recht zu, die Priorität, die Verität und Rechtsgültigkeit von Forderungen anzufechten (§§. 392., 393.). Wie und in welcher Weise die Streitigkeiten in Ansehung der

Richtigkeit des Hypothekenrechts oder des Vorrechts oder der Gültigkeit desselben zu erörtern sind, bestimmt der §. 394. Die Verordnung v. 4. März 1834 hatte darüber nichts Näheres bestimmt. Die Vorschriften über die Verhandlung der noch nicht fälligen und der bedingten Forderungen, so wie die Ansprüche auf fortlaufende Hebungen, enthalten die §§. 396., 397., 398. Es sind im Allgemeinen dieselben Grundsätze, die das Gesetz für die Vertheilungen an die Konkursgläubiger aufstellt. Ueber den Inhalt der §§. 399. u. 400. vergl. §. 19. der Verordnung vom 4. März 1834 und Reskript vom 7. Januar 1839, womit die §§. 399. u. 400. im Wesentlichen übereinstimmen. Die Bestimmung im §. 401. wegen der älter als zweijährigen Zinsen=Rückstände ist neu.

Vierter Abschnitt.

Von dem Aufgebote der bei der Kaufgeldervertheilung im Falle der nothwendigen Subhastation gebildeten Spezialmassen.

§. 405. Wenn bei der im Falle der nothwendigen Subhastation stattfindenden Vertheilung der Kaufgelder sich Niemand mit Ansprüchen auf eine bestimmte, zur Hebung gelangende Hypothek oder andere Realforderung gemeldet hat, oder wenn der Gläubiger sich nicht durch Vorlegung des Hypothekendokuments legitimiren kann, so ist den unbekannten Interessenten von dem Subhastationsgericht ein Kurator zu bestellen.

§. 406. Der bestellte Kurator muß zu ermitteln suchen, ob die Forderung schon getilgt ist; er muß sich bemühen, das fehlende Hypothekendokument und den Inhaber desselben, oder Diejenigen zu erforschen, denen Eigenthumsrechte, Pfandrechte oder andere Rechte an der Forderung zustehen.

§. 407. Haben die Nachforschungen des Kurators keinen Erfolg, so liegt ihm ob, das Aufgebot der für die Forderung angelegten Spezialmasse oder des auf die Post angewiesenen Kaufgelderrückstandes bei dem Gericht nachzusuchen.

Der Kurator hat die Versicherung abzugeben, daß er sich nach bestem Wissen und mit sorgfältiger Benutzung der von den Interessenten ihm an die Hand gegebenen Mittel bemüht habe, das fehlende Hypothekendokument und den Inhaber desselben, oder diejenigen zu erforschen, denen Rechte an der Forderung zustehen.

§. 408. Eines Diligenzeides bedarf es in dem Falle nicht, wenn sich Niemand zu der Post gemeldet hat.

Wenn dagegen der eingetragene Gläubiger oder dessen Rechtsnachfolger sich gemeldet hat und nur das Dokument nicht beschaffen kann, so muß derselbe einen Eid dahin leisten:

daß er das Dokument nicht selbst besitze, daß ihm kein Anderer bekannt sei, der es besitze, noch ein Ort, an dem es sich befinden möge, und daß er dasselbe auch nicht zur Gefährdung fremder Rechte abhanden gebracht habe.

Behauptet der Gläubiger die erfolgte Vernichtung des Dokuments, so muß er den Eid dahin leisten:

daß und in welcher Art das Dokument vernichtet worden sei.

§. 409. Bei dem Aufgebote (§. 407.) ergeht die öffentliche Aufforderung, daß alle diejenigen, welche an die Spezialmasse oder an den Kaufgelderrückstand Ansprüche als Eigenthümer, Erben, Cessionarien, Pfandinhaber oder aus einem andern Grunde geltend machen wollen, ihre Ansprüche in einem vor einem Kommissar des Gerichts anzuberaumenden Termine, bei Vermeidung der Ausschließung, schriftlich oder zu Protokoll bei dem Gericht anzumelden haben.

In der öffentlichen Aufforderung ist die Forderung, auf welche das Aufgebot sich bezieht, durch Benennung des aus dem Hypothekenbuch ersichtlichen Gläubigers und Schuldners, des Betrages der Forderung und des Datums der Urkunde, sowie durch Benennung des verhafteten Grundstücks zu bezeichnen.

§. 410. Die Bestimmung der Anmeldungsfrist und die öffentliche Bekanntmachung der Aufforderung (§. 409.) erfolgt nach den Vorschriften, welche bei nothwendigen Subhastationen hinsichtlich der Anberaumung des Bietungstermins und der Bekanntmachung desselben gelten, mit der Maaßgabe, das statt des Grundstückswerths der Betrag der Spezialmasse oder des Kaufgelderrückstandes zum Grunde gelegt wird.

§. 411. Eine Abschrift der Aufforderung erhalten:

1) der im Hypothekenbuche eingetragene letzte Eigenthümer der Forderung und die etwa mit einem Pfandrecht oder anderen Rechte an der Forderung eingetragenen Personen oder deren Rechtsnachfolger, in sofern der Aufenthalt dieser Personen bekannt ist;
2) der Schuldner, gegen welchen die Subhastation stattgefunden hat;
3) die bei der Kaufgeldervertheilung nicht vollständig oder überhaupt nicht zur Hebung gekommenen Hypothekengläubiger;
4) der ernannte Kurator.

§. 412. Nach Abhaltung des Termins ist ein Präklusionserkenntniß abzufassen. In demselben sind den Personen, welche sich gemeldet haben, ihre Rechte vorzubehalten; alle unbekannten Interessenten sind mit ihren Ansprüchen an die Spezialmasse oder den Kaufgelderrückstand auszuschließen.

Eine Ausfertigung des Erkenntnisses wird dem Kurator, so wie dem Gläubiger zugestellt, welcher sich bei der Kaufgeldervertheilung zu der Post gemeldet hat.

Eine zweite Ausfertigung für alle übrigen Interessenten ist

durch öffentlichen Aushang an der Gerichtsstelle bekannt zu machen; die Insinuation gilt als bewirkt, wenn die Ausfertigung vierzehn Tage lang ausgehangen hat. Sofern die Interessenten sich gemeldet haben, oder sonst bekannt sind (§. 411.), ist ihnen eine Abschrift des Erkenntnisses mitzutheilen.

Gegen das Erkenntniß findet nur das Rechtsmittel der Restitution Statt.

§. 413. Nach beschrittener Rechtskraft des Präklusionserkenntnisses sind die Personen, welche sich bei dem Aufgebote gemeldet haben, so wie die übrigen bekannten Interessenten vor einem Kommissar des Gerichts mit ihren Ansprüchen und Gegenerklärungen zu hören; findet keine gütliche Einigung unter den Interessenten Statt, so hat der Kommissar die Sache bis zur Beweisaufnahme zu verhandeln.

Demnächst erfolgt das weitere Verfahren und die Entscheidung der Sache nach den für den ordentlichen Prozeß geltenden Vorschriften. In dem zur Beschlußfassung über die Beweisaufnahme oder zur Entscheidung der Sache anzuberaumenden Audienztermin können die Parteien oder deren Vertreter zur Ausführung ihrer Rechte das Wort ergreifen; die Anführung neuer Thatsachen ist nicht zulässig.

Das Erkenntniß hat darüber zu entscheiden, an wen die Spezialmasse auszuzahlen, oder wem der Kaufgelderrückstand zu übereignen ist.

§. 414. Wenn bei der Kaufgeldervertheilung eine Spezialmasse aus dem Grunde gebildet werden muß, weil auf der Forderung nach Ausweis des Hypothekenbuchs Rechte haften, deren gegenwärtige Inhaber unbekannt sind, so wird diesen unbekannten Interessenten ein Kurator bestellt und mit dessen Zuziehung die Vertheilung der Kaufgelder beendigt.

Zur Ermittelung:

> ob der Hauptgläubiger ohne Zuziehung dieser Interessenten, oder mit wessen Zuziehung, die Spezialmasse oder den auf die Post angewiesenen Kaufgelderrückstand zu erheben befugt sei,

ist nach den vorstehenden Bestimmungen (§§. 406. ff.) zu verfahren, jedoch mit den Modifikationen, welche die Natur des Falles nothwendig macht.

Der Hauptgläubiger hat, wenn sich die Sache durch die angestellten Ermittelungen nicht erledigt, einen Eid dahin zu leisten:

> daß ihm nicht bekannt sei, daß noch irgend Jemandem auf das fragliche Recht ein Anspruch zustehe, und daß er nichts verschwiegen habe, was zur Ermittelung eines solchen Berechtigten führen könne.

§. 415. Die gerichtlichen Kosten des Aufgebotsverfahrens, so wie die Gebühren und Auslagen des Kurators, werden in allen

Fällen aus der Spezialmasse oder dem Kaufgelderrückstande entnommen.

Die besondern Kosten, welche durch die Erörterung eines unbegründeten Anspruchs oder Widerspruchs erwachsen, fallen dem Interessenten zur Last, welcher den Anspruch oder Widerspruch erhoben hat.

Vgl. die V. v. 21. Oktober 1838, mit der die Bestimmungen des neuen Gesetzes im Wesentlichen übereinstimmen, mit folgenden Abänderungen:

1) der in §§. 2.—4. d. V. v. 21. Oktober 1838 vorgeschriebene Termin zur Erörterung mit dem Interessenten, ob die betreffende Forderung schon getilgt ist, und welche Mittel vorhanden sind, das fehlende Hypothekendokument u. s. w. zu erforschen, fällt weg;
2) der in den §§. 7. u. 8. d. V. v. 21. Oktober 1838 vorgeschriebene Anmeldungstermin fällt gleichfalls weg. Es genügt die Anmeldungsfrist;
3) mit dem Aufgebote wird die Anberaumung des Termins zur Verhandlung und Entscheidung über die Ansprüche des Interessenten verbunden;
4) mit dem Erkenntnisse wird die Präklusion der nicht angemeldeten Ansprüche verbunden;
5) es findet keine besondere Vorladung der ad 1. genannten Interessenten Statt.

Fünfter Abschnitt.

Von der Vertheilung der Revenüen von Immobilien.

§. 416. Wenn die Beschlagnahme der Revenüen oder die Einleitung der Sequestration eines Grundstücks im Wege der Exekution stattfindet, so werden die Revenüen unter die Realgläubiger nach den Grundsätzen vertheilt, welche im Falle des Konkurses maaßgebend sind (§§. 57. bis 59.).

Ein Gleiches gilt bei verliehenem und nicht verliehenem Berg- und Hütteneigenthum, sowie bei solchen Schiffsmühlen und Gerechtigkeiten, welche die Eigenschaft unbeweglicher Sachen haben (§. 63.).

§. 417. Nach erfolgter Beschlagnahme der Revenüen oder Einleitung der Sequestration ist ein Termin zur Regulirung der Revenüenvertheilung vor einem Kommissar des Gerichts anzuberaumen.

Zu diesem Termin sind der Schuldner, der Extrahent und alle aus dem Hypothekenbuch ersichtlichen Realgläubiger vorzuladen, sofern der Aufenthalt derselben bekannt ist.

Die Vorladung geschieht unter der Verwarnung, daß der Ausbleibende die auf Grund der vorzunehmenden Regulirung erfolgenden Zahlungen nicht anfechten kann.

§. 418. In dem Termin (§. 417.) vernimmt der Kommissar die Interessenten über die Ansprüche, welche an die Revenüen gemacht werden.

Er entwirft, nöthigenfalls mit Hülfe eines Rechnungsverständigen, einen Plan zur Vertheilung der Revenüen; er führt darin die sämmtlichen Forderungen nach Maaßgabe des Hypothekenbuchs auf und berechnet für jede Forderung den aus den Revenüen zu berichtigenden Betrag unter Angabe des Fälligkeitstermins; er hört die Interessenten mit ihren Erklärungen über den Plan.

Entstehen Streitigkeiten, welche nicht beigelegt werden können, so ist bei jeder Post zu vermerken, wer die Richtigkeit, das Hypothekenrecht oder das Vorrecht derselben bestreitet (§§. 392., 393.).

§. 419. Auf Grund der stattgefundenen Regulirung (§. 418.) hat das Gericht den bestellten Administrator oder Sequester mit einer Zahlungsanweisung zu versehen. In derselben muß der auf jede Forderung zu zahlende Betrag, der Fälligkeitstermin, der Empfangsberechtigte und die Folgeordnung der einzelnen Zahlungen genau bestimmt werden.

Die unstreitigen Beträge sind an die Gläubiger, deren Aufenthalt bekannt ist, durch den Administrator oder Sequester unmittelbar zu berichtigen.

Für jede zur Hebung stehende streitige Post, sowie für jede Post, deren Eigenthümer der Existenz oder dem Aufenthalte nach unbekannt ist, wird die Zahlung zum gerichtlichen Depositum geleistet und mit dem Betrage eine Spezialmasse angelegt. Wegen Ausschüttung der angelegten Spezialmassen ist nach den für den Fall der Kaufgeldervertheilung vorgeschriebenen Grundsätzen zu verfahren (§§. 394. 405. ff.).

§. 420. Der nach Befriedigung der Rechtgläubiger etwa verbleibende Revenüenüberschuß fließt zur Kaufgeldermasse, wenn die nothwendige Subhastation des Grundstücks eingeleitet worden ist.

Ist Letzteres nicht der Fall, so wird der Revenüenüberschuß unter die persönlichen Gläubiger vertheilt, welche die Revenüen im Wege der Exekution in Beschlag genommen haben. Wenn der Revenüenüberschuß zur vollständigen Befriedigung dieser Gläubiger nicht hinreicht, so findet das im zweiten Abschnitt des gegenwärtigen Titels vorgeschriebene Prioritätsverfahren Statt.

Vgl. §. 25. d. V. v. 4. März 1834 über Exekutionen. Es galten darnach in Betreff der Ansprüche der Realgläubiger auf Befriedigung aus den Revenüen dieselben Grundsätze, die im Fall

des Konkurses angewendet werden. Diese Bestimmung trifft das neue Gesetz im §. 416.

Ueber das Verfahren bei Vertheilung der Revenüen unter die Realgläubiger enthält das neue Gesetz ganz spezielle Bestimmungen in den §§. 416., 417., 418.

Sechster Titel.

Von der gerichtlichen Zahlungsstundung und von der Rechtswohlthat der Kompetenz.

Erster Abschnitt.

Von der gerichtlichen Zahlungsstundung.

§. 421. Der Richter ist befugt, gegen eine vollstreckbare Forderung dem Schuldner auf dessen Antrag Zahlungsstundung zu bewilligen, wenn die Lage des Schuldners die Stundung rechtfertigt und der Gläubiger nicht darunter leidet.

§. 422. Der Schuldner, welcher eine gerichtliche Zahlungsstundung in Anspruch nehmen will, hat seinen Antrag spätestens vierzehn Tage nach dem Eintritt der Vollstreckbarkeit der Forderung bei dem Richter erster Instanz anzubringen.

§. 423. Der Antrag muß enthalten:

1) die vollständige Angabe der Umstände, welche den Schuldner an der sofortigen Zahlung hindern, sowie der Umstände, welche der Schuldner für die Aussetzung der Exekutionsvollstreckung anzuführen hat;
2) die Angabe der Mittel, aus welchen die Zahlung nach dem Ablauf der Stundungsfrist geleistet werden kann:
3) die Beweismittel für die Angaben des Schuldners;
4) das Erbieten des Schuldners zur Sicherstellung der Forderung des Gläubigers und die Angabe der Gegenstände, mit welchen die Sicherheit bestellt werden soll.

§. 424. Ueber den Antrag wird im schleunigen Prozesse verfahren.

Es ist ein naher Termin zur Beantwortung des Antrags und zugleich zur mündlichen Verhandlung der Sache anzuberaumen.

Die Parteien haben in diesem Termine alle Beweismittel für ihre Behauptungen mit zur Stelle zu bringen, soweit dieselben nicht bereits dem Gericht eingereicht sind.

Wird die Stundung von dem Gläubiger versagt, so ist sogleich in dem Termin zur Aufnahme des Beweises zu schreiten und über den Antrag durch Erkenntniß zu entscheiden.

§. 425. Der Richter entscheidet nach billigem Ermessen unter Würdigung der beigebrachten Beweise und unter Berücksichtigung der Lage beider Theile.

Gegen das Erkenntniß ist kein Rechtsmittel zulässig.

Die Kosten des Verfahrens hat in jedem Falle der Schuldner zu tragen.

§. 426. Die Zahlungsstundung darf die Dauer eines Jahres, vom Eintritt der Vollstreckbarkeit der Forderung an gerechnet, nicht übersteigen.

§. 427. Der Schuldner ist verpflichtet, während der bewilligten Zahlungsfrist die Forderung des Gläubigers zu verzinsen.

§. 428. Verlangt der Gläubiger die Sicherstellung seiner Forderung, so kann die Zahlungsstundung nur gegen Gewährung einer genügenden Sicherheit für Kapital, Zinsen und Kosten bewilligt werden.

§. 429. Als genügende Sicherheit (§. 428.) ist anzusehen:

1) die Sicherheit, welche durch Faustpfand bestellt wird, sofern der Betrag der Forderung drei Viertheile des gerichtlich abgeschätzten Werths des Pfandes nicht übersteigt;
2) die Sicherheit, welche auf städtische Grundstücke innerhalb der ersten Hälfte ihres Werths, oder auf ländliche Grundstücke innerhalb der ersten zwei Drittheile ihres Werths Hypothekbestellung oder Verpfändung von Hypothekenforderungen angewiesen wird. Der Werth ist durch Hypothekendokumente, durch Kauf-, Pacht- oder Miethsverträge, durch Atteste der landschaftlichen, Kreis- oder Ortsbehörden, oder in einer anderen glaubhaften Weise zu bescheinigen. Ob diese Bescheinigungen für genügend zu erachten sind, oder ob eine förmliche Taxe zu erfordern ist, hat der Richter zu ermessen.

Aktivforderungen, welche nicht hypothekarisch versichert sind, ingleichen Vermögensstücke, welche sich im Auslande befinden, ist der Gläubiger zur Sicherheit sich anweisen zu lassen nicht schuldig.

§. 430. So lange dem Gläubiger die erforderliche Sicherheit (§§. 428. 429.) nicht bestellt ist, kann die Exekution gegen den Schuldner vollstreckt werden.

§. 431. Der Schuldner wird der bewilligten Zahlungsstundung verlustig, wenn gegen ihn auf den Antrag anderer Gläubiger die Exekution vollstreckt wird.

§. 432. Die Bewilligung einer Zahlungsstundung ist in jedem Falle unzulässig:

1) gegen Wechselforderungen;
2) gegen Forderungen von Alimenten;

3) gegen Forderungen aus unerlaubten Handlungen des Schuldners;
4) gegen Forderungen, über welche ein vollstreckbarer Vergleich geschlossen worden ist, sofern der Gläubiger bereits in diesem Vergleich dem Schuldner eine Zahlungsfrist bewilligt hat;
5) gegen alle Forderungen an einen Handelsmann, Schiffsrheder oder Fabrikbesitzer, wenn die Forderungen aus dem Geschäftsbetriebe desselben entspringen.

§. 433. Generalmoratorien können nicht bewilligt werden.

Das neue Gesetz schafft die Generalmoratorien ab (§. 433.). Auf Spezialmoratorien können Handeltreibende und Kaufleute keinen Anspruch machen, da sie mit dem kaufmännischen Kredit und Verkehr nicht vereinbar sind. Außerdem führt das Gesetz vier Klassen von Forderungen auf, in Betreff derer Spezialmoratorien nicht zulässig sind (§. 432.).

Außer diesen Fällen hat das neue Konkurs-Gesetz das Spezialmoratorium beibehalten. Die nähern Bestimmungen darüber ententhalten die §§. 421. ff.

Zweiter Abschnitt.

Von der Rechtswohlthat der Kompetenz.

§. 434. Fortlaufende Einkünfte, welche ein Schuldner nicht durch lästigen Vertrag erworben hat, sondern aus Stiftungen oder sonst durch die Fürsorge und Freigebigkeit eines Dritten bezieht, unterliegen der Beschlagnahme behufs der Befriedigung der Gläubiger nur mit der Maaßgabe, daß dem Schuldner davon der nothdürftige Unterhalt für sich, seine Ehefrau und seine noch unversorgten Kinder (Kompetenz) belassen werden muß, wenn er nicht im Stande ist, diesen Unterhalt auf eine seinen Verhältnissen angemessene Art selbst zu erwerben.

§. 435. Die nachbezeichneten Gläubiger sind verpflichtet, ihrem Schuldner, ohne Unterschied des Gegenstandes der Exekutionsvollstreckung, eine Kompetenz zu bewilligen:
1) Verwandte des Schuldners in aufsteigender und absteigender Linie;
2) vollbürtige und halbbürtige Geschwister des Schuldners;
3) der Ehegatte des Schuldners während der Ehe.

Diese Verpflichtung fällt jedoch weg, wenn es im Falle der Bewilligung der Kompetenz dem Gläubiger selbst an dem nöthigen Unterhalte fehlen würde, oder wenn der Schuldner im Stande ist, seinen Unterhalt auf eine seinen Verhältnissen angemessene Art selbst zu erwerben.

§. 436. Ueber die Bewilligung der Kompetenz und den Betrag derselben entscheidet das Gericht auf den Antrag des Schuldners nach billigem Ermessen.

Die Entscheidung erfolgt im schleunigen Prozesse.

Es finden nur die Rechtsmittel der Appellation und der Nichtigkeitsbeschwerde Statt. Die Rechtsmittel haben keine aufschiebende Wirkung.

§. 437. Die Gläubiger können auf gänzliche oder theilweise Entziehung der Kompetenz antragen, wenn der Schuldner zu besseren Vermögensumständen gelangt.

Das Verfahren hierüber richtet sich nach den für die Bewilligung der Kompetenz ertheilten Vorschriften (§. 436.).

§. 438. In Ansehung der Kompetenz, welche dem Besitzer eines Lehns aus den Einkünften desselben gebührt, kommen die darüber bestehenden besonderen Bestimmungen zur Anwendung.

§. 439. Durch die Bestimmungen des gegenwärtigen Abschnitts wird in den besonderen Vorschriften über die Zulässigkeit und den Umfang der Beschlagnahme von Besoldungen, Dienst-Emolumenten, Wartegeldern und Pensionen nichts geändert.

Schlußbestimmung.

§. 440. Das gegenwärtige Gesetz erlangt für die verschiedenen Landestheile mit dem Zeitpunkte Gesetzeskraft, für welchen dasselbe durch besondere Gesetze eingeführt wird.

Ueber die Rechtswohlthat der Kompetenz vgl. A. G. O. Thl. I. Tit. 49. §§. 14. ff. Die Bestimmungen der Gerichts-Ordnung sind durch das neue Konkurs-Gesetz eingeschränkt worden, und zwar in folgender Art:

1) die Kompetenz, welche nur bestimmten Gläubigern gegenüber gefordert werden kann, ist auf die Personen beschränkt, unter denen eine gesetzliche Alimentationspflicht feststeht. §. 435.;
2) die Kompetenz, die dem Schuldner gegen alle Gläubiger zusteht, wird auf solche fortlaufende Einkünfte beschränkt, die ein Schuldner nicht durch lästigen Vertrag, sondern durch die Freigebigkeit eines Dritten bezieht. §. 434.

Tarif

zur Bestimmung der Belohnung und Entschädigung des Verwalters der Konkurs-Masse, sowie der Entschädigung der Mitglieder des Verwaltungsraths.

§. 1. Dem einstweiligen Verwalter der Masse sind für seine gesammte Geschäftsführung, einschließlich der Prozeßführuug und Ausmittelung der Passivmasse, als Belohnung zuzubilligen:

1) von dem Betrage der Konkurs-Masse bis 1000 Thlr. einschließlich 2—6 Prozent;
2) von dem Betrage der Masse über 1000 Thlr. bis 5000 Thlr. einschließlich 1—3 Prozent;
3) von dem Betrage der Masse, welche 5000 Thlr. übersteigt, ½ Prozent.

§. 2. Der definitive Verwalter erhält die Belohnung für seine gesammte Geschäftsführung ebenfalls nach den vorstehend bestimmten Sätzen.

§. 3. Bei der Ausmittelung des Betrages der Masse werden diejenigen Gegenstände, welche bereits veräußert oder eingezogen sind, nach dem Betrage des Erlöses, die noch unveräußerten Gegenstände nach dem Betrage des Taxwerthes berechnet. Von den vorhandenen Aktivforderungen kommen Kreditpapiere, Fonds und Effekten zu dem Tageskurse, andere Außenstände zu dem Nominalwerthe in Ansatz; uneinziehbare Forderungen werden außer Berechnung gelassen.

§. 4. Die zur Konkurs-Masse gehörigen Immobilien bleiben bei der Bestimmung der Belohnung des Verwalters außer Betracht.

Führt derselbe die Verwaltung solcher Immobilien, so erhält er dafür die taxmäßigen Gebühren der Sequester und Administratoren.

§. 5. Bei der Festsetzung der Belohnung des Verwalters hat das Gericht nach billigem Ermessen zu verfahren und hauptsächlich auf den Umfang der Geschäftsführung, die Schwierigkeiten derselben, die bewiesene Thätigkeit und Umsicht, sowie auf den Betrag der der Masse verursachten anderweiten Kosten Rücksicht zu nehmen.

Das Gericht ist auch ermächtigt, den nach den Prozentsätzen (§. 1.) bemessenen Betrag der Belohnung im Falle außerordent-

licher Mühwaltungen des Verwalters zu erhöhen, oder in geeigneten Fällen zu ermäßigen.

§. 6. Scheidet der Verwalter vor der Beendigung seiner Amtsverrichtungen aus, so hat er nur einen seinen Leistungen entsprechenden Theil der Belohnung zu fordern.

Dasselbe gilt von dem eintretenden Ersatzmann.

§. 7. Auf die dem Verwalter gebührende Belohnung können Abschlagszahlungen bei den stattfindenden Masseveriheilungen oder zu einer anderen geeigneten Zeit auf Verfügung des Gerichts geleistet werden.

§. 8. Hat der Verwalter bei der Prozeßführung und Ausmittelung der Masse eines Rechtsbeistandes sich bedient oder einen Bevollmächtigten bestellt, so werden ihm nur die dadurch erwachsenen Auslagen besonders vergütet.

Die übrigen nothwendigen baaren Auslagen des Verwalters werden ebenfalls aus der Masse besonders erstattet.

§. 9. Wenn der Verwalter oder die Mitglieder des Verwaltungsraths zum Zweck ihrer Amtsverrichtungen Reisen zu unternehmen haben, so können sie dafür die den Sachverständigen im Prozesse gebührende Entschädigung fordern.

III. Gesetz, betreffend die Befugniß der Gläubiger zur Anfechtung der Rechtshandlungen zahlungsunfähiger Schuldner außerhalb des Konkurses, für die Landestheile, in welchen das Allg. Landrecht und die Allg. Gerichts-Ordnung Gesetzeskraft haben.

§. 1. Außer dem Fall des Konkurses steht jedem Gläubiger, dessen Forderung vollstreckbar ist, die Befugniß zu, Rechtshandlungen seines Schuldners im Wege der Klage oder Einwendung nach Maaßgabe der folgenden näheren Bestimmungen als ungültig anzufechten.

Die Gesetzgebung über das Anfechtungsrecht der Gläubiger zahlungsunfähiger Schuldner außerhalb des Konkurses und über das Prioritätsverfahren war bis jetzt in dem Gesetz vom 26. April 1835 enthalten. Das Anfechtungsrecht der Gläubiger im Konkurse behandelt die neue Konkurs-Ordnung in Abschnitt II. Tit. I. In dem vorliegenden Gesetz sind die Vorschriften für das Anfechtungsrecht auch außerhalb des Konkurses mit denen für den Fall des Konkurses im Wesentlichen in Einklang gebracht.

§. 2. Die Anfechtung ist nur zulässig, wenn eine Vermögens-Unzulänglichkeit des Schuldners anzunehmen ist.

§. 3. Eine Vermögens-Unzulänglichkeit des Schuldners (§. 2.) ist anzunehmen:

1) wenn bei der von dem Gläubiger veranlaßten Auspfändung keine Exekutions-Gegenstände, oder nur solche Gegenstände vorgefunden worden sind, deren Unzulänglichkeit sich klar ergiebt, oder welche von dritten Personen in Anspruch genommen werden, sofern der Schuldner auf Befragen anderweite Gegenstände nicht sofort nachweist;
2) wenn der Schuldner sich auf flüchtigen Fuß gesetzt hat oder sich verborgen hält, und deshalb die Vollstreckung der Exekution nicht stattfinden kann;
3) wenn innerhalb des letzten Jahres vor dem Tage, an welchem die auf die Anfechtung gerichtete Klage oder Einwendung angebracht worden ist, eine Exekution gegen die Per-

son oder in das Vermögen des Schuldners fruchtlos gewesen ist.

Ein anderweiter Nachweis der Vermögens-Unzulänglichkeit ist durch vorstehende Bestimmungen nicht ausgeschlossen.

§. 4. Werden bei der durch den Gläubiger veranlaßten Exekution Gegenstände der Exekutions-Vollstreckung vorgefunden oder von dem Schuldner nachgewiesen, so treten, bevor eine Vermögens-Unzulänglichkeit angenommen werden kann, folgende Bestimmungen ein:

1) wenn liquide, sichere, zur Deckung der Schuld hinreichende und innerhalb dreier Monate fällige Aktiv-Forderungen in Beschlag genommen sind, so muß der Gläubiger den Zahlungstermin abwarten;
2) wenn andere bewegliche Sachen, deren Unzulänglichkeit sich nicht klar ergiebt, abgepfändet sind, so muß der Gläubiger den öffentlichen Verkauf derselben bewirken lassen;
3) wenn der Schuldner Grundstücke besitzt, so muß der Gläubiger entweder deren Revenüen in Beschlag nehmen, sofern nicht klar erhellt, daß seine Befriedigung aus den Revenüen innerhalb Jahresfrist nicht zu erlangen sei, oder er muß den gerichtlichen Verkauf der Grundstücke und die Vertheilung der Kaufgelder abwarten, in sofern nicht der Ausfall der Forderung klar zu übersehen ist;
4) wenn für die Forderung eine Sache als Pfand oder Hypothek bestellt ist, welche sich nicht mehr im Eigenthum des Schuldners befindet, so muß der Gläubiger den gerichtlichen Verkauf derselben und die Vertheilung der Kaufgelder abwarten, in sofern nicht der Ausfall der Forderung klar zu übersehen ist.

§. 5. Die nachstehend bezeichneten Rechtshandlungen unterliegen der Anfechtung, in sofern sie innerhalb zweier Jahre, vom Tage der Anbringung der auf die Anfechtung gerichteten Klage oder Einwendung zurückgerechnet, vorgenommen worden sind:

1) Verträge, durch welche der Schuldner Gegenstände seines Vermögens auf Leibrenten gegeben hat;
2) freigebige Verfügungen des Schuldners, insbesondere Schenkungen, Erbes- oder Vermächtniß-Entsagungen, ingleichen solche Verfügungen, welche zwar unter lästigem Titel vorgenommen, aber wegen des zwischen der Leistung des Schuldners und der Gegenleistung obwaltenden erheblichen Mißverhältnisses als freigebige Verfügungen des Schuldners zu erachten sind;
3) Veräußerungen unter einem lästigen Titel, welche der Schuldner:
   a) an seinen Ehegatten, vor oder nach geschlossener Ehe, oder
   b) an einen seiner eigenen nahen Verwandten, oder

c) an einen nahen Verwandten seines Ehegatten, oder
d) an den Ehegatten einer der unter b. und c. erwähnten Personen

vorgenommen hat, sofern der andere Theil nicht Umstände nachweist, aus welchen zu entnehmen ist, daß er zur Zeit der Veräußerung um eine Absicht des Schuldners, seine Gläubiger durch die Veräußerung zu benachtheiligen, nicht gewußt hat.

Unter nahen Verwandten werden verstanden: die Verwandten in aufsteigender und absteigender Linie, sowie die vollbürtigen und halbbürtigen Geschwister.

§. 6. Kann der Gläubiger schon vor der Vollstreckbarkeit seiner Forderung, sei es bei Anstellung der Klage oder im Laufe des Prozesses gegen den Schuldner, die Vermögens-Unzulänglichkeit desselben bescheinigen und eine der vorstehend (§. 5.) aufgeführten Rechtshandlung bezeichnen, welche er künftig anzufechten gedenkt, so hat auf seinen Antrag das Gericht diese Absicht sofort demjenigen bekannt zu machen, gegen welchen die Anfechtung künftig gerichtet werden soll.

Der Gläubiger erlangt durch eine solche Bekanntmachung das Recht, den zweijährigen Zeitraum, auf welchen die Anfechtung beschränkt ist, schon vor dem Tage der Zustellung der Bekanntmachung zurückzunehmen.

§. 7. Ohne Beschränkung auf einen bestimmten Zeitraum unterliegen der Anfechtung:

1) alle Rechtshandlungen, welche der Schuldner in der dem anderen Theile bekannten Absicht vorgenommen hat, sie nur zum Schein vorzunehmen, oder die Gläubiger auf andere Weise zu bevortheilen;
2) die gegen den Schuldner ergangenen Entscheidungen und Mandate, so wie die auf Grund solcher Titel vorgenommenen Rechtshandlungen, wenn dabei Umstände zum Grunde liegen, bei welchen eine gleiche Absicht (Nr. 1.) erhellt;
3) die freigebigen Verfügungen (§. 5. Nr. 1.), welche der Schuldner zum Vortheil seines Ehegatten nach geschlossener Ehe vorgenommen hat;
4) die Rechtshandlungen, durch welche der Schuldner seiner Ehefrau oder deren Rechtsnachfolgern, behufs Sicherstellung oder Abfindung, wegen des in seiner Verwaltung gekommenen Vermögens, in stehender Ehe ein Pfandrecht oder ein Hypothekenrecht bestellt, oder auf irgend eine Weise Befriedigung gewährt hat, ohne daß ein Fall der gesetzlichen Verpflichtung zur Sicherstellung der Ehefrau oder zur Herausgabe des Vermögens derselben vorlag;
5) Quittungen, Anerkenntnisse oder Zugeständnisse, welche der Schuldner, seinem Ehegatten gegenüber, vor oder nach geschlossener Ehe, ausdrücklich oder stillschweigend, insbeson-

dere im Kontumazial-Verfahren, abgegeben hat; sofern nicht die Richtigkeit der Quittung, des Anerkenntnisses oder Zugeständnisses, oder der im Kontumazial-Verfahren festgestellten Umstände anderweit nachgewiesen wird.

§. 8. Die Anfechtung einer Rechtshandlung wird dadurch nicht ausgeschlossen, daß derselben ein vollstreckbarer Vergleich oder ein anderer vollstreckbarer Titel (§. 7. Nr. 2.) hinzugetreten ist. Vielmehr ist jeder einer anfechtbaren und für ungültig erklärten Rechtshandlung hinzugetretene vollstreckbare Titel dem Gläubiger gegenüber unwirksam, ohne daß es der besonderen Anfechtung desselben bedarf.

§. 9. Die Anfechtung ist unstatthaft, wenn die Rechtshandlung schon vor der Entstehung der Forderung des Gläubigers vorgenommen worden ist und es sich nicht um ein Scheingeschäft handelt.

§. 10. Der Gläubiger verliert sein Anfechtungsrecht, wenn er von demselben nicht innerhalb des Zeitraums Gebrauch macht, in welchem ihm die Exekution gegen den Schuldner überhaupt zusteht.

Wenn der Gläubiger dem Schuldner Zahlungsfrist bewilligt, und dies die Wirkung hat, daß die Frist verlängert wird, innerhalb welcher die Exekution zulässig ist, so wird dadurch nicht zugleich der Zeitraum verlängert, innerhalb dessen der Gläubiger von seinem Anfechtungsrechte Gebrauch machen kann.

§. 11. Die Bestimmungen wegen Anfechtung von Rechtshandlungen, welche vorstehend in Ansehung des Schuldners ertheilt sind, gelten auch von dem Erben hinsichtlich der Rechtshandlungen, welche derselbe seit dem Ableben des Schuldners über den Nachlaß in Betreff dieses letzteren vorgenommen hat.

§. 12. Der Gläubiger ist befugt, zu verlangen, daß dasjenige zurückgewährt wird, was durch die ungültige Rechtshandlung von dem Schuldner aus seinem Vermögen oder von dem Erben aus dem Nachlasse (§. 11.) weggegeben oder veräußert worden ist.

Ebenso kann, wenn die erfolgte Befriedigung eines andern Gläubigers des Schuldners der Anfechtung unterliegt, der anfechtende Gläubiger verlangen, daß der befriedigte Gläubiger das Empfangene zurückgewährt.

Bildet eine freigebige Verfügung des Schuldners (§. 5. Nr. 2.) den Gegenstand der Anfechtung, so kann das Rückforderungsrecht, wenn nicht der Fall des §. 7. Nr. 1. vorliegt, nur in soweit ausgeübt werden, als der Erwerber zur Zeit der Anfechtung noch im Besitz der durch die freigebige Verfügung erlangten Sache sich befindet oder durch den aus derselben gelösten Werth noch wirklich reicher ist.

Dasjenige, was in Folge der Anfechtung zurückgewährt wird, ist zur Befriedigung des anfechtenden Gläubigers zu verwenden.

§. 13. Gegen Rückgewähr des Empfangenen (§. 12.) muß dem Erwerber seine etwaige Gegenleistung vollständig erstattet werden. Wenn jedoch dem Erwerber bekannt war, daß der Schuldner die Rechtshandlung nur zum Schein oder in der Absicht vorgenommen hat, die Gläubiger zu bevortheilen, so kann er sich wegen Erstattung der Gegenleistung nur an den Schuldner halten.

Muß der Empfänger einer anfechtbaren Zahlung das Empfangene zurückgeben, so tritt seine Forderung an den Schuldner wieder in Kraft.

§. 14. Erfolgt die Anfechtung im Wege der Klage, so hat der Gläubiger sogleich in der Klage seinen Antrag darauf zu richten, was der Verklagte zu thun oder zu dulden für schuldig erkannt werden soll.

§. 15. In wie weit der zur Rückgewähr Verpflichtete sich wegen Forderungen, welche ihm gegen den Schuldner zustehen, ebenfalls an das halten kann, was er zurückgewähren muß, ist nach den allgemeinen Vorschriften über das Prioritäts-Verfahren in der Exekutions-Instanz (Tit. 5. Abschn. 1. d. Konkurs-Ordnung) zu entscheiden.

§. 16. Gegen einen dritten Besitzer der aus dem Vermögen des Schuldners weggegebenen oder veräußerten Gegenstände, oder der von dem Schuldner bestellten Pfandrechte oder Hypothekenrechte findet das in Beziehung auf den Vorbesitzer zulässige Anfechtungs- und Rückforderungsrecht Statt:

1) wenn der dritte Besitzer zur Zeit seiner Erwerbung davon Kenntniß gehabt hat, daß die Rechtshandlung des Schuldners nur zum Schein oder in der Absicht vorgenommen ist, die Gläubiger zu bevortheilen;
2) wenn der dritte Besitzer der Ehegatte des Schuldners oder ein naher Verwandter oder Verschwägerter (§. 5. Nr. 3.) ist, in sofern derselbe nicht Thatsachen nachweist, aus welchen zu entnehmen ist, daß er zur Zeit seiner Erwerbung von den Umständen, welche das Recht zur Anfechtung und Rückforderung gegen den Vorbesitzer begründen, keine Kenntniß gehabt hat;
3) wenn der dritte Besitzer die Sache durch eine freigebige Verfügung erworben hat; jedoch unterliegt in diesem Falle das Rückforderungsrecht denselben Beschränkungen, welche für den Fall der Anfechtung einer freigebigen Verfügung des Schuldners zu Gunsten des ersten Erwerbers festgesetzt sind (§. 12.).

Gegen Erben findet das in Beziehung auf den Erblasser derselben begründete Anfechtungs- und Rückforderungsrecht ohne die vorstehenden Beschränkungen Statt.

§. 17. Bei der Entscheidung über die Zulässigkeit einer Anfechtung bleiben die positiven Regeln über die Wirkungen der Beweise außer Anwendung. Der erkennende Richter hat, unter Er-

wägung aller vorliegenden Umstände und unter genauer Prüfung aller beigebrachten Beweise, nach seiner freien, aus dem Inbegriff der stattgehabten Verhandlungen geschöpften Ueberzeugung zu entscheiden, ob ein angetretener Beweis als geführt anzusehen sei oder nicht, oder ob es noch der Auferlegung eines nothwendigen Eides bedürfe. Insbesondere bleibt auch dem Ermessen des Richters vorbehalten, ob und welches Gewicht dabei auf die im §. 7. unter Nr. 5. erwähnten Quittungen, Anerkenntnisse und Zugeständnisse gelegt werden kann. Der Richter muß die Gründe, auf welchen seine Ueberzeugung beruht, in dem Urtheil vollständig anführen.

Jedoch behält es in Ansehung der Befugniß der Parteien zur Eideszuschiebung, so wie in Ansehung der Wirkungen der geschehenen oder verweigerten Ableistung zugeschobener Eide, bei den bestehenden gesetzlichen Vorschriften sein Bewenden.

§. 18. Wird über das Vermögen des Schuldners der Konkurs eröffnet, so gehen die Rechte, welche der Gläubiger aus dem gegenwärtigen Gesetze bereits erworben hat, auf die Gläubigerschaft über.

§. 19. Das gegenwärtige Gesetz tritt mit dem 1. Oktober 1855 in Kraft.

Mit diesem Zeitpunkte sind alle entgegenstehenden Bestimmungen aufgehoben, namentlich das Gesetz vom 26. April 1835 über Verträge zahlungsunfähiger Schuldner zum Nachtheil ihrer Gläubiger (Gesetz-Samml. S. 53.).



IV. Verordnung vom 4. Juni 1855, betreffend die im Konkurse und erbschaftlichen Liquidations-Prozesse zu erhebenden Gerichtskosten.

Art. I. Im Konkurse und im erbschaftlichen Liquidationsverfahren werden in den Fällen, in welchen die Konk.-Ord. v. 8. Mai 1855 zur Anwendung kommt, die Gerichtskosten nach folgenden Sätzen erhoben:

A. im Konkurse:

1) für die Zurückweisung des Antrages auf Eröffnung des Konkurses nach Art. 5. A. des Ges. v. 9. Mai 1854. (G.-S. S. 273.);
2) für die den Betheiligten auf ihr Verlangen zuzustellenden Abschriften des Beschlusses über die Konkurs-Eröffnung und über den Tag des Eintritts der Zahlungseinstellung nach §. 63. des Gerichtskosten-Tarifs v. 10. Mai 1851. (G.-S. S. 632.);
3) für das Prozeßverfahren wegen Wiederaufhebung des Konkurses oder anderweiter Bestimmung des Tages der Zahlungseinstellung nach §. 9. des Tarifs vom 10. Mai 1851 in den höheren Instanzen, wie im gewöhnlichen Prozeß;

   Anmerkung. Der Streitgegenstand ist in diesen Fällen als unschätzbar anzunehmen.

4) für die Konstituirung der Aktivmasse, einschließlich der Depositalverwaltung und der Eintragung des Vermerkes über die Konkurs-Eröffnung, so wie dessen Löschung im Hypothekenbuche und einschließlich der Distribution, jedoch ausschließlich der besonderen Kosten der Auktion und Sequestration nach dem Betrage der Aktivmasse:
   a) vom Betrage bis 1000 Thlr. von je 10 Thlrn. 15 Sgr.,
   b) v. Mehrbetrage b. 2000 Thlr. v. je 100 Thlrn. $2^1/_2$ Thlr.,
   c) v. Mehrbetrage b. 20,000 Thlr. v. je 100 Thlrn. 1 Thlr.,
   d) von dem Mehrbetrage von je 100 Thlrn. 15 Sgr.;
5) für die Berufung der Konkurs-Gläubiger und Prüfung der Ansprüche derselben die Hälfte der vorstehenden Sätze, ebenfalls nach dem Betrage der Aktivmasse;
6) wenn der Konkurs durch Akkord oder Vergleich aufgehoben wird, die Hälfte des Satzes Nr. 4. und der volle Satz Nr. 5.;

   Anmerkung. Bei Ausmittelung des Betrages der Masse werden diejenigen Gegenstände, welche bereits veräußert oder eingezogen sind, nach dem Betrage des Erlöses, die noch unveräußerten Gegenstände nach dem Betrage des Taxwerthes berechnet. Von den vorhandenen Aktivforderungen kommen Kreditpapiere, Fonds und Effekten zu dem Tageskurse am Tage der Festsetzung der Kosten, an-

dere Außenstände zu dem Nominalwerthe in Ansatz; uneinziehbare Forderungen werden außer Berechnung gelassen. Die zur Konkurs-Masse gehörigen Immobilien sind nur soweit in Betracht zu ziehen, als die Kaufgelder, nach Befriedigung der Realgläubiger, zur Masse fließen.

7) für die nach Ablauf der bestimmten Fristen erfolgte Anmeldung einer Forderung nach Art. 5. A. des Ges. v. 9. Mai 1854, und ebenso für die Prüfung derselben für Rechnung des Gläubigers;

8) für das Verfahren in den höheren Instanzen, wenn gegen das Erkenntniß über die Bestätigung des Akkordes Rechtsmittel eingelegt sind, wie im gewöhnlichen Prozeß;

Anmerkung. Der Streitgegenstand ist in diesen Fällen als unschätzbar anzunehmen. Wird das Erkenntniß zweiter Instanz vernichtet, so kommt in Ansehung des Kostenpunktes der §. 17. der V. v. 14. Dez. 1833 (G.-S. S. 302.) und der Art. 2. des Ges. v. 9. Mai 1854 zur Anwendung.

9) für die Feststellung der streitigen Forderungen der Konkurs-Gläubiger, wie im gewöhnlichen Prozeß;

Anmerkung. Wird nur über das Vorrecht bei dem Konkursgerichte gestritten und entschieden, so ist der Streitgegenstand, sofern die Forderung den Betrag von 60 Thlrn. übersteigt, als unschätzbar anzunehmen.

01) für das Verfahren auf Wiedereinsetzung des Gemeinschuldners in den vorigen Stand, nach §. 9. des Tarifs v. 10. Mai 1851;

B. im erbschaftlichen Liquidationsverfahren:

für das ganze Verfahren der sub A. Nr. 4. bestimmte Satz.

Anmerkung. Wenn vor Beendigung des erbschaftlichen Liquidationsverfahrens der Konkurs über den Nachlaß eröffnet wird, so kommen nur die unter A. bestimmten Sätze und daneben nicht noch die unter B. angeordneten Sätze in Ansatz.

Art. II. Außer den im Artikel I. bestimmten Sätzen sind die Nebenkosten nach den §§. 61. ff. des Tarifs v. 10. Mai 1851 und den Artikeln 20. und 21. des Ges. v. 9. Mai 1854 zu erheben. Auch ist der in der Vorbemerkung III. zum Tarif v. 10. Mai 1851 angeordnete Zuschlag von sechs Silbergroschen zu jedem vollen Thaler des zu erhebenden Kostenbetrages in Ansatz zu bringen.

Art. III. Der §. 12. des Gerichtskosten-Tarifs v. 10. Mai 1851 und der Art. 13. des Ges. v. 9. Mai 1854, werden, insoweit die vorstehenden Bestimmungen zur Anwendung kommen, außer Kraft gesetzt.

Dagegen bewendet es in Ansehung des Kostenansatzes im Prioritätsverfahren und in der Exekutions-Instanz (Titel V. der Konk.-Ordn.), so wie im Verfahren über die gerichtliche Zahlungsstundung (Spezial-Moratorium) bei den bestehenden Vorschriften.

Für das Verfahren über die Bewilligung der Kompetenz sind die Kosten nach §. 9. des Tarifs vom 10. Mai 1851 anzusetzen.

V. Vollständiges Sachregister.

(Die deutschen Zahlen bedeuten die Paragraphen der Konkurs-Ordnung, die römischen die Artikel des Einführungs-Gesetzes, S. bedeutet Seite.)

A.

H.

J.

L.

M.

N.

O.

P.

Q.

R.

S.

W.

Z.



